

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kedaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 30. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern-
zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Besammlungs-Anzeigen 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg. Stellengröße und Schluß-
zeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: Preis pränumerando:
Vierteljahr 2,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Bestellungs-
preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich, Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Parteigenossen!

Die verflochtenen Monate waren ein herrliches Zeugnis der politischen Reife und Entschlossenheit des deutschen Proletariats. Der politische Kampf ist zur Aktion der Massen selbst geworden. Die glänzende Leistungsfähigkeit der politischen Organisation hat dem preussischen Polizeistaat Schach geboten, das System der Kollie und Jagow zum Gelächter Europas gemacht, den Respekt vor der deutschen Arbeiterklasse auch bei ihren schlimmsten Feinden erhöht.

Aud der Kampf bringt bereits seine ersten Früchte. Überall wachsen unsere Organisationen, überall steigt die Zahl der Leser und Abonnenten der Arbeiterpresse. Die Demonstrationen haben weite Schichten unserer indifferenten Klassengenossen aufgerüttelt und sie reif gemacht, einzutreten in die Kampfreihe des gewerkschaftlich und politisch organisierten Proletariats. Diese neuen Kämpfer mit Klassenbewusstsein zu erfüllen, sie zu schulen für den Befreiungskampf des arbeitenden Volkes, ist die wichtigste Aufgabe der Arbeiterpresse, dieser wuchtigen Waffe im politischen Kampfe.

Deshalb ist es Eure Pflicht, Parteigenossen, den bevorstehenden Quartalswechsel zu benutzen, um Euren Blatte, dem

„Vorwärts“

neue Abonnenten zu gewinnen. Der Kampf um die Eröberung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts dauert fort, und jeder Arbeiter muß durch sein Blatt sich unterrichten, um als Bollwerk an diesem großen Ringen teilzunehmen zu können. Aber auch im gewerkschaftlichen Kampfe stehen bedeutungsvolle Entscheidungen bevor. Das Blatt, das einzig und allein die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, ist der

„Vorwärts“.

Die Zahl seiner Abonnenten erhöhen, heißt die Macht des Proletariats stärken, die Macht seiner Gegner mindern. Darum agitiert unablässig, dem „Vorwärts“ neue Leser zu werben und damit dem Proletariat neue Kampfgenossen zu gewinnen!

Preussische Kulturpolitik.

Die preussische Regierung hat ihre Absicht, für die staatlichen Bibliotheken eine „Verhinderungsgeld“ von 5 M. pro Jahr zu erheben, nunmehr verwirklicht. Das hat für uns nichts Ueberraschendes. Ein Glied mehr in der langen Kette der kultur- und bildungsfeindlichen Handlungen, die für Preußen traditionell geworden sind.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, es handle sich hier nur wieder einmal um die bekannte Kinderigkeit, die Sparwut, die in Preußen immer dann zutage tritt, wenn Kulturaufgaben in Frage stehen. Doch die Ursachen liegen tiefer. Denn daß es eine faule Ausrede ist, wenn gesagt wird, es soll nur eine „Beihilfe“ sein, um die für den Bücherankauf jetzt noch sehr beschränkten Mittel zu erhöhen, zeigt jene Auslassung des ersten Direktors der Igl. Bibliothek Geh. Regierungsrat Dr. Schwente im „Berliner Tageblatt“, der dort ausführte, daß für sämtliche staatliche Bibliotheken Preußens etwa 40 000 Entleiher in Frage kommen, daß also demnach im günstigsten Falle noch keine 200 000 M. einkämen. Sicher wird die Summe noch geringer sein, denn zweifellos wird die Zahl der Ausleiher zurückgehen. Vielleicht käme noch nicht mal die Summe ein, die Herr Bode so nebenbei für eine wertlose Wachsbüste ausgab! Bei dem engen Gesichtskreis, der die Voraussetzung für einen tüchtigen preussischen Beamten, also auch bei diesem Bureautraten vorhanden ist, nimmt es nicht wunder, daß es dieser Herr für ganz selbstverständlich hielt, daß man für die Benutzung einer Bibliothek eine Gebühr zahlt; wie man ja auch von den Schülern höherer Lehranstalten Schul-, von den Studierenden Kollegien-, ja von den Besuchern der Museen Eintrittsgelder erhebt! Bedenkt man, daß die Erhebung von Eintrittsgeldern, z. B. an der Nationalgalerie, auch erst vor nicht langer Zeit erfolgte, so erkennt man, wohin die Reise geht.

Nicht um eine „Beihilfe“ handelt es sich hier, sondern man will in erster Linie dadurch abschreckend wirken; man will die Benutzung der Bibliotheken erschweren; die Zahl der Ausleiher mindern. Diese sollen immer mehr das Privilegium einer zahlungsfähigen Minderheit werden. Es ist ein Schlag gegen das „gebildete Proletariat“. Denn dieses wird durch die Steuer

getroffen, ihm sind eine Gebühr von fünf Mark für eine oft nur gelegentliche Benutzung keine Bagatelle. Hat man schon die große Masse der Bevölkerung durch rigorose Benutzungsbestimmungen von der Benutzung dieser Institute ausgeschlossen, ferner durch Verweigerung ausreichender Mittel die Entwicklung dieser Bibliotheken verhindert, so daß sie, mit ausländischen Instituten verglichen, sehr schlecht abschneiden, so sucht man zuguterletzt durch eine Steuer den Kreis der Benutzer noch enger zu ziehen! Und das in einer Zeit, in der in modernen Staaten überall Bibliotheken errichtet werden, die man sorgfältig ausbaut und vor allem der gesamten Bevölkerung zugänglich macht.

Haben denn die Herren im Kultusministerium keine Ahnung, wie sehr sie sich durch eine derartige Steuer blamieren? Kennen sie nicht den jämmerlichen Zustand der preussischen Bibliotheken? — Doch lassen wir einige Zahlen reden:

Der Etat sieht für die Gesamtheit der staatlichen Universitätsbibliotheken ganze 900 000 M. vor; hinzu kommt noch die Zentralbibliothek Preußens, die sog. Kgl. Bibliothek zu Berlin mit 800 000 M. Nach Dr. Schwente kommen nun bei den 10 Universitätsbibliotheken zum Bücherankauf und Einband auf jede durchschnittlich 30 000 M. Daß diese Summen bei dem Umfang der heutigen Bücherproduktion völlig unzureichend sind, gibt man auch zu. Bücher, die für die Volkswirtschaft oder Staatswissenschaft von bedeutendem Werte sind, wird man vergeblich in der größten Bibliothek Preußens bezw. Deutschlands suchen. Aber um dem Leser ein Bild von dem jämmerlichen Zustande des Bibliothekswesens in Preußen-Deutschland, im Lande der Dichter und Denker, zu geben, wollen wir zum Vergleich zwei Bibliotheken Englands heranziehen: 1. die Bibliothek des Britischen Museums und 2. die Bibliothek der Stadt Manchester. Die Bibliothek des Britischen Museums erhält Pflächteremplare der neu erscheinenden Werke in Großbritannien, Irland und den britischen Kolonien; dessemungeachtet gibt sie doch noch 200 000 Mark jährlich für Ankäufe und die gleiche Summe für Einbände aus. Ihr Bücherbestand beträgt etwa 5 Millionen Exemplare (die preussische Zentralbibliothek etwas über 1 Million); davon 1/2 Million periodischer Druckwerke und über 30 000 Zeitschriften (ohne Zeitungen). Die städtische Bibliothek zu Manchester, die im Durchschnitt täglich von 6128 Personen benutzt wird und deren sonstige Einrichtungen musterhaft sind, kostet der Stadt jährlich 432 000 M. Davon werden 102 000 M. für den Ankauf von Büchern usw. verwendet.)

In England wie auch in Amerika und anderwärts sucht man die Benutzung der Bibliotheken auf alle nur erdenkliche Art zu erleichtern. Man geht von der Anschauung aus, daß die dadurch erworbene Intelligenz befruchtend auf das wirtschaftliche Leben wirkt. Darum ist es möglich, daß englische und amerikanische Waren, trotz höherer Arbeitslöhne, die für ihre Herstellung ausgegeben werden, dennoch siegreich den Weltmarkt behaupten. Doch der preussische Junker und mit ihm die von ihm beherrschte Bourgeoisie sieht nur die andere Seite der Medaille, nämlich: daß ein gebildetes, hohe wirtschaftliche und kulturelle Werte erzeugendes Volk sich nicht wie willenlose Geloten behandeln läßt, daß es mit teilnehmen will an der Ausgestaltung der staatlichen Organisation. Nach ihrer Anschauung leidet Deutschland und besonders Preußen an einem Ueberfluß gebildeter. In England oder Amerika kann man es sich gar nicht vorstellen, wie man zuviel Gebildete haben kann. Doch jene Kernsten kennen nicht die Segnungen des von keinem Wissen angekränkelten militärischen Geistes, der in Preußen tonangebend ist.

Es ist bezeichnend für die Anschauungen der preussischen Regierung, daß, wenn man in wirklichen Kulturstaaten einen Schritt vorwärts macht, sie nicht nur nicht folgt, sondern gleich noch einen Schritt rückwärts tut. Sie will damit beweisen, daß Bildung und preussische Regierung zwei Dinge sind, die sich gegenseitig ausschließen.

Stolypin und die dritte Duma.

Durch die Wahl Gutschkows zum Präsidenten der Reichsduma soll eine große Krise verhütet worden sein. Die Oktoberisten stellen diese Wahl als eine Rettungsaktion für die Duma, ja für den Parlamentarismus selbst dar und zugleich als ein großes Opfer der Oktoberistenpartei, da Gutschkow als Präsident seine Parteitätigkeit aufgeben müsse. Auch in den linksliberalen Kreisen glaubt man, daß man die letzten Stände in der Duma mit Absicht hervorgerufen habe, um die Duma dadurch zu kompromittieren und somit eine Reaktionsfertigung für die Auflösung zu schaffen. Ob wirklich die Gefahr einer Auflösung so nahe war? Ob sie durch die Wahl Gutschkows verhütet ist?

Die Sozialdemokratie, die Trudowiki (Arbeitsgruppe) und die Stadetten haben sich bei der Neuwahl des Präsidenten der Duma enthalten und die Enthaltung damit motiviert, daß das Präsidium der Oktoberisten eine systematische Provokation durch kompromittierende Ständele begünstigt habe. Es ist auch in der Tat wichtig festzustellen, daß die Provokation diesmal nicht nur von den „Echtrussen“, sondern auch von der Regierung und zum Teil von Duma-präsidenten gefördert wurde. Der direkten Provokation des Purisch-

lewitsch ging eine ganze Reihe von Herausforderungen durch die Regierung selbst voraus. Die Minister blieben diesen wichtigen Beratungen in der Duma vollkommen fern oder erschienen nur, um verkehrende Erklärungen abzugeben. So erklärte der Justizminister, daß alle Beschlüsse der Duma auf die Praxis der Verwaltung gar keine Wirkung haben werden; ganz ähnlich äußerte sich auch der Minister der Volksaufklärung. Stolypin selbst erschien überhaupt nicht bei den Beratungen des Budgets, nicht einmal bei den Beratungen über das Ministerium des Innern. Erst nach all diesen absichtlichen Verletzungen der Ehre des Parlaments ließ man den Purischlewitsch los. Man rüstete ihn auch vorher zum Kampfe aus. Erklärte doch Purischlewitsch selbst, daß seine Ausführungen sich auf Material stützen, das für andere unzugänglich sei — offenbar wurde ihm das Material vom Polizeidepartement geliefert. Alles läßt darauf schließen, daß Purischlewitsch, wenn nicht direkt im Auftrage Stolypins, so doch mit dessen Genehmigung gehandelt hat.

Stolypin hat bereits verschiedene Mittel angewandt, um die Dumamehrheit gefügig zu machen: Versprechungen, Drohungen mit Rücktritt seines „konstitutionellen“ Kabinetts oder mit der Auflösung der Duma; warum soll er nicht auch einmal zur Provokation gegriffen haben, zum traditionellen Lieblingsmittel aller russischen Regierungen? Durch Ständele wollte man die Duma vor ganz Europa kompromittieren. Die „Echtrussen“ wollten die Ständele noch auf eine andere Weise ausnutzen. Der Minister der Volksaufklärung, der berühmte Minister Schwarz, gilt überall, auch beim Jaren, als die wichtigste Stütze des Absolutismus. Man mußte deshalb im voraus, daß Ständele bei der Beratung des Etats dieses Ministers den größten Unwillen des Jaren gegen die Duma hervorgerufen werde. Die echtrussischen Helden waren bestrebt, die Auflösung der Duma zu erwirken; Stolypin selbst aber scheint nicht so weitgehende Pläne verfolgt zu haben. Im Grunde genommen kann er wohl mit der dritten Duma zufrieden sein: es ist die einzige mögliche Kombination zur Aufrechterhaltung seiner eigenen Selbstherrschaft. Ein Schritt nach links würde zur Demokratisierung der Duma und zum Sturze der Bureaucratie führen, ein Schritt nach rechts würde dem Großgrundbesitz die Alleinherrschaft geben und gleichfalls zum Sturz der Bureaucratie führen. Bei der jetzigen Kombination dagegen ist es leicht, in den bürgerlich-konstitutionellen Bestrebungen der Großkapitalisten (der Oktoberisten) ein Gegengewicht gegen die feudalistisch-konstitutionellen Bestrebungen der Aristokratie (der Nationalisten und der Rechten unter Graf Robriast) zu finden. Die dritte Duma bietet auch das beste Mittel zur Bekämpfung der Demokratie und hat darin schon vieles geleistet. Durch die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes zwischen dem Feudalismus und dem oktoberistischen Konstitutionalismus ist es Stolypin gelungen, hinter einem Scheinparlamentarismus die Selbstherrschaft der Bureaucratie und seine eigene im vollen Umfange zu erhalten. Die dritte Duma ist zu einem Werkzeug in den Händen Stolypins geworden, zu einer willenlosen Vollzieherin aller seiner Wünsche.

Das ist aber noch nicht alles, was Stolypin wünscht. Die Duma ist zwar willenlos, aber nicht sprachlos. Da sitzen vor allen die Sozialdemokraten, die durch keine Mittel zum Schweigen zu bringen sind, ebensowenig wie die Trudowiki. Auch die Stadetten führen oft unangenehme Reden. Selbst die Oktoberisten halten es für nötig, von Zeit zu Zeit durch Scheinopposition ihre konstitutionelle Gesinnung dem Lande zu beweisen, wenn sie auch stets für die Regierung stimmen. Dieser „Rebelligkeit“ möchte Stolypin schon längst ein Ende setzen. Das einfachste wäre, die Duma aufzulösen und dafür zu sorgen, daß in die vierte sich die verhassten Sozialdemokraten und Trudowiki nicht eindringen, und auch von den Stadetten nur wenige rechtsstehende hinein kommen. Man könnte das durch eine neue „Reform“ des Wahlrechtes erzielen — etwa durch eine neue Beschränkung der Arbeiter- und Bauernkurien. Allein bei jeder neuen Umgestaltung des Wahlrechtes entsteht die Gefahr, ein rein feudales Parlament zu erhalten, dem sich die Bureaucratie unterordnen müßte. Stolypin ist stets bereit, die Interessen der Feudalen auf Kosten des Volkes zu fördern, aber sich persönlich den Feudalen zu unterwerfen, hat er keine Lust. Er ist flug genug, um zu verstehen, daß bei jeder weiteren reaktionären Umgestaltung des Wahlrechtes er selber und das ganze bürocratische System zum Opfer fallen würde. Er wird deshalb bei dem jetzigen Wahlrecht und bei der dritten Duma bleiben, durch sorgfältige Drohungen aber die Dumamehrheit einzuschüchtern suchen und sie zu Ausnahmemaßregeln gegen die Redner der wirklichen Opposition zwingen. Die Ständele geben eine gute Gelegenheit, neue Maßregeln gegen die Redner der Opposition zu verhandeln, neue Bestimmungen in die Geschäftsordnung einzuführen, oder die Macht des Vorsitzenden zu erweitern. Chomjakow war viel zu schwach — vielleicht auch viel zu ehrlich —, um diesem Wunsche mit genügendem Nachdruck entgegenkommen zu können. Nun hat der schneidige Alexander Gutschkow die Pflicht übernommen, seinen Parlamentskollegen einen Maulkorb anzulegen. Allerdings, eine ehrenvolle Aufgabe für den Führer einer großen „konstitutionellen“ Partei.

Uebrigens hat Gutschkow eine andere und wichtigere Aufgabe zu lösen: Die Durchführung des Gesetzentwurfes zur Unterjochung Finnlands. Nach dem eben veröffentlichten Manifeste wird die Unterjochung nicht auf administrativen, sondern auf gesetzgeberischen Wegen verwirklicht werden. Chomjakow war zu unentschlossen, um bei der Verhandlung des Gesetzentwurfes genügend scharf gegen die Opposition vorzugehen, Gutschkow wird es wohl gelingen, sich die Zufriedenheit Stolypins zu erwerben.

Gutschkows Versprechungen.

Petersburg, 25. März. Reichsduma. Vor dickbeflecktem Hause eröffnete heute zum ersten Male der neue Präsident Gutschkow

*) Abb. und Berichte von A. B. Meyer, Dresden.

Die Sitzung mit einer Ansprache, in der er ausführte, er sei ein überzeugter konstitutioneller Monarchist und sei der Ansicht, Aufstand könne nur bei einer konstitutionellen monarchischen Staatsordnung, mit einer mit weitgehenden legislativen Rechten ausgestatteten Volksvertretung und einer starken, nur dem Monarchen, nicht aber den politischen Parteien verantwortlichen Regierung gedeihen. Ohne die konstitutionelle Monarchie und unter der Herrschaft des Parlamentarismus könne er sich eine friedliche Entwicklung des heutigen Deutschlands mit seinen Besonderheiten, die ein Erbteil der russischen Geschichte, in dem russischen Wesen wurzeln, nicht denken. Die Zahl der der Beilegung harrenden Fragen, unter denen die der Landesverteidigung und die der Elementarschulen oben an ständen, sei sehr groß; aber, wie ihm scheine, könnten bei allen diesen die politischen Gesichtspunkte in den Hintergrund treten, und auch die schärfste politische Meinungsverschiedenheit dürfe eine einmütige Arbeit nicht verhindern. Die dem Präsidenten gebührende Gewalt werde er mit der Geschäftsordnung benutzen zum Schutze der Würde der Duma, sowie zur Einbürgerung parlamentarischer Sitte und Wahrung der Ordnung, ohne die eine ernste gesetzgeberische Arbeit undenkbar sei. Die Worte des Präsidenten wurden vom Zentrum, den Nationalisten und einem Teil der Opposition mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. März 1910.

Belohnung für die Polizeiatacken.

Die Herren Reaktionäre planen eine „Ehrengabe“ an die Berliner Schutzmänner als Belohnung für die von dieser bei ihren Attacken auf friedliche Wahlrechtsdemonstranten bewiesene preußische „Schneidigkeit“ — viellecht auch, um die Berliner Polizei unter Führung ihres genialen Präsidenten zu weiterer Steigerung ihrer Dravour im Dienste des Junkerregiments anzuspornen. Das „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht folgendes mit der Schreibmaschine vervielfältigtes „vertrauliches“ Rundschreiben des als Reaktionär bekannten Landesdirektors der Provinz Brandenburg:

Vertraulich. Berlin, 26. März 1910.

Die Berliner Schutzmänner stehen zurzeit in außerordentlich schweren Diensten. Treue Pflichterfüllung seitens der Beamten wird von einem Teil der Bevölkerung leider mit unerhörten Beschimpfungen vergolten. Selbst die Kinder von Schullehrern als solche sind den Beschimpfungen und den Angriffen ihrer Mitschüler ausgesetzt.

Demgegenüber ist von vielen Seiten angeregt worden, vorurteilslos und gerecht denkende Bürger möchten sich zu einer Ehrengabe für die Schutzmänner als Sympathiebekundung für diese pflichttreuen Beamten zusammenschließen.

Sollten Euer Hochwohlgeboren geneigt sein, sich einem hierfür zu bildenden privaten Komitee anzuschließen, so bitte ich geneigte umgehende Mitteilung an meine Adresse, Berlin W. 68, Leipziger Straße 3.

Mit Politik, insbesondere mit der Wahlrechtsfrage, hat diese Anregung selbstverständlich nicht das mindeste zu tun. Etwaige Spenden für diese Ehrengabe bitte ich Herrn Landdirektor Leopold Steinthal, Berlin W., Französische Straße 29, übermitteln zu wollen, unter der Bezeichnung „Für die Ehrengabe an die Berliner Schutzmänner“.

Freiherr v. Manteuffel,

Königlicher Wirklicher Geheimrat und Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

Es ist nichts als ein Täuschungsversuch, wenn behauptet wird, das Schriftstück hätte mit der Politik und der Wahlrechtsfrage nichts zu tun. Der Zweck der „Ehrengabe“ kann nur sein, der Schutzmänner die Ansicht beizubringen, daß ihre Attacken und ihre Brutaltaten die Billigung und Sympathie der sogenannten maßgebenden Kreise finden und diese bereit sind, alle politischen Uebergriffe zu decken. Dieser Wirkung seines Vorgehens auf die Schutzmänner dürfte der Unterzeichner des Ausrufs sich auch recht wohl bewußt sein. Wenn er trotzdem nicht offen eingesteht, daß es sich um eine Aufmunterung zu weiterer „treuer Pflichterfüllung“, d. h. schneidigen Attacken handelt, und lieber in süßlicher Weise an das menschliche Mitgefühl appelliert, so hat das wohl nur den Zweck, recht viele „gerecht denkende Bürger“ zum Geben zu veranlassen und auf diese Weise eine größere Summe für die Berliner Polizei zusammenzubringen.

„Erster deutscher Kulturtag“

(am 24. und 29. März zu Berlin.)

Das klingt so versöhnlich und brachte als Veranstaltung, im ganzen genommen, doch eine solche große, große Enttäuschung. „Erster deutscher Kulturtag“, und man denkt an unansehnliche Scharen, die hergeströmt, an flammende, hellauslösende Begeisterung, eine Riesendemonstration! Es krieselten die Berge, und geboren wurde ein kleinwinziges Rauschen! Ein lamabales Hiaslo der Bourgeoisie und ihrer angeblichen Interessen für Kultur! Wenig mehr als ein halbes Tausend Menschen, die es sich im weiten Saale der Philharmonie auf den Plätzen a 5 bis 1 Mk. recht bequem machen konnten. Das war alles. O, du armenische deutsche Bourgeoisie!

Und nun die Herren Veranstalter! Glauben sie wirklich, daß durch derartige „Kulturtage“ — sie haben doch die Absicht, sie fortzusetzen?! — etwas bezweckt würde? Glauben sie wirklich, daß die Parole: „Auf zum Kampfe für die Kultur gegen Junker und Pfaffen!“ den fatten Speibürger noch einmal austrüben würde? Und haben sie niemals etwas von dem Ringen der Arbeiterklasse gegen die Mächte der Reaktion gehört, von diesem Kulturkampf im wahren Sinne des Wortes? Aber warum schwiegen sie davon? Fürchten sie den „Lubergeuch der Revolution“?

Nichtsdestoweniger sind die Ausführungen der einzelnen Redner, wenn sie auch nicht auf einen Ton harmonisch abgestimmt waren und die Ansichten stellenweise bedenklich divergieren, immerhin so bemerkenswert, daß wir nicht umhin können, sie auszugeweiht hier wiederzugeben. Der bekannte Pädagoge Prof. Gurkitt eröffnete am Donnerstag die Tagung, die nach seinem Worten dazu dienen sollte, moderne Kulturprobleme öffentlich (Sprach! bei 1 bis 3 Mk. Eintritt!) zu behandeln. Also eine Art Kulturparlament, für das ja in Preußen, dem Land der „Heiligen und Junker“, keine Stätte sei, und dessen Devise lauten müßte: „Auf zum Kampfe gegen jegliche Reaktion!“

Als erster Redner sprach hierauf der Staatsrechtslehrer Prof. Schilling-Rodburg über „Kultur und Internationalismus“. Der preussische Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg glaubte gelegentlich seiner Wahlkreisrede von einer allgemeinen Kulturpogonation sprechen zu dürfen. Nichts ist im Hinblick auf den Internationalismus verfehlter. Zwar ist der Internationalismus bei der Regierung nicht gut angeschrieben. Wer für die Weltfriedensbewegung eintritt, der ist von vornherein als schlechter Patriot gedankt, und hinter der Regierung steht die große Masse des deutschen Bürgertums, die in ihrer Kurzsichtigkeit alles für Intrigen gegen den Staat ansieht, was auf Mäßigungseinschränkungen hinausläuft. Dabei muß der tagtägliche Fortschritt in der Waffentechnik jeden Einsichtigen dazu bringen,

Trotz des offenkundigen Zwecks der ganzen Sache erscheint in Anbetracht der noblen Gesinnung jener Kreise, auf deren Geldbeutel Herr v. Manteuffel spekuliert, nicht ausgeschlossen, daß sich manche Geber finden — teils aus Haß gegen die Sozialdemokratie, teils weil sie sich gern nach oben beliebt machen und nach dem Hoflieferantentitel oder einen Orden vierter Güte girren.

Im Grunde genommen haben wir durchaus nichts gegen das Rundschreiben des Freiherrn v. Manteuffel einzuwenden, denn besser als durch diese Sache eines seiner höchsten Beamten kann der Charakter des preussischen Kulturstaates kaum bloßgestellt werden. Wir vermessen nur eins. Nämlich daß nicht auch zugleich für eine „Ehrengabe“ an den Herrn Polizeipräsidenten v. Jagow und den Polizeihauptmann Stephan gesammelt wird!

Preussisches Junkerregiment.

Herr Professor Gustav v. Schmoller hat der Wiener „N. Fr. Presse“ einen langen Artikel über: „Das preussische Junkerregiment“ geschrieben. Wie es seiner politisch-ambidischen Natur entspricht, verneint er, daß es ein eigentliches Junkerregiment in Preußen gibt. Schon deshalb könne man nicht, wie er meint, davon sprechen, weil die Grundaristokratie Ostindiens in dem industriellen Westen Ostindiens ihr politisches Gegengewicht fände, und weil ferner die preussischen Junker, die als Hofkonfessionariv ins Amt kämen, durch die Logik der Tatsachen nach zwei Jahren zu Liberalen gemacht würden. Zudem könnten doch Männer wie Bethmann, Tirpitz, Delbrück, Dernburg, Ebdow, Bernuth nicht als Junker bezeichnet werden. Immerhin muß auch Professor v. Schmoller zugeben, daß die Klage über die Macht der Junker in Preußen „nicht ganz unbegründet“ ist.

Interessanter als diese Meinungen ist eine kleine Erinnerung, die der Berliner Nationalökonom aus der Caprivischen und Hohenloheschen Ära erzählt, da sie recht treffend das Verhältnis der agrarischen Verwaltungsbürokratie zum preussischen Staatsministerium schildert. Herr v. Schmoller erzählt:

„Als der 1880 mit Caprivi eintretende liberale Minister des Innern, Herrfurth, nach zwei Jahren abtrat, sagte er zu Wiquel, aus dessen Munde ich es weiß, er habe die feudale Elitenwirtschaft trotz aller Mühe nicht beiseitigen können. Hohenlohe hat als Ministerpräsident gegenüber den renitenten feudalen Landräten und Regierungspräsidenten einmal den Plan erwogen, einige Dutzend Landräte und Präsidenten auf einmal abzuschießen und seinen Sohn zu diesem Zwecke zum Minister des Innern zu machen. Er meinte, er könnte als großer sächsischer Standesherr den Haß des östlichen Adels wohl ertragen; nach ihm werde nie mehr ein preussischer Ministerpräsident dazu die Wut haben. Er konnte den Plan nicht durchsetzen, dieses verwandelte sich in die Außerdienststellung einiger Beamten, die als Abgeordnete gegen den Kanal gestimmt hatten und dafür nach einigen Jahren eine um so glänzendere Karriere machten. Daß Hohenlohe diesen Plan nicht durchführen konnte, ist wohl doch ein Glück. Selbst Schwerin hat 1888 bis 1889 als Minister des Innern sich einer ähnlichen Waffenaufhebung, welche die Liberalen forderten, widersetzt. Wir sehen in Frankreich die schlimmen Folgen des Umstandes, daß jeder Ministerwechsel einer so großen Zahl Präfecten die Stellung kostet. Eine langsame in der Stille sich vollziehende Veränderung, wie sie Manteuffel im Offizierskorps vornahm, ist vorzuziehen. Unter Umständen freilich ist auch solche Gewalttat nicht zu vermeiden.“

Besser als durch diese Reminiscenz kann die Herrschaft der Junker im preussischen Polizeistaat kaum nachgewiesen werden.

Zur Einschränkung der Prügelpädagogik

Der Kultusminister Preußens — so lesen wir in bürgerlichen Blättern vom Dinstag — der Lehrerschaft die folgenden zehn Merkmale gewidmet haben:

1. Das Recht der körperlichen Züchtigung soll dem Lehrer nicht genommen werden. 2. Ehrentage des Lehrers muß es sein, die Anwendung der Körperstrafe in seiner Schule auf ein Mindestmaß zu beschränken. 3. Mißbrauch des Züchtigungsrechts vertritt mangelhafte pädagogische Durchbildung. 4. Die Körperstrafe ist kein geeignetes Mittel zur Beförderung des Lernens. 5. Sie soll nie angewandt werden, ohne daß zuvor der etwaige Einfluß häuslicher oder pädagogischer Verhältnisse auf das Verhalten des Schülers gewürdigt worden ist. 6. Die Körperstrafe darf in ihrer Anwendung weder die Gesundheit des Schülers schädigen, noch seine Ehre antasten, noch die Schamhaftigkeit verletzen. 7. Ueberkreuzung des Züchtigungsrechts führt nicht selten vor die Schranken des Gerichts, auch wenn sie nur im Eifer, in Erregung oder in der Entrüstung geschehen ist. 8. Der Lehrer soll darum zum Schutze nicht nur der Schüler, sondern auch seiner eigenen pädagogischen Würde alles beachten, was das Handeln im Affekt erschwert. 9. Insbesondere empfiehlt es sich immer, in an-

nicht mehr romantisches Heldentum, sondern nur nach Massenmord im Kriege zu erblicken. Es ist die Technik, die uns Tausendmeilenstiefel und Riesenarme und Feenhande verleiht hat, die uns im Eilmarsch dem Internationalismus zuführt. Die „Nationalökonomie“ ist längst zur „Weltwirtschaftslehre“ geworden; ein Staat lebt von anderen, und mit dem Welthandel gedeiht der geistige Internationalismus. Parteien und Verufe sind entweder schon international organisiert oder sie sind auf dem besten Wege dazu. Wie die gesellschaftliche Entwicklung von der Familie ausging und über Sippe und Stamm zur Nation führte, so wird sie hierbei nicht stehen bleiben: ihr Endziel ist der Weltstaat. Das Völkerecht von früher bezog sich auf die Kriege allein, heute müssen wirtschaftliche Forderungen bereits international geregelt werden. Wenn auch die deutsche Diplomatie dafür noch kein Verständnis besitzt, so wird sie durch die Verhältnisse schon gezwungen werden, einzusehen, daß man um einer Casablanca-Affäre willen nicht die ganze Welt in den Harnisch bringen darf. Wobann wird auch dem unsinnigen Weltfrieden das Ende nahen. Deutschland opfert jährlich für Militärzwecke 1% Milliarden Mark. Könnte man diese „Volkserziehung“ nicht auch billiger haben, wenn man sich auf Abstrichtungsvorschläge einließ, und ist es nicht auch eine nationale Ehre, wenn alle Staatsangehörigen sich satt essen können? Für unsere ganze soziale Zukunft wird in einem ganzen Jahre nur so viel wie für einen einzigen Riesenpanzer ausgegeben.

Für den erkrankten monistischen Theologen Dr. Lipsius-Bremen sprang Prof. Penzig ein, der unter dem Thema: „Kirche und Religiosität“ eine von starken Ausfällen strengende Philippika gegen das Kirchtum hielt: Auch die Kirche, insbesondere die katholische, ist international; aber dieser Internationalismus hat und noch keine Segnungen gebracht. Wohin er kommt, sät er Glaubenshaß, und der ist stärker als Nationalitätenhaß, und dadurch zerstört die Kirche die innere Harmonie des einzelnen Menschen. Daher ist der Kampf gegen sie eine Kulturtat. Unsere Politiker nennen sich stolz Realpolitiker, d. h. sie werten auch Ideale nur real, und sehen also in der Kirche einzig und allein den realen Machtfaktor. Wären sie ein wenig Kulturpolitiker für ideale Güter, sie hätten sich schon längst gegen das Kirchtum, d. h. gegen die Entartung der Religiosität, gewandt, die damals entstand, als man statt des Kammerleins im Innern prunkende Tempel zur Anrufung der Gottheit brauchte. Wer einen Mittler für sein Seelenheil nötig hat, der ist nicht religiös, und ein solcher Mensch verfällt natürlich einer Kirche als einer Seelenverfälscherin anheim. Dem Monopol auf den „alleinigen Weg zur Seligkeit“ und dem Monopol auf die „ewigen Wahrheiten“, die eine Entwicklung verhindern sollen, gilt unser Kampf.

An dritter Stelle sprach sodann Prof. Gurkitt über: „Die Trennung von Kirche und Schule“. Der Keim zu dem großen Uebel des Konfessionalismus in Deutschland wird bereits in der Schule gelegt, wo man die Kinder wie Lämmer und

gemessener Entfernung vom Schüler zu bleiben. 10. Die wirksamsten Mittel, die Anlässe zur Anwendung der Strafen zu vermeiden, sind gewissenhafte Vorbereitung, anregender Unterricht, strenge Selbstdisziplin.

Der wird im Machtbereich des preussischen Junkers, des preussischen Unteroffiziers, der preussischen Gefindeordnung und ähnlicher Preußerei einem Kultusminister auch nur dieses Wenige und Witzige von Einschränkung des Prügels zu trauen wollen? Wir hatten die Mitteilung, daß „vom Kultusministerium“ ein Erlaß mit diesen Merkmalen ergangen sei, schon am Donnerstag voriger Woche in der „Pädagogischen Zeitung“ gelesen, von wo sie wohl ihren Weg in die Tagespresse gefunden hat. In der „Pädagogischen Ztg.“ stand aber die Nachricht nicht unter Preußen, sondern unter — Bayern. Für Bayern klingt sie allerdings weniger unglaubwürdig.

Der Kieler Freisinn im Wahlrechtskampfe.

Kiel, 29. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Bekanntlich hat der Oberbürgermeister für die gemeinsame Sitzung beider städtischer Kollegien und der Stadtverordnetenversammlung für die Stadtverordnetenversammlung es abgelehnt, einen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, beim Abgeordnetenhaus und der Staatsregierung um die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen zu petitionieren. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten hatten deshalb zu der heutigen Stadtverordnetenversammlung zwei Anträge gestellt. Der erste verlangt, daß nur das Stadtverordnetenkollegium über Bedenken der Zuständigkeit zu entscheiden habe. Der zweite fordert, daß der sozialdemokratische Wahlrechtsantrag auf die Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetenversammlung gestellt werde. Der erste Antrag wurde dem Seniorenausschuß zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen, der zweite wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des freisinnigen Landtagsabgeordneten Hoff abgelehnt. In der darauf folgenden Sitzung des Magistrats und des Stadtverordnetenkollegiums brachte im Anschluß an eine Mitteilung des Vorsitzenden Bürgermeisters Lindemann über die Polizeikosten Genosse Adler die unerhörten Uebergriffe der Polizei bei der Wahlrechtsdemonstration am 14. März zur Sprache und meinte, es sei an der Zeit, an die Stadtverordnetenkollegien den Antrag zu stellen, die Stadt Kiel von der gänzlich für ihren Verus unfähigen Polizei zu befreien. Hier wurde Genosse Adler von dem Bürgermeister Lindemann unterbrochen, der erklärte, der Magistrat sei anderer Ansicht darüber als der Redner und seine Freunde. Auch Wonne er im Namen eines großen Teiles der Bevölkerung nur seine Genugtuung über das zielbewußte Vorgehen der Polizei bei der Wahlrechtsdemonstration zum Ausdruck bringen. Stürmisches Gortl hört! und stürmische Proteste der Sozialdemokraten folgten dieser Aeußerung. Als Genosse Adler auf diese Provokation antwortete, schnitt ihm derselbe Bürgermeister Lindemann, der ihn also herausgefordert hatte, kurz das Wort ab. Kein bürgerlicher Vertreter protestierte gegen diese Vergewaltigung. So fahet das freisinnige Kieler Bürgertum den Wahlrechtskampf!

Maßnahmen gegen die Vieheinfuhr aus Dänemark.

Die Vieheinfuhr aus Dänemark ist den Agrariern längst ein Dorn im Auge und das im vorigen Jahre beschlossene Vieheinfuhrgesetz ist wesentlich zu dem Zwecke gemacht worden, alles Vieh von der Einfuhr auszuschließen zu können, sobald die Agrarier das wünschen. Einstweilen geht es aber auch so. Von Berlin aus ist vorige Woche eine Kommission nach den Quarantänestellen in Kiel, Flensburg und Apenrade, die für die Einfuhr von Vieh in Frage kommen, entsandt worden, um das aus Dänemark eingeführte Vieh der Tuberkulinprobe zu unterziehen. Nach den vorliegenden Nachrichten ist fast die Hälfte der in den genannten Anstalten befindlichen Kinder für tuberkulös erklärt worden. Die Tiere wurden sofort getötet. Die dänischen Exporteure haben darauf den Export sofort eingestellt und rechnen auf eine Intervention der dänischen Regierung. In Dänemark erblickt man in dem Vorgehen der deutschen Regierung eine politische Maßnahme. Das ist wohl nicht der Fall. Der Bund der Landwirte wird der Regierung einfach den Wunsch ausgesprochen haben, in irgendeiner Form den unseren Junkern so unbequemen

Wöke sonder und sie dadurch sicher nicht klüger und duldsamer macht. Wir fordern mit Goethe „ein Christentum der Besinnung und der Tat“, eine unbegreifliche Absage an das Alte Testament, das heute noch aller Naturwissenschaft zum Trost als Gottes Wort gelehrt wird, und Beseitigung des lutherischen Katechismus aus der Schule, der heute überlebt ist, durchaus nicht für die Kinder geeignet und ein Marienbild für alle Erzieher ist. Wir stehen mit Pestalozzi auf dem Standpunkt, daß Religion Erleben ist. Zeigt den Kleinen diese Welt, und wenn schon das Jenseits, dann auf alle Fälle ohne pastoralen Beigeschmack. Wir fordern mit den Sozialdemokraten, daß Religion Privatfache sei. Und für die Erziehung der Kinder darf ein alter, überwundener Glaube nicht die Grundlage bilden. Glaube ohne die Tat nützt der Menschheit nichts; aber Verantwortlichkeitsgefühl der Gesamtheit gegenüber und Treue gegen sich selbst, das müssen wir in unseren Kindern erwecken. Und gegen die Zwangspraxis von oben her gibt es nur ein brutales Mittel: Massenaustritt aus der Kirche.

Am Sonnabend sprach als erster Redner Dr. Viehhaber über: „Die Zukunft des deutschen Protestantismus“. Viehhaber suchte nachzuweisen, daß der Romismus, die Weltanschauung von den Kaufmannsbeziehungen, nur eine organische Fortentwicklung des deutschen Protestantismus sei. Wir müssen allerdings unterscheiden zwischen einem kirchlichen und einem kulturellen Protestantismus, die sich seit etwa einem Jahrhundert immer weiter voneinander entfernen haben; besonders seit den Zeiten Schleiermachers ist der Bruch offenbar. Der kirchliche Protestantismus ist teilweise unter dem Einfluß der Dynastie der Stagnation verfallen. An der Spitze des Protestantismus steht Luther. Wir dürfen allerdings nicht immer auf ihn zurückgreifen, da er häufig nicht einen Fortschritt, sondern einen Rückschritt bedeutete. Aber er hinterließ uns vor allem einen großen Gedanken, den der Autonomie der Einzelgemeinde. Und es wird eine Zeit kommen, wo die Kommune all das übernehmen wird, was die Familie nicht leisten kann, z. B. die Erziehung, und der plumpe Staat wird dann von den Kommunen bedrängt werden. In diesem Sinne wirkten schon Herder, dessen Schriften lange nicht genug gelesen werden und sich besonders als Lesart für die höheren Schulen eignen, und Schleiermacher, die man, wie überhaupt die besten Protestanten, als Vorläufer der monistischen Weltanschauung betrachten muß. Eine Katastrophe des Protestantismus steht unmittelbar bevor, aber nur des kirchlichen; und daran schuld ist nicht die moderne Wissenschaft, sondern die Schlafmüdigkeit der kirchlichen und staatlichen Behörden.

Sehr merkwürdige und energische Widerspruch herausfordernde Anschauungen über das Verhältnis zwischen Religion und Sittlichkeit entwickelte hierauf der in letzter Zeit vielgenannte Norddeutscher Philosophieprofessor Dr. Arthur Drews. Nach ihm besteht das Wesen der Sittlichkeit in der Verwirklichung objektiver, im Gegensatz zu derjenigen subjektiver Zwecke, und nur eine solche Handlung hat sittlichen Wert, die aus einer sittlichen

Wichimport aus Dänemark zu unterbinden. Wünsche, die von dieser Seite kommen, sind der Regierung stets Befehl. Ueber den Wert der Tuberkulinprobe spricht sich der Präsident des tierärztlichen Gesundheitsamtes in Kopenhagen, Prof. Bang, sehr abfällig aus. Nach einer Drahtmeldung des „Berl. Tagebl.“ begründet er seine Ansicht wie folgt:

„Die deutschen offiziellen Berichte konstatieren, daß im ersten Quartal 1909 auf Tuberkulinprobe in deutschen Quarantänestationen nur 0,8 Proz. der Rinder reagierten, wovon aber beim Schlachten 31,4 Proz. sich als tuberkulös erwiesen. Im 3. Quartal sind die Zahlen noch ärger: 0,8 gegen 83,9 und im Jahre 1909 2,1 gegen 20,5. Unter solchen Verhältnissen könnte man natürlich ebenso gut die ganze Quarantänestation einrichten abschaffen. Die Tuberkulinprobe ist auch nicht für Schlachtwich bestimmt, denn bei solchem konstatiert man weit leichter die Tuberkulose nach dem Schlachten. Ob Deutschland zukünftig aus politischen Rücksichten die Einfuhr lebenden dänischen Viehes verbieten wird, weiß man ja nicht. Dann müssen wir eben selbst schlachten und nur tuberkulöses freies Fleisch über die Grenze schicken.“

Die Dänen läuschen sich, wenn sie meinen, daß sie einwandfreies Fleisch ohne weiteres nach Deutschland einführen können. Nach dem neuen Viehschutzgesetz können tierische Erzeugnisse von der Einfuhr schon dann ausgeschlossen werden, wenn der Verdacht besteht, daß in dem Ursprungslande seuchenbefallenes Vieh vorhanden ist. Diesen Verdacht bei den Zollbeamten wahrzunehmen, wird dem junkerlichen Bunde der Landwirte nicht schwer fallen. Die ganze Aktion ist ein neuer, unerhörter Raubzug auf die Taschen des Volkes. Heute schon sind in den Großstädten die Fleischpreise enorm hoch, für die breiten Massen überhaupt nicht mehr erschwinglich. Dabei ist dieses Fleisch mitunter von einer Qualität, die in gar keinem Verhältnis zu den unerschämten Preisen steht. Und die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg bietet die Hand dazu, diese Auspöckerung des Volkes noch zu fördern, natürlich stets unter dem Vorgeben, über die Volksgesundheit wachen zu müssen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß sich Dänemark durch den Wohlstand deutscher Industrieartikel verandert.

Das Reichsetatsgesetz

wird vom „Reichsanzeiger“ publiziert. Die wichtigsten Paragraphen lauten:

§ 1.

Der Reichshaushaltetat für das Rechnungsjahr vom 1. April 1910 bis 31. März 1911 wird in Ausgabe und Einnahme auf 2 833 781 005 M. festgesetzt, und zwar:

im ordentlichen Etat

auf 2 811 383 055 M. an fortwährenden und
auf 351 717 171 M. an einmaligen Ausgaben sowie
auf 2 669 666 886 M. an Einnahmen,
im außerordentlichen Etat
auf 190 730 269 M. an Ausgaben und
auf 190 730 269 M. an Einnahmen.

§ 2.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 147 981 822 M. im Wege des Kredits flüssig zu machen.

§ 3.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über den Bedarf von 450 000 000 M. hinaus, Schatzanweisungen auszugeben.

Das gleichzeitig publizierte Kolonial-Etatsgesetz bestimmt:

§ 1.

Der Haushaltsetat der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1910 wird in Einnahme und Ausgabe auf 107 607 905 M. festgesetzt, und zwar
im ordentlichen Etat auf 75 992 005 M.,
im außerordentlichen Etat auf 31 705 000 M.

§ 2.

Der im Wege des Kredits flüssig zu machende Betrag beläuft sich auf 31 632 861 M.

Die Arbeiterlegitimationskarten

werden, wie der „Vossischen Zeitung“ aus Bern berichtet wird, Gegenstand diplomatischer Auseinandersetzungen zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich.

Preußen fordert bekanntlich von ausländischen Arbeitern sogenannte Arbeiterlegitimationskarten; solche sollen auch in Bayern

Gefinnung hervorgeht. Soziale Instinkte werden erst zur Sittlichkeit, wenn sie auf Gott bezogen werden, als Ausfluß göttlicher Gebote (??). Ohne Rücksicht auf die Gottheit hätte sich der Mensch immer von eudämonistischen Grundgedanken leiten lassen. Es gibt keine Religion ohne Sittlichkeit. (??) Gibt es auch eine Sittlichkeit ohne Religion? Nein. Denn welches Motiv hat der religionslose Mensch, sich stillschweigend zu belästigen? Für die große Masse steht die Moral ohne Religion zur Pleudromoral herab. Was heute noch an Sittlichkeit vorhanden ist, hat seine Basis in der zufälligen Organisation unseres Geistes, ist ein fühlengeliebener, ererbter Rest einer früheren, vergangenen, religiösen Sittlichkeit. Deshalb muß das erste Ziel aller modernen Kulturbestrebungen die Bildung einer neuen Religion sein! (Wirklich? Herr Professor, wollen Sie da nicht den Teufel durch Weisgehub austreiben? Uebrigens, was verstehen Sie eigentlich unter „Religion“? Das verstanden Sie ganz zu fagen.)

Als letzter in der Reihe der Redner behandelte Dr. Pöthner Schüding, der gemäßigtere Bürgermeister von Hufum, das Thema: „Preussische Verwaltung und Kultur.“ Preußen wird beherrscht von zwei durchaus kulturfeindlichen Mächten, den konservativen und liberalen Reaktionen. Für die konservativen ist die große Masse des Volkes überhaupt kein kulturbildender Faktor; das ist vielmehr die Dynastie und der Adel. Die Basis aller Kultur ist die Landwirtschaft, demgemäß sind die Städte nur verdrängte Ansammlungen liberaler Elemente, und der Fortschritt ist der Krieg. Der Kulturprozeß vollzieht sich als das Warten eines Volkes. Demgemäß ist der preussische Landtag auch eine Volksvertretung, die nicht vom Volk, sondern von den Landräten gewählt wird. Mächtiger als der Landrat ist in liberalen Gegenden nur der Kaplan. Die Kirche kümmert sich freilich im Gegensatz zu den Konservativen um das Volk, aber nur aus Antiquarisch-Intellektualismus, um die Massen unter ihrer geistigen Oberaufsicht zu halten, um ihnen die Ueberzeugung beizubringen, daß alles Gute nur von der Kirche kommt. Politisch geht allerdings das Zentrum mit den Konservativen in der Unterdrückung der Volksrechte Hand in Hand. Ein Ausfluß der junkerlichen Herrschaft in Preußen ist die Stellung, die die Polizei hier einnimmt; sie ist nur im Junkerinteresse da. Was sie für richtig hält, das ist preussisches Verwaltungsrecht. Ebenso ist die Bureaucratie nur ein Instrument in den Händen der Junker. Sie hätte lange nicht eine so große Stärke erlangt, wenn sie nicht vom Gericht ziemlich unabhängig wäre — gegen Beamte gibt es keinen Staatsanwalt — und selbst im Falle eines Gerichtsverfahrens der Beamte durch den Konflikt einwand seiner Vorgesetzten gebodet würde. Eine Beschwerde im vorgeschriebenen Instanzenzug gegen einen Beamten wird aber dadurch illusorisch gemacht, daß sie in der Regel von dem bearbeitet wird, gegen den sie gerichtet ist. Erst wenn das konservativ-liberale Parteiregiment gestürzt ist, wird die kulturelle Rückständigkeit Preußens ein Ende nehmen.

eingeführt werden. Das „Berliner Tageblatt“ erwidert in den Arbeiterlegitimationskarten eine Verletzung des Art. 3 des schweizerisch-deutschen Niederlassungsvertrages, wonach Schweizer in Preußen, überhaupt in Deutschland, lediglich einen Heimatschein und ein Zeugnis vorweisen müssen. Das „Berliner Tageblatt“ fordert den Bundesrat auf, bei der deutschen Regierung wegen der vorliegenden Angelegenheit diplomatische Schritte zu tun.

Nationalliberale Wahlagitator.

Im Reichstagswahlkreis Diezko-Lyck-Johannisburg machen gegenwärtig die Nationalliberalen große Anstrengungen, um den Konservativen das Mandat zu entreißen. Ein ganzer Generalstab ist dort tätig, und das Gold des Hansabundes ergießt sich über den ganzen Wahlkreis. Es wird wieder eine Schwabachische Wahl gemacht. Die arme, unwissende masureische Bevölkerung, insbesondere die Knechte und die Landarbeiter versucht man auf jede Weise zu betören, indem man ihnen erzählt, der liebe Gott hätte ihnen den nationalliberalen Kandidaten, einen Gutsbesitzer aus dem Wahlkreise, gesandt. In der liberalen „Masureischen Zeitung“ ist ein Artikel erschienen, den angeblich ein Arbeiter (?) eingeschickt haben soll. Darin heißt es:

„Liebe Wähler, bis jetzt hatten wir zwei Parteien, welche ich auch schon genannt habe, und von der nationalliberalen Partei konnten wir gar nichts, weil sie von der konservativen Partei vor uns versteckt war und uns niemand zu ihr führte. Jetzt hat aber der liebe Gott einen Menschen geschickt, welcher die nationalliberale Partei für uns zum Vorschein brachte. Na, was uns das für eine Freude macht, daß der liebe Gott einen solchen Menschen geschickt hat, welcher uns aus dem Kummer und Elend herausreißt.“

Liebe Wähler, wenn es so länger gegangen wäre, wie es bis jetzt gegangen ist, so würden wir von den Herren Domänenpächtern schließlich als Sklaven für einen Groschen verkauft werden. Rein, liebe Wähler, jetzt frisch in den Kampf gegen die Konservativen, wählt den Herrn Kochan und nicht den Herrn Landrat, so werden wir uns unserem Elend herausgerissen.“

In dieser Weise bearbeiten die Nationalliberalen die masureische Landbevölkerung. Einen Teil versucht man mit klingender Münze, den anderen Teil mit dem lieben Gott einzufangen. Die Nationalliberalen ziehen sogar gegen die „Sklaverei auf dem Lande“ zu Felde. Dabei haben sie im Reichstage den Landarbeitern das Koalitionsrecht verweigert, und für die Aufrechterhaltung der ländlichen Sklaverei gestimmt.

„Attentat“ auf nationalliberale Agitatoren.

Die „Nationallib. Korresp.“ weiß von einem „Attentat“ zu berichten. In der Nähe eines ostelbischen Dorfes wurde am Donnerstag voriger Woche in ein Asteil II. Klasse des Juges Chditzkuhn — Berlin geschossen. In diesem Asteil saßen die Generalsekretäre der nationalliberalen Partei, Dreißhaupt und Kalkoff, sowie der Landwirt Krüger vom deutschen Bauernbund, die sich auf der Rückreise von Lyck, wo sie in die Wahlagitatorien eingegriffen hatten, befanden. Verletzt wurde niemand.

Demonstrierende Wirte.

Weil in Breslau der konservative Stadtrat, Weide, der Führer der Gastwirte, sich feige vor der Abstimmung gegen die Wahlrechtsvorlage gedrückt hatte, beschloß die Generalversammlung der Genossenschaftsbrauerei der Breslauer Gastwirte, als Protest dagegen den Betrag von 500 M. der sozialdemokratischen Partei für die Belämpfung des Wahlgesetzes zur Verfügung zu stellen. Nur 19 Wirte spielten sich als alte Preußen auf und stimmten dagegen.

Frankreich.

Die Kammerwahlen.

Paris, 29. März. Die Parlamentswahlen sind endgültig auf den 24. April und die Stichwahlen auf den 8. Mai festgesetzt worden.

Der Kampf gegen den Zolltarif.

Paris, 29. März. In der Deputiertenkammer wurde der Finanzminister gefragt, ob es zutreffend sei, daß Belgien Repressalien gegen Frankreich plane, indem es französisches Obst und junge Gemüse mit hohen Zollsätzen belasten wolle. Der Minister erwiderte, er glaube nicht, daß die französischen Zollsätze aggressive Maßnahmen irgendeines Landes rechtfertigen würden. Wenn irgendein Land solche Waren, Weine oder Früchte, die nur aus Frankreich importiert werden, mit hohem Zoll belegen würde, so müßte Frankreich darin eine unannehmbare Repressalie erwidern.

Die Liquidatoren.

Paris, 29. März. Der Senat hat den von der Deputiertenkammer angenommenen Antrag betreffend die Amtsenthebung der Liquidatoren der Ordensgüter genehmigt.

Holland.

Verfassungsrevision.

Amsterdam, 26. März. (Sig. Ver.) Der „Staatscourant“ enthält die Regierungsmitteilung der Einsetzung einer Staatskommission zur Untersuchung der Frage, welche Änderungen in der Verfassung vorgenommen werden sollen. Zum Vorsitzenden der Kommission ist der Ministerpräsident und Minister des Innern Th. Heemskerck ernannt worden. Außerdem haben die konservativsten Elemente von vornherein eine verhältnismäßig sehr starke Vertretung, während die Anhänger des allgemeinen Wahlrechts sich mit drei bürgerlichen Vertretern, denen sich ein vierter vielleicht bedingungsweise anschließt, und dem Kammermitglied Genossen Troelstra begnügen müssen. Nach der Zusammenkunft der Kommission ist von ihr alles gegen nichts für das allgemeine gleiche Wahlrecht zu erwarten, auch nicht von seinen bürgerlichen Befürwortern, die bekanntlich im entscheidenden Moment ihr bürgerliches Gewissen durch politischen Kuhhandel beschwichtigen. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Vertreter der beiden größten kirchlichen, der antirevolutionären und katholischen Partei auf ein Wahlrecht der Haushaltungsvorstände einigen werden. Die Einsetzung dieser Kommission aber ist schon an sich für die regierenden Parteien ein Mittel, die Wahlrechtsfrage auf die lange Bank zu schieben, weshalb ihr dann auch die Revision der ganzen Verfassung zur Aufgabe gemacht wurde. Dem holländischen Proletariat macht es dieser Versuch der Erwidlung seines Kampfes für das allgemeine Wahlrecht zur Pflicht, diesen Kampf nunmehr mit schärferen Mitteln zu führen als bisher.

Rußland.

Reichsraub!

Der Zar hat Sonntag ein Finnland betreffendes Manifest unterzeichnet, welches befohlen, den durch den Ministerat dem Kaiser unterbreiteten Gesuchentwurf über die Veröffentlichung nur Finnland betreffender Gesetze und der Gesetze allgemein-staatlicher Bedeutung in der Reichsduma und im Reichsrat einzubringen und ferner dem finnischen Landtag zu gestatten, über den Inhalt des Gesuchentwurfes ein Gutachten abzugeben, das dann der Beratung der Reichsduma und des Reichsrates unterliegen soll. Das Gutachten ist innerhalb eines Monats, vom Tage des Empfangs des Gesuchentwurfes an gerechnet, abzugeben.

Der Gesuchentwurf bestimmt, daß Gesetze, welche nicht nur Finnland allein betreffen, sondern allgemein-staatliche Be-

deutung haben, durch die reichsgesetzgebenden Körperschaften bestätigt werden müssen. Nur die innere finnländische Angelegenheiten betreffenden Gesetze unterliegen der Bestätigung der gesetzgebenden Körperschaften Finnlands. Die Grundgesetze der inneren Verwaltung Finnlands werden verändert im Wege der allgemeinen Gesetzgebung auf Initiative des Kaisers. Die wichtigsten Fragen, welche auf diese Weise geregelt werden, sind: Teilnahme Finnlands an den Ausgaben des Reichs und dementsprechende Festsetzung der Einzahlungen, Abgaben und Gebühren; Wehrpflicht der Bevölkerung Finnlands; Rechte der in Finnland lebenden russischen Untertanen; Feststellung der Fragen, welche im Reichsinteresse aus der Kompetenz der finnländischen Gerichtshöfe auszuschneiden sind; Bestimmungen betreffend öffentliche Versammlungen und Vereine; Pressegesetzgebung für Finnland und Bestimmungen über die Einfuhr ausländischer Druckereien; Zollbeziehungen zwischen Finnland und anderen Teilen Rußlands; finnländische Geldsystem; Post- und Telephonwesen; Luftschiffahrt; Eisenbahnwesen; Rechte der Ausländer in Finnland. Die Gesetzesvorlage sieht ferner die Vertretung der finnischen Bevölkerung im Reichsrat und in der Reichsduma vor; der finnische Landtag wählt ein Mitglied des Reichsrats auf neun Jahre und in die Reichsduma fünf Mitglieder, von denen drei finnische Bürger, der fünfte ein in Finnland lebender Russe sein soll.

Die Begründung der Vorlage führt aus, daß Finnland in seinen inneren (andere Reichsteile nicht berührenden) Angelegenheiten nur eine provinzielle Selbstverwaltung genieße, daß die Reichsgrundgesetze für Finnland ebenso obligatorischen Charakter haben wie für die übrigen Reichsteile, daß ferner in allen nicht rein finnländischen Angelegenheiten die Meinung des finnländischen Landtags ausschließlich beratende Bedeutung habe und daß zum Nutzen Finnlands dem Reichsrat und der Reichsduma Vertreter der Bevölkerung Finnlands eingefügt werden. Ueber die Vertretung Finnlands im Reichsrat und der Reichsduma führt das Gesetz aus, daß die gleichberechtigte Mitarbeit der von Finnland gewählten Reichsratsmitglieder und Reichsdumaabgeordneten der Idee der Staatseinheit besser entspreche, als die Vertretung durch Delegierte Finnlands, und daß für die von Finnland gewählten Mitglieder des Reichsrates und der Reichsduma die Kenntnis der russischen Sprache obligatorisch sei.

Tritt dieser Gesuchentwurf, welcher mit der beschworenen Verfassung Finnlands im schroffsten Widerspruch steht, wirklich in Kraft, so hat Finnland aufgehört, ein selbständiger Staat zu sein und wird zu einer russischen Provinz herabgedrückt. Daß die reaktionäre Duma diesen frechen Reichsraub sanktionieren wird, daran ist leider kaum zu zweifeln. Ebensovienig aber daran, daß das finnländische Volk diese schändliche Vergeßlichkeit nie anerkennen wird. Finnlands Sache ist jetzt untrennbar mit der Sache der russischen Revolution verknüpft und wird mit ihr zusammen schließlich über den völkermordenden Zarismus triumphieren.

Bulgarien.

Neue Grenzämpfe.

Sofia, 29. März. Am 27. März nachmittags schossen türkische Soldaten auf eine bulgarische Patrouille, die bei dem Grenzposten Zatazloje, Bezirk Razim Agahajik, die Kunde machte. Es entwickelte sich hierauf ein Gewehrfeuer, das bis zum Abend dauerte und am nächsten Tage wieder aufgenommen wurde, nachdem die Türken Verstärkungen durch Infanterie und Kavallerie erhalten hatten. Bisher ist von einem Verlust auf bulgarischer Seite nichts bekannt. Ein türkischer Soldat wurde auf bulgarischem Gebiet getötet. Wahrscheinlich gab es auch einige Verwundungen. Der Kriegsminister erteilte sofort den Befehl, das Feuer einzustellen. Heute wird eine Kommission aus türkischen und bulgarischen Offizieren zusammentreten, um den Zwischenfall zu untersuchen.

Abeßinien.

Der Thronstreit.

Frankfurt a. M., 29. März. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Addis Abeba gemeldet: Die Kaiserin Taitu ist zur öffentlichen Verantwortung gezogen und von den Großen des Gutes und jeder Gewalt verlustig erklärt worden; sie darf nur den Kaiser pflegen und wird ständig bewacht; der Telephonverkehr mit den wenigen Anhängern, die sie noch hat, ist ihr verboten worden. Ihre Soldaten sind fast alle desertiert, ihre Macht ist nach einem mißlungenen Fluchtversuch endgültig gebrochen. Sie beabsichtigt, in ein Kloster zu gehen. Kaiser Menelik II., der völlig gelähmt ist, lebt noch; deshalb unterbleibt die Krönung Teassus, der jetzt allgemein als Thronfolger anerkannt wird.

Aus der Partei.

Ein Grundergriff aus Holland.

Vom Parteitag der holländischen Sozialdemokratie ging der folgende telegraphische Gruß zu: Zeeuwarden, 29. März. Die auf dem Kongreß zu Zeeuwarden versammelte Sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands spricht, im Begriff neue Kampfmethoden zu ergreifen für die Eroberung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, ihre herzliche Sympathie aus mit Eurem schönen Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht und wünscht Euch in diesem schweren Kampfe einen glänzenden Sieg über die gesamten Feinde des Proletariats.

Der Parteisekretär: Van Ruyhof.

Eine freisinnige Heidenart.

Für die diesjährige Reiseleiter hatten die Gewerkschaftsleiter in Rürberg den Magistrat gebeten, für ein Massenmeeting den großen Platz vor der Festhalle in Luitpoldhain zu überlassen. Das wurde jedoch mit der Ausrede abgelehnt, daß die Anlagen beschränkt werden könnten, obwohl die Gewerkschaften die Garantie dafür übernehmen wollten.

Die Mehrheit des Magistrats ist freisinnig.

Personalien. An Stelle des Genossen Piesch, der, wie schon gemeldet, am 1. Mai in das Sekretariat des Zentralbildungsausschusses eintritt, ist Genosse Krauch, bisher in der Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“, zum Parteisekretär in Bremen gewählt worden. In die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ tritt Genosse Holzmeier ein, der vor kurzem gemäßigter Bremer Lehrer.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Hausdurchsuchung.

In den Geschäftsräumen der „Gazeta Raboinica“ zu Rattowij sowie in der Privatwohnung des Genossen Winizkiwicz wurde am Sonnabend durch drei Polizeibeamte Hausdurchsuchung abgehalten. Man suchte nach Waffen, Munition (??) sowie Briefschaften, die sich darauf beziehen. 2 1/2 Stunden plagte sich die Polizei. Schließlich mußte sie mit leeren Händen wieder abziehen.

Welcher Spahibogel mag denn der Hochwohlwollenden den kolossalen Wären aufgebunden haben, daß sich in den Räumen der „Gazeta Raboinica“ ein Waffenlager befindet?

Strafentscheid der Presse. Wegen Verleumdung eines antisemitischen Stadtratsmännchens wurde Genosse Grösch von der „Dresdener Volkszeitung“ zu 200 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Neutralität ist Unsinn!

Erkelenz, der Gerüstete, wehrt sich und weist darauf hin, daß auch früher schon von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften die Liberalen als die „richtigen“ Bundesgenossen betrachtet wurden. In der Düsseldorfer „Westdeutschen Post“ wird ein Artikel von Max Hirsch aus dem Jahre 1871 erwähnt, worin offen die liberale Partei als diejenige erwähnt wird, die für die Gewerkschaften in Betracht käme. Nachdem erwähnt wurde, daß in einigen Städten die Arbeiter liberale Fortschrittskandidaten selbständig aufgestellt hätten, heißt es dann über die Betätigung der Gewerkschaften:

„Möchten uns bald aus anderen Wahlkreisen ähnliche Berichte zugehen wie aus Danzig und Altwasser. Noch in vielen anderen Gegenden, wo bis jetzt schwach liberal oder gar konservativ und liberal gewählt wurde, in der Lausitz, in Oberschlesien, in der Mark, in Pommern usw., zählen unsere Freunde und Mitglieder nach Tausenden. Auch in Süddeutschland, wie der Wahlkreis der Forstheimer „Genossenschaft“ belundet, wollen unsere Brüder mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht Ernst machen. Es gilt jetzt die Probe abzulegen in entscheidender Stunde, daß die Mitglieder unserer Organisation treue und energische Bundesgenossen der entschieden liberalen Partei sind, deren kräftige Unterstützung sie dadurch erwerben. Für die nächsten Wochen müssen alle Bestrebungen den Wahlen den Vorrang lassen.“

Dazu bemerkt dann das Düsseldorfer Blatt bezw. der wohl dahinter stehende Erkelenz:

„So unser verstorbenen Anwalt damals! Und wie jetzt? Es ist bedauerlich, daß man an manchen Stellen sich aus persönlichen Gründen nicht zu einem offenen Bekenntnis aufschwingen will. Mit der Vogel-Straußpolitik imponieren wir keinem ehrlichen Gegner, und unseren Freunden, denen es Gottseidank doch noch etliche gibt, machen wir es schwer, auf unserer Seite zu bleiben. Oder glauben die Ueberklugen, es käme bei den vielen verpöbten Gelegenheiten auf eine mehr oder weniger nicht an.“

Der „Regulator“, der zuerst den Erkelenz stark rüffelte, ist auch ziemlich kleinlaut geworden. Der „Vorwärts“ hatte dies Berliner Gewerkschaftsblatt an dessen eigene Stellung bei der Reichstagswahl erinnert. Der „Regulator“ findet kein Wort, darauf zu erwidern. In einem neuen Artikel hält er zwar an seiner formalen „Neutralität“ fest, sagt aber sonst mit vielem Drumherum auch nichts anderes als wie Erkelenz.

Auch das Blatt **Naumanns**, „Die Hilfe“, meldet sich in der Sache zum Wort und meint, der frühere neutrale Standpunkt der Gewerkschaften sei jetzt nicht mehr angebracht:

„Die deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) aber haben heute um so weniger Anlaß, sie (die politische Neutralität) noch aufrecht zu erhalten, als zwischen diejenigen Parteien, denen sie seit Jahren durch Weltanschauung und Wirtschaftsinteresse nahestanden, jetzt geeint sind, und keine Gewerkschaften mehr vor die Dual einer parteipolitischen Wahl stellen. Darum sollten sie fest entschlossen in die Hand der fortschrittlichen Volkspartei (Freisinn) einschlagen.“

Wären sie offen einschlagen. Die große Illusion, als ob damit die altersschwachen Hirsch-Dunderschen nun in einer Art Altwassermühle wieder jung und siegfriedstark gemahlen würden, wird schon früh genug grausam zerstört werden. Und dann wird ja auch der große „Strategie“ Erkelenz wohl — bei den Hirsch-Dunderschen! — engültig ausgespielt haben. Qui vivra vorra!

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung in den Berliner Lagerbierbrauereien.

Der zurzeit geltende Tarifvertrag in den Berliner Lagerbierbrauereien läuft am 31. März d. J. ab. Da die Tarifverhandlungen mit dem Verein der Brauereien noch nicht so weit gediehen sind, daß der neue Tarif am 1. April d. J. in Kraft treten kann, finden in den nächsten Tagen Verhandlungen darüber statt, wie sich das Verhältnis nach dem 31. März d. J. bis zum Abschluß des neuen Tarifes zu gestalten hat. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen werden die Kollegen in den nächsten Tagen das Nähere erfahren.

Gleichzeitig teilen wir mit, daß am 3. April d. J. eine allgemeine Brauereiarbeiterversammlung stattfindet, welche sich mit der Tariffrage beschäftigen wird.

Die Lohnkommission der Brauereiarbeiter Berlins und Umgegend. C. 64, Mühlstr. 10, I. Fernspr.-Amt III, Nr. 4518.

Lohnbewegung der Schuhmacher Groß-Berlins!

Die Schuhmachergehilfen der Schuhbranche hatten sich gestern morgen sehr zahlreich im großen Saale von Dräsel in der Neuen Friedrichstraße versammelt, um zu der in diesem Frühjahr geplanten Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Der Referent **R. Lüth** schilderte zunächst die Lage der Schuhmachermasse, die, wie es wohl auch schon in weiteren Kreisen bekannt ist, außerordentlich traurig ist. Im Schuhmachergewerbe hat sich bekanntlich in den letzten 30—40 Jahren eine gewaltige Umwälzung vollzogen. Früher ließen sich noch viele Leute ihr Schuhzeug nach Maß anfertigen, und soweit für den Markt gearbeitet wurde, waren es Kleinbetriebe, in denen die Ware wesentlich mit der Hand hergestellt wurde. Heutzutage gibt es nur noch wenige, besonders wohlhabende Leute, die ihre Stiefel nach Maß anfertigen lassen, und die Marktware wird in ungeheuren Massen in großen Fabriken mit Maschinen hergestellt. Für die Schuhmachermasse ist nur wenig Maschinerei vorhanden, die meisten sind auf die Reparaturarbeit angewiesen. Die Löhne sind außerordentlich gedrückt, wo sich der Einfluß der Organisation nicht geltend machte. Der Durchschnittslohn der Schuhmachermasse Berlins ist 20 M. die Woche. Es gibt wohl solche, die 25 M. verdienen, aber andere bringen es kaum auf 15 M., ja erhalten gar nur 12 M. für die Arbeit der ganzen Woche. Mancher Schuhmachergehilfe muß selbst wenn er Arbeit hat, buchstäblich am Hungertuche nagen. Wohl sind im Jahre 1906 mit einer Anzahl von Arbeitgebervereinstatuten abgeschlossen, aber sie sind vielfach durchbrochen oder zurückgezogen worden. Bei dem schlechten Geschäftsgang, der großen Arbeitslosigkeit ist es den Gehilfen nicht gelungen, die tariflichen Abmachungen dauernd und allgemein durchzuführen. Die allzu elende Lage der Schuhmachermasse, die durch die Wirtschaftskrise wie durch die künstliche Verteuerung der Lebensmittel noch weiter verschlimmert wurde, ferner der Umstand, daß die Schuhmachermasse in den Kleinwerkstätten vereinzelt arbeiten, sind schuld daran, daß sie in ihrer Organisation während der verfloßenen Jahre nicht die Macht erlangten, die zu einer allgemeinen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse notwendig ist. Der Referent ließ keinen Zweifel darüber, daß, wenn der Lohnsatz nun endlich vollends durchgeführt werden soll, die Schuhmacher zu einem Kampf gerüstet sein müssen. Vor allem ist dazu selbstverständlich notwendig, daß sie einmütig in ihrem Zentralverband zusammenstehen. Diese Ueberzeugung hat sich nun auch unter den Schuhmachern allgemein Bahn gebrochen. Der ganze Verlauf der Versammlung und die lebhafteste Diskussion bewiesen, daß die Empörung über die elende wirtschaftliche Lage groß ist unter ihnen, und daß sie nun mit voller Kraft einmütig für ihre Forderungen eintreten werden. Das Ziel der

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hier zu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Bewegung ist im wesentlichen, den Minimaltarif von 1906 allgemein durchzuführen. Der Tarif hat nun einer Kommission vorgelegen und ist in wenigen Punkten abgeändert worden. Er wurde der Versammlung unterbreitet und fand allgemeine Zustimmung. Die Forderungen sind sehr bescheiden, sowohl in den Akkord- als in den Zeitlöhnen. Als Minimalstundenlohn werden 50 Pf. verlangt, im Wochenlohn 25 M., für Reparaturwerkstätten mit Maschinenbetrieb 27 M. Die tägliche Arbeitszeit soll 9½ Stunden nicht übersteigen. Für Ueberstunden soll 15 Pf. Zuschlag zu zahlen. Das Kost- und Logiswesen soll beseitigt werden.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der die Ortsverwaltung aufgefordert wird, den Arbeitgeberkorporationen den Tarif zu unterbreiten, mit der Maßgabe, daß die Verhandlungen dann bis zum 15. April endgültig abgeschlossen sein sollen. Am 18. April wird eine neue Versammlung stattfinden, um den Bericht entgegenzunehmen und zu beschließen, was notwendig sein wird. Eine Woche früher, am 11. April, werden die Gehilfen sich in Bezirksversammlungen mit der Sachlage befassen.

Achtung, Sattler! In den Treibriemensfabriken von A. Schwarz u. Co., Böttcher u. Co., Ernst Schulz, Fr. Diesener und bei Aug. Vid haben die dort beschäftigten Kollegen wegen Ablehnung der eingereichten Forderungen die Arbeit eingestellt. Einige dieser Firmen sind bemüht, durch Kanononen in den verschiedensten Blättern Ertrag aus der Provinz heranzuziehen. Wir bitten daher alle arbeiterfreundlichen Blätter um Abdruck dieser Zeilen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuliker.

Die Kistenmacher Berlins beschäftigten sich in einer am Montag in den Andreas-Festjahren abgehaltenen Versammlung fast ausschließlich mit dem Streik bei Pfluggrath, Eisenstr. 52. Die dort im Streik stehenden erklärten einstimmig, einer wie der andere, daß sie nicht wegen vier Kollegen, welche keine Beiträge bezahlten wollten, in den Ausstand getreten seien, wie Herr Pfluggrath fälschlich behauptet hat, sondern einzig darum, weil Herr Pfluggrath versucht hätte, mit einzelnen Kollegen einen Vertrag abzuschließen und die übrigen zu entlassen. Dieses sollte nicht etwa geschehen, weil es sich um minderwertige Kräfte handelt, sondern nur, weil er glaubte, Leute genug zu finden, die sich gutwillig eine Lohnreduzierung gefallen lassen.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Feizer und Maschinisten in der Krupp'schen Friedrich-Alfredhütte in R. H. einhausen ist nachzutragen, daß inzwischen die Differenzen beigelegt sind. Seitens der Direktion sind befriedigende Zugeständnisse erfolgt, worauf die Streikenden die Arbeit am Sonnabend wieder aufgenommen haben. — Wahrscheinlich hat der Umstand mit zu der Nachgiebigkeit der Direktion beigetragen, daß von dem kleinen Trupp „Arbeitswilliger“ schon in der kurzen Dauer der Arbeitseinstellung eine Menge Schaden angerichtet wurde. Mehrere Hebelkräne wurden infolge unsachgemäßer Behandlung stark beschädigt und so viel an Maschinen ruiniert, daß die Direktion von den „Arbeitswilligen“ genug haben wird, obwohl man sie per Drohschle (1) zur Arbeit schaffte.

Gaukonferenz des Textilarbeiterverbandes.

Während der Feiertage fand im hiesigen Gewerkschaftshause eine Konferenz des Gauverbandes des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter statt, der in der Hauptstadt die Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Kassau, Westfalen, Oldenburg und die Hansestädte umfaßt. Anwesend waren außer dem Gauvorstand sowie Vertretern des Zentralvorstandes und des Verbandesorgans aus 23 Mitgliedschaften 36 Delegierte. Es wurden während der Tagung meistens interne Fragen der Organisation erörtert. Der Gau umfaßt Ende 1906 rund 30 Filialen. Ende 1907 waren es 38. Der Rückgang ist durch Verschmelzung von Filialen und durch Abgang an den Gau Rechts-Rhein entstanden. Neu gegründet bezw. selbständig geworden sind drei Filialen: Krefeld, Peine und Söttingen. Infolge der außerordentlich schlechten Konjunktur in den meisten Zweigen der Textilindustrie und der dadurch bedingten Abwanderung ausländischer Arbeiter ist die Mitgliederzahl in den Filialen des Gauverbandes zurückgegangen und zwar von 10 029 auf 8300 (4862 männliche und 5138 weibliche).

Die Redner erklärten sich in der Mehrheit mit der Tätigkeit der Gauleitung einverstanden und gaben im übrigen Schilderungen der sozialen Zustände in der Textilindustrie.

Bei der Stellungnahme zur Generalversammlung in Berlin werden dieser als Material überwiesen die Anträge von Hannover-Linden und Osterode auf Aenderung des Regulativs für die Unterstufungseinrichtungen, dem Vorstand überwiesen ein Antrag Schiffbeck auf Beschaffung einer ungarischen Zeitung. Unterstützt wurde ein weiterer Antrag an die Generalversammlung, die Zentral-kasse möge alle Delegationskosten, auch der Gaukonferenzen übernehmen. Die Anträge Braunschweig und Elmshorn erübrigten sich, da es der Generalversammlung obliegt, eine Neueinteilung der Gau vorzunehmen.

Keine Differenzen im Hamburger Baugewerbe! Am Sonnabend ist zwischen dem Baugewerkeverbande und den Verbänden der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter eine Einigung auf folgender Basis zustande gekommen:

Der bisher beratene Tarif wird bis zum 31. März 1910 abgeschlossen. Er wird prolongiert bis zum 15. April 1910. Wenn bis dahin kein neues Vertragsmuster zustande kommt, wird der Tarif bis zum 1. Oktober 1910 prolongiert. Wenn überhaupt kein neues Vertragsmuster zustande kommt, gilt der Tarif bis zum 31. März 1913.

Mit der Einigkeit der Unternehmer haptet es mithin. Die Lehren des vorjährigen großen Kampfes im Hamburger Baugewerbe haben bei den Unternehmern doch einen starken Resonanzboden gefunden. Die Hamburger Bauarbeiterchaft hat den vorjährigen opferreichen Kampf nicht umsonst gekämpft; der wirkliche Erfolg zeigt sich jetzt in vollem Umfange.

Ausland.

Internationaler Kongreß der Lithographen, Steindrucker und verwandten Verufe in Amsterdam.

Das Sekretariat des internationalen Bundes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Verufe, das seinen Sitz in Berlin hat, beruft den siebenten internationalen Kongreß zum 12. bis 14. September d. J. nach Amsterdam in Holland ein. Dem internationalen Bund gehören die Berufsorganisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Verufe von folgenden Ländern an: Belgien, Deutschland, Dänemark, England, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Oesterreich, Schweiz und Ungarn. Weitere Verbindungen sind angeknüpft mit den Berufsorganisationen in Amerika, Australien, Rußland und Spanien; deren Anschluß steht bevor. — Zur Tätigkeit des internationalen Kongresses gehört der Ausbau der internationalen Verbindung; in besonderem wird auch die Ansammlung eines großen Kampfes resp. Streikfonds geplant, von dem in eintretenden Fällen die verschiedenen Landesorganisationen unterstützt werden. So hat der bereits vorhandene Fonds in den letzten Jahren schon wiederholt eingegriffen bei Kämpfen in Dänemark, Italien, Holland und besonders bei dem großen Generalstreik im vorigen Jahre in Schweden, wobei die einzelnen Landesorganisationen auch durch freiwillige Sammlungen ganz bedeutend geholfen haben. — Seit dem letzten Kongreß wird vom internationalen Sekretariat zur weiter-

ren Festigung bezw. gegenseitigen Verständigung eine in drei Sprachen (deutsch, englisch und französisch) erscheinende Zeitung „Bulletin“ herausgegeben, die über die Kämpfe in den einzelnen Ländern und über wichtige Verhandlungen berichtet. — Auf dem internationalen Kongreß in Amsterdam wird auf Beschluß des letzten Kongresses 1907 in Kopenhagen auch eine Druckbogen-Ausstellung veranstaltet, um an der Hand dieser die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Ländern zu demonstrieren. Die einzelnen Landesorganisationen werden im „Bulletin“ aufgefordert, ungehäumt die Sammlungen der Druckbogen in die Wege zu leiten. Es sollen von in jedem Lande angefertigten Druckbogen einige zur Ausstellung besorgt werden. Bei jedem der Druckbogen sollen die Herstellungslosten genau angegeben werden, ferner die üblichen Wochenlöhne und die täglichen Arbeitszeiten der in Betracht kommenden Arbeiter usw.

Kommunale Streikbrecher-Wehrpflicht wollte der konservative Stadtverordnete Herzig in Stockholm eingeführt wissen. In ihrer letzten Sitzung vor Einführung der neugewählten Vertreter hatte sich die Stadtverordnetenversammlung mit diesem Antrage zu befassen, der bezweckte, daß bei Arbeitsniederlegung in den kommunalen Betrieben und Arbeitszweigen jeder Bürger verpflichtet sein sollte, die Arbeiten auszuführen, also als Streikbrecher tätig zu sein. Der Antrag war jedoch schon im Ausschuß abgelehnt worden, und die Stadtverordnetenversammlung tat das gleiche, ohne eine formelle Abstimmung für nötig zu erachten.

Das Ende des Straßkehrerstreiks.

Nachdem die Stadtverwaltung den römischen Straßkehrern eine Lohnzulage von 25 Centimes pro Tag versprochen hat, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Der Anteil, den der liberale Gewerksverein an der Bewegung hatte, und dessen politische Absichten gegen die antiliberalen Stadtverwaltung kamen bei der Abstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit zutage, bei der die Mitglieder des Gewerksvereins trotz der nicht geringen Zugeständnisse gegen die Wiederaufnahme der Arbeit stimmten. Sie blieben aber in der Minderheit.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gegen das Oberhaus.

London, 20. März. Das Unterhaus trat heute nach der kurzen Osterpause wieder zusammen und begann sofort die allgemeine Beratung über die Resolutionen betreffend das Oberhaus und die Dauer der Parlamentssession. Premierminister Asquith beantragte, daß das Haus sich als Kommission konstituiere, um die Resolutionen zu beraten, und gab eine ausführliche Erklärung ab, in welcher er die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber der Reformfrage auseinandersetzte. Während er zugab, daß ein Bedürfnis für eine zweite Kammer in England vorliege, stellte er in Abrede, daß Großbritannien gegenwärtig ein Zweikammersystem habe. Das gegenwärtige System sei eine Karikatur und eine Travestie des Zweikammersystems. Die Regierung wünsche nicht, die zweite Kammer dem Unterhause koordiniert zu sehen; sie wünsche aber das Unterhaus in seiner Machtvollkommenheit und Vorherrschaft in der Gesetzgebung erhalten zu sehen. Es gäbe in dessen Funktionen der Beratung, der Revision und des Ausschusses, die in nützlicher Weise von der zweiten Kammer ausgeübt werden könnten, was mit der Vorherrschaft des Unterhauses vereinbar sei. Das Oberhaus mühe aus einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Mitgliedern bestehen und nicht auf der Erbligkeit, sondern auf demokratischer Grundlage beruhen. Es mühe eine Körperschaft sein, die den Willen der Nation repräsentiere und von ihr abhängig sei. Die Resolutionen würden nicht als endgültig erscheidende Lösung des Problems eingebracht, es wäre aber vor allen Dingen nötig, daß man sich mit dem Oberhaus so wie es jetzt sei beschäftige. Die notwendige Vorbereitung für die Ausführung der Politik der Regierung sei die Behinderung der verfassungswidrigen Uebergriffe in der Finanzgebarung. Die zweite Resolution sei dazu bestimmt, der heillosen Verwirrung zwischen beiden Häusern ein Ziel zu setzen. Gegenwärtig sei der einzige verfassungsmäßige Weg, der Verwirrung ein Ende zu bereiten, der, daß das Parlament aufgelöst werde oder daß neue Wahlen an der Krone ernannt werden. Das Vorrecht der Krone sei, obwohl es selten ausgeübt werde, ein wesentlicher Bestandteil der Verfassung. Die Resolution Lord Rosebergs führe einen direkten tödlichen Schlag gegen die Prätogative und wenn sie Gesetz werden sollte, würden die Lords eine autonome Körperschaft ohne Kontrolle werden. Sowohl die Auflösung wie die Ernennung neuer Wahlen wären ein ernstes Ausnahmewittel, das aber im Falle der Not furchtlos angewandt werden mühte. (Beifall bei den Ministerialen.) Nachdem Asquith sodann betont hatte, daß andere Anregungen unausführbar wären und daß die Vorschläge der Regierung den ersten Schritt bildeten zu einer Emanzipation des Unterhauses, erklärte er der Meinung zu sein, daß dem absoluten Veto der Lords das absolute Veto der Krone folgen mühte, bevor der Weg freigelegt werden könnte für eine ungefesselte Demokratie.

Balfour (Unionist) spottete über den Plan der Regierung und erklärte, es sei nur natürlich, daß das Oberhaus von seiner Macht Gebrauch mache, wenn eine Regierung am Ruder sei, die in ihren Hauptelementen revolutionär sei. Die Regierung verhöhne die Meinung aller großen, freien Regierungskörperschaften der Welt durch Beschränkung der Vollmachten des Oberhauses, und das ganze Programm der Regierung sei grotesk.

Redmond (Ire) erklärte, seine Partei würde die Resolutionen bereitwillig unterstützen. Asquith möge auf der Annahme der Resolutionen bestehen, eine Mehrheit von 120 Stimmen sei ihm sicher.

Barnes (Arbeiterpartei) erklärte, die Resolutionen unterstützen zu wollen, sie seien in keiner Weise als ein ausreichendes Mittel gegen die Uebelstände zu betrachten, gegen welche die Resolutionen sich richteten.

Die Zolltarifreform.

Paris, 20. März. (W. T. B.) Die Deputiertenkammer nahm mit 416 gegen 92 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Zolltarifreform in seiner Gesamtheit mit Aenderung zweier Positionen in der Senatsfassung an.

Die Eruption des Aetna.

Catania, 20. März. (W. T. B.) Der Direktor des Aetnaobservatoriums teilte aus Nicolosi mit, daß die Masse und Schneelikeit der Lava im Wachsen sei, die Lage sei gegen gestern wenig verändert. Auch die Sektion Catania des Alpenklubs versichert, daß der Ausbruch des Vulkan wieder zunehme und mit starkem Geiße verbunden sei.

Gegen Vesteckungsversuche.

Washington, 20. März. (W. T. B.) Das Repräsentantenhaus gab die Ermächtigung zu der Untersuchung der Anschuldigungen, daß in Washington von Schiffsinteressenten ein Versuch gemacht worden sei, auf Mitglieder des Kongresses durch Vesteckungen zugunsten der Vorlage über die Schiffssubsidien einzuwirken.

Ein Parteitag für die obere Rheinprovinz

find an den beiden Oftertagen in Aachen statt. Es waren 49 Vertreter aus 15 Reichstagswahlkreisen, ferner vom Parteivorstand Genosse Bengels und vom preussischen Landesauswahlgewisse Ernst aus Berlin erschienen.

Den Jahresbericht des Agitationskomitees erstattete Parteisekretär Hofrichter-Röln. Er verwies auf die im Berichtsjahr im Bezirk erfolgten drei Reichstagswahlen: in Adenau-Rheinm.-Bez., Düren-Jülich und Koblenz-St. Goar, bei denen das Zentrum insgesamt 18800 oder fast ein Drittel seiner bisherigen Stimmen verlor infolge der Erbitterung der Wähler über die Reichsfinanzreform. Weiter befahte sich der Berichterstatter mit der Wahlrechtsbewegung und kennzeichnete das verlogene Verhalten des Zentrums, das der Sozialdemokratie fälschlich kulturkämpferische Gesinnungen nachsagt, zur selben Zeit aber mit den Konservativen zusammengeht, der nämlichen Partei, die den ganzen Kulturkampf gegen die katholische Kirche mitgemacht, für alle Verschärfungen gestimmt hat, bis man lediglich aus Furcht vor der Sozialdemokratie den Kulturkampf aufgegeben hat, der Zentrumshistorikern als die brutalste Verfolgung der katholischen Kirche, die die Geschichte kennt, bezeichnet wird. Das Zentrum ist innerlich genau so reaktionär wie die ostelbischen Junker, mit denen es sich zur Ausbeutung und Entrechtung des Volkes aufs innigste verdröhert hat. Gegenüber den Schwierigkeiten, die ihm der Volksverrat bei Finanzreform und Wahlrechtsänderung bietet, greift das Zentrum zu dem alten demagogischen Trick, den katholischen Arbeitern vorzuschwindeln, die Religion sei in Gefahr. Nach dieser Richtung hat sich vor allem die Aufklärung des katholischen Volkes zu bewegen.

Der Redner befahte sich sodann mit der terroristischen Kampfweise des Zentrums in seinen Wahlgebieten, wo es vor den feigsten Unberufenen auf sozialdemokratische Flugblattverteiler, vor den hinterlistigsten Sozialabtreiberen nicht zurücksteht. Trotz aller ungeheueren Schwierigkeiten, trotz des übermächtigen Feindes ist es gelungen, im Agitationsgebiet die Zahl der eingeschriebenen Parteimitglieder auf 10360 im Berichtsjahre zu steigern, eine Zahl, die allerdings uns bei weitem nicht genügen könnte und in starkem Mißverhältnis zu den sozialdemokratischen Reichstagsstimmen und Gemeindefraktionsmitgliedern steht. Die Frauenagitation hat im Berichtsjahre leider keine Fortschritte gemacht. Die Jugendorganisation läßt, abgesehen von Köln und Mülheim a. Rh., sehr zu wünschen übrig, was angesichts der eifrigen Bestrebungen der Meritalen auf diesem Gebiete außerordentlich beklagenswert ist. Es müßte hier ein ganz anderer Fleiß entwidelt werden, wie überhaupt auf dem vorgeschobenen Posten der Sozialdemokratie im katholischen Westen die Anspannung aller Kräfte bis zum äußersten gebiete.

Der Kassenbericht ergibt in Einnahme und Ausgabe 14296 M. Für den Agitationskalender wurden 1200 M. ausgeben, die zur Agitation bestimmte Wochenausgabe der „Rheinischen Zeitung“ erforderte einen Zuschuß von 740 M.

An den Jahresbericht knüpfte sich eine ausgedehnte Debatte, die viele wertvolle Anregungen für die Agitation brachte.

Ueber die Wahlrechtsbewegung in Preußen referierte Genosse Weckfeld (Röln). Er widmete naturgemäß einen sehr großen Teil seiner Ausführungen dem Wahlrechtsverrat des Zentrums. Durch ein reichhaltiges Material bewies er sowohl die tatsächlich vorhandene starke Abneigung dieser Partei gegen eine Erweiterung der Volksrechte, wie ihre schamliche Preisgabe aller förmlichen Versprechungen. Das Zentrum sei bei der Wahlrechtsfrage lediglich auf die Aufrechterhaltung der Merital-konserverativen Mehrheit, auf die Befestigung der agrarischen Ausbeutungsprivilegien und die ungehörte Fortsetzung seiner reaktionären Sünden- und Schulpolitik bedacht.

Der Redner unterbreitete im Namen des Agitationskomitees eine Resolution, in der es heißt: Der Parteitag spricht seine tiefste Entrüstung aus über den Wahlrechtsentwurf der Regierung, der eine unerhörte Verhöhnung der Volksmassen war. Dieser Hohn ist aber noch brutal und schamlos gesteigert worden durch die Arbeit des Merital-konserverativen Blocks. Das „Reform“-manöver dieses Blocks ist eine freche Herausforderung der großen Mehrheit des preussischen Volkes. Die geheime Wahl der Wahlmänner ist für die Stadtbezirke zu einer halben Maßnahme, für die Landbezirke aber völlig wertlos geworden durch die Weibehaltung der indirekten Wahl und der öffentlichen Wahl der Abgeordneten, sowie der Verweigerung des gesetzlichen Wahlscheines des Wahlgeheimnisses bei der Wahlmännerwahl; der Terrorisierung der ländlichen Wähler wird überdies noch Tor und Tür offengehalten, der großen Masse dieser Wähler wird auch in Zukunft das Wählen erschwert und vereitelt.

Kleines feuilleton.

Aus der Geschichte des Aetna. Die Phantasie der Alten ließ den Aetna zur Riesenschmiede des Hephaistos werden, in der der Feuer-gott mit seiner Schaar einjähriger Zyklopen den Donner schmiedete, mit dem Zeus die Welt erschütterte; in den Tiefen des Berges läßt die Sage den furchtbaren Riesen Typhon lebendig begraben liegen, den Zeus nach furchtbarem Kampfe überwand und in den Tartarus unter dem Aetna schleuderte, von wo aus das gefesselte Ungeheuer schreckliche Sturme und Wirbelwinde zur Erdoberfläche aufstößt. So groß war die Anziehungskraft der geheimnisvollen Särden, die um diesen Berg weben, daß selbst die Alten, die sonst dem Hochgebirge anstarrten, Versuche unternahmen, den Gipfel des Aetna zu erklimmen, und von dem Philosophen Empedocles berichtet die Sage, daß er in dem grauenvollen Krater des Berges den Tod gefunden habe. Die Geschichte berichtet von einem großen Ausbruch, der 425 v. Chr. das Küstengebiet in der Umgegend des heutigen Catania verwüstete. Mehr als eine Stadt der Alten hat unter dem Feuerhaufen des Berges ein tragisches Ende gefunden. Naxos, Sybla und andere wurden vernichtet. 125 v. Chr. fanbte der Aetna so gewaltige glühende Lavamassen in die Tiefen, daß das Jonische Meer zu toben begann und Millionen von Fischen umkamen. Und fast 250 Jahre später, um 121, wird Catania ein Opfer des Aetnas; die Rot und die Verwüstung sind so groß, daß die Römer den Bewohnern auf zehn Jahre alle Steuern erlassen. Gewaltige unterirdische Unruhen und große Seebeben geben dem riesigen Ausbruch von 1169 voraus. Am 4. Februar erschütterte ein mächtiges Erdbeben ganz Sizilien, Catania stürzt völlig ein, Tausende von Menschen werden verschüttet und die wenigen Überlebenden retteten sich nur mit Mühe vor dem dichten Aschenregen und den glühenden Steinen, die der Berg über seine Bewohner abschüttelt. 210 Jahre später ist Catania von neuem der Schauplatz der gleichen schauerlichen Katastrophe. Dann verstreichen wieder zwei Jahrhunderte, in denen die Bevölkerung den Berg wieder mit Siebelungen überzieht, bis 1587 der Aetna zu gleicher Zeit an vier verschiedenen Stellen sich spaltet und mit so großer Wucht gewaltige Lavamassen ausstößt, daß ganze Ortsteile in wenigen Minuten von den Feuerströmen verschlungen sind, ohne daß die Einwohner Zeit gefunden haben, sich durch die Flucht zu retten. Aber alle diese Katastrophen sind nur ein Vorpiel zu dem verheerenden Ausbruch des Jahres 1699, bei dem mehr als 20000 Menschen untergingen. 24 Jahre später erfolgt ein neuer Ausbruch, und diesmal sind es nicht weniger als 60000 Menschen, die dem Horn des Aetnas zum Opfer fallen. Im 18. Jahrhundert folgen drei große weitere Ausbrüche und im 19. zählt man gar 15. 1809 bilden sich eine ganze Reihe neuer Krater, zwei von ihnen entsenden

durch die Weibehaltung der Terminwahl; der Klassencharakter des jetzigen Wahlsystems wird noch verschärft durch die Bevorzugung der Aditurierten. Die „Reform“ des schwarzen Blocks fügt den alten Infamien dieses Wahlsystems noch neue hinzu und geht nur darauf hinaus, das Dreiklassensystem neu zu befestigen und eine wirkliche Reform auf abschbare Zeit zu verhindern. Der Parteitag spricht seinen Absehen und seine Empörung aus über den schmählichen Wahlrechtsverrat des Zentrums. Er fordert nochmals dringend: Hinweg mit diesem Scheusal! Der Parteitag gelobt namens der Sozialdemokratie der oberen Rheinprovinz, daß der Kampf um die Demokratisierung Preußens nicht einen Augenblick nachlassen, im Gegenteil mit noch viel größerer Kraft als bisher und mit Ausbietung aller Erfolg versprechenden Mittel weitergeführt werden soll bis zum endlichen Siege.

In der Diskussion wurden die Fragen der Steuer- verweigerung, der Mißverweigerung und des politischen Massenstreiks erörtert. Es wurde betont, daß die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit sei, immer größere Massen des Volkes für die Wahlrechtsbewegung zu gewinnen. Wenn das Volk in seinen Tiefen aufgerüttelt ist, dann erst werden auch alle anderen Nothmittel des Proletariats zur Geltung kommen.

Die obige Resolution wurde einstimmig angenommen. Ueber die künftigen Reichstagswahlen redete Parteisekretär W. Müller-Röln. Die nächste Reichstagswahl findet unter ganz anderen Umständen als die Hurrwahl von 1907 statt. Den Mittelpunkt der Wahlagitation werde die preussische Wahlreform bilden, denn diese sei keine lediglich greuelige, sondern eine deutsche Frage; denn nichts gelte im Reich ohne den Willen des im Bundesrat ausschlaggebenden Preußen. Daneben sei vor allem die volksausbeuterische Reichsfinanzreform in den Vordergrund der Agitation zu stellen. Im Agitationsbezirk der oberen Rheinprovinz habe das Zentrum von 19 Wahlkreise 18 inne; nur einer gehöre den Nationalliberalen. Aber wenn auch das Zentrum der Hauptfeind sei und dessen brüderliches Zusammengehen mit der ostelbischen Reaktion in ausgiebiger Weise beleuchtet werde, so müsse auch in entschiedenster Weise den Liberalen, die nicht das Maß halten, für ihre angebliche Weltanschauung einzutreten, der Kampf angefaßt werden. Die häßliche, beispiellose feige Kampfart des Zentrums aber müsse so oft als möglich von der Tribüne der Parlamente gebrandmarkt werden. Der Redner mahnte zur baldigen Aufstellung der Reichstagskandidaten, Bildung der Wahlkomitees und Sammlung von Wahlfonds.

Der Parteitag nahm ferner das Organisationsstatut und das Kommunalprogramm für den Bezirk den für die Gesamtpartei festgelegten Bestimmungen an. Zum Internationalen Kongreß wurde Genosse Hofrichter delegiert.

Erster Bundeskongreß des deutschen Arbeiter-Samariterbundes.

Im Dresdener Volkshaus tagte am 1. Osterfeiertag der erste Bundeskongreß des Arbeitersamariterbundes, verbunden mit einer öffentlichen Ausstellung von Krankentransportmitteln, Aus-rüstungsgegenständen für Samariterkolonnen, Lehrmitteln, Literatur usw. Die sehr zweckmäßig arrangierte Ausstellung, an der sich auch höhere auswärtige Kolonnen beteiligten, fand lebhaften Zuspruch. Besonders Interesse erweckt eine von einem jungen Mitglied der Dresdener Kolonne außerordentlich sinnreich konstruierte Trage, die von zwei Fahrträdern getragen wird. Zusammengelegt kann sie von einem Radfahrer unauffällig auf dem Rücken transportiert werden, und im Bedarfsfalle ist sie in wenigen Minuten zwischen den nebeneinander fahrenden Rädern befestigt und bildet dann einen zweckmäßig hergerichteten Krankenransportwagen. Die Konstruktion ist geschickt gelöst.

Nach dem vom Bundesvorsitzenden Stein-Berlin erstatteten Jahresbericht ist die Arbeit des ersten Jahres als eine sehr erfolgreiche anzusehen. Das Hauptaugenmerk wurde auf die Errichtung neuer Kolonnen gelegt. Zu diesem Zwecke wurde an alle Partei- und Gewerkschaftsblätter ein Flugblatt versandt. Der Gründung von neuen Kolonnen stellen sich oft verschiedene Schwierigkeiten entgegen. Als Bundesorgan dient jetzt die vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter herausgegebene „Sanitätswarte“. Das war nur als Provisorium gedacht, und die baldige Gründung eines eigenen Bundesorganes macht sich erforderlich. Besonders brennend ist die Frage der Krankenpflege geworden. Der Leipziger Arbeiterverband faßte den Beschluß, daß allgemein von den Sanitätskolonnen für den ärztlichen Unterricht Honorar gefordert und deren unentgeltliche Ausbildung als unstatthaft erklärt werden soll. Gegen diesen Beschluß muß Widerspruch erhoben werden. Solange der Arbeitersamariterbund humanitären Zwecken dient, darf die Tätigkeit seiner aktiven Mitglieder nur als eine ehrenamtliche angesehen

werden. Die Ausbildungstätigkeit liegt außerhalb derjenigen Berufstätigkeit, welche die ärztliche Standesordnung für honorar-pflichtig erklärt. Die Annahme einer Bezahlung würde die aus-bildenden Ärzte zu den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern ihrer Kolonne in eine ihr Ansehen schmälernde Stellung bringen und sie bei den Mitgliedern ihrer von ihnen jetzt eingenommenen Vertrauensstellung berauben.

Es folgen dann die Situationsberichte der einzelnen Kolonnen. Sackelbusch-Berlin berichtet über die Polizeistandarten im Tiergarten. Von Schöneberg und Lichtenberg sind der Kolonne Zu-wendungen von 100 und 200 M. gemacht worden, während der Magistrat von Berlin auf ein Gesuch erklärte, daß er für Wohl-fahrtsanrichtungen in seinem Etat nichts eingestellt habe. Das sei für eine zweimillionenstadt sehr beschämend. Von allgemeinem Interesse sind die Berichte der Dresdener Kolonne. Hier hat das Direktorium des Landesvereins vom Roten Kreuz beim Räte Beschwerde gegen das rote Kreuz an der Mühe der Samariter geführt und verlangt, daß das geschwundene Abzeichen entfernt würde. Die Wohlfahrtspolizei verbot dann in einem Schreiben unter Bezugnahme auf die Beschwerde das fernere Tragen der Ab-zeichen mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer Verwechslung mit dem Roten Kreuz der Genfer Konvention, obwohl sich bei den Arbeitersamaritern das Abzeichen auf gelbem statt auf weißem Grunde befindet. Gegen dieses Verbot ist Beschwerde erhoben worden.

Süß-Reichen kann von einer regen Tätigkeit der Reichenen Kolonne berichten, die trotz der großen wirtschaftlichen Kämpfe auf ihrer Höhe geblieben sei. Die Kolonne hat in 709 Unfällen Hilfe geleistet.

Braun-Hamburg erkennt die Unterstützung der Hamburger Kolonne durch unsere dortigen Parteioorgane an. Die Ortskrankenkasse in Hamburg gewährt der Kolonne eine Rückvergütung für das verbrauchte Verbandsgewand usw. Die Hamburger Kolonne hat mit dem Hamburger Schwimmverein ein Abkommen dahin getroffen, daß gegenseitig ein Austausch der Lernenden stattfindet. — Einen längeren Bericht erstattet Brodel-Kürnberg über die Schwierigkeiten bei der Gründung der Nürnberger Kolonne. In Nürnberg besteht eine bürgerliche Sanitätskolonne, der zu neunzehntel Arbeiter angehören — Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern. Die Partei und die Gewerkschaften unterstützen diesen bürgerlichen Verein sowohl moralisch wie auch finanziell. Partei- und Gewerkschaftsleitungen sowie auch das Parteiorgan teilen ihr Möglichstes, um die Gründung der Kolonne zu hinterziehen und dieser das Leben schwer zu machen, obwohl sich die Genossen in der bürgerlichen Kolonne zu allem patriotischen Alibim mißbrauchen lassen müssen. Eine Unterstützung durch die Parteipresse, die Partei- und Gewerkschafts-leitungen sei aber unbedingt notwendig. Sobald diese Kreise etwas mehr aufgeklärt wären über die Zwecke und Ziele der Arbeitersamariter, würden auch die Arbeiter der Organisation beitreten, zu der sie gehören.

Diese Ausführungen rufen bei dem Kongreß lebhafteste Ent-rüstungsäußerungen gegen die Nürnberger Partei- und Gewerkschaftsleitungen hervor. Ein von Berlin gestellter Antrag, beim Parteivorstand, wie auch bei der Generalkommission der Gewerkschaften Beschwerde zu führen gegen das Verhalten der Nürnberger Partei- und Gewerkschaftsleitungen, wird einstimmig angenommen.

Neu-Töln hebt besonders die Schwierigkeiten hervor, die ihnen in der Gewinnung von Ärzten als Lehrern entgegenstehen. Die Ärzte erklären, sie dürften nicht in der Arbeiter-Samariter-Kolonne tätig sein, weil Dr. med. Oppenheimer in der Arbeiter-Samariterkolonne tätig sei, der aber als Streikbrecher anzusehen sei.

Strunz-Magdeburg kann berichten, daß die dortigen Sama-riter seit der letzten Wahlrechtsdemonstration großes Entgegen-kommen bei der Partei finden. Die Bestrebungen werden auch von der Parteipresse unterstützt, vom Polizeipräsidenten aber belächelt. Viel könne dieser ja nicht ausrichten. — Nach dem Berichte von Pieschmann-Bauhen arbeite gegen die dortige Kolonne nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch das Bezirkskommando. Die Kurse wurden vor Gründung einer Kolonne vom Arbeiterradfahrer-verein eingerichtet. Die Kurse fanden im Gemeindefaßhaus statt. Dem Arzte wurde dann vom Bezirkskommando verboten, einem sozialdemokratischen Verein Unterricht zu erteilen und im Gemeindefaßhaus zu verkehren. Der betreffende Arzt ist preussischer Offizier und hat als solcher die Entscheidung des Ehrengerichtshofes angetragen. Die Frage ist noch nicht entschieden, die Kolonne ist aber inzwischen gegründet worden. Das Direktorium des Landesvereins vom Roten Kreuz hat auch hier die Samariterkolonne als Sozialdemokraten denunziert, die sich die Aufgabe gestellt hätten, nur Sozialdemokraten zu helfen. Dem Verlangen des Roten Kreuzes entsprechend, verbot der Stadtrat das Tragen der Mühe und Armbinde mit rotem Kreuz.

Die Berliner Delegierten waren dafür, daß die Arbeitersama-riter bei Wahlrechtsdemonstrationen keine Mühe und Armbinde

schädigt wird, was sowohl die Inszenierung als besonders die un-gewöhnlich charakteristische und durchaus fein abgewogene Darstellung betrifft. Aus diesem Grunde dürfen wir uns das Eingehen auf Einzelleistungen — das Personalverzeichnis war, wohl infolge eines Druckerversehens, unvollständig — hier versagen.

Humor und Satire.

Monarchenzusammenkunft.

In dem Petersburger Schlosse Den Besucher fürchtbeflissen fragte Nikolaus: „Wer bist du, Fremder König? Laß mich's wissen!“

„Liestig lächelnd sprach der König, Ganz mobil war er geworden: „Herr, ich bin vom Stamme jener, Die zum Zweck der Krönung morden.“

„Und der andere, froh erschrocken, Rief: „Das ist ein gutes Zeichen! Sei willkommen; morden, sagst du? Gruß und Auf! Ich tu' desgleichen.“

Den Nibalen auf dem Throne Liebst du, ganz recht, erdoltschen; Ich befrei' auf diese Weise Mich von Nihilistenströchen.“

An mein Herz, geliebter Bruder! Nie darf uns're Blut erkalten, Herrscher, die sich so verstehen, Müßen fest zusammenhalten.“

Sich ans Herz, das schuldbelad'ne, Sanken Nikolaus und Peter, Zwei erlesne, anderwärts Gottedgnadentum-Berträter. . . .

Michel

Notizen.

— Colonne f. Der französische Musiker Colonne ist Montag-abend in Paris gestorben. Colonne war in Paris der populärste Orchesterleiter und der energische Vorkämpfer moderner, besonders auch deutscher Musik. Die von ihm geleiteten Konzerte, die im Chatelet-Theater stattfanden, haben um so größere Kulturbeutung, als große künstlerischen Zwecken dienende Orchesterkonzerte in Paris (und überhaupt in romanischen Ländern) selten sind. Das von Colonne gebildete und dirigierte Orchester war das beste in Paris. Colonne ist 72 Jahre alt geworden.

ununterbrochen unabsehbare Massen glühenden Gesteins, Felsstücke von mehreren Metern Durchmesser werden wie Kieselsteine Hunderte von Metern hoch in die Luft geschleudert. Von allen Seiten des Kraters kommen die Lavaströme, die sich zum Schluß zu einem einzigen riesigen Strom vereinigen. Neben diesen Lavamassen sind die Ströme des Berges wie kleine Bäche neben mächtigen Flüssen; 1853 bilden sich zwei neue Krater und seitdem hat fast jeder neue Ausbruch neue Risse in den Berg gegraben, durch die die Feuermassen hervordringen. Die Jahrtausende haben das Toben des Berges nicht zu dämpfen vermocht, und es bleibt das Schicksal der zahlreichen Bewohner der Abhänge, stetig in einem Paradies zu leben und doch zugleich eine Hölle unter und über sich zu wissen. . . .

Theater.

Freie Volkshöhne (im Neuen Schauspielhaus): „Sun-burg“ von Dolar Wilde. Man hat Mühe, dem Kafespiel dieses blendenden Geistes zu folgen. Glaubt man schon ein Fädchen in der Hand zu halten, um nimmermehr in dem Labyrinth verhaspelteter Laune und grotesken Witzes sich zurecht zu finden, so bemerkt man beim allernächsten Sprüchlein, daß man bereits wieder abstrumpelt wurde. Der Dichter ist ein Jongleur ohnegleiches; er hypnotisiert und ermüdet den Hörer in einem Hin. Das geht so vier Akte durch, zwischen unbändiger Gelächter und verwundertem Kopfschütteln. Wie stehen vor ungewohnten Erscheinungen. Es ist nur zu selbst-verständlich, daß die Londoner Gesellschaft und zwar das spezifische Danubium sich an Dolar Wilde ergötze. Sie empfand es nicht und er hatte es auch gar nicht beabsichtigt, daß sie in allem ihrem Lun und Treiben verpöppelt wird. Wir, sofern wir uns Mühe geben, den in das Kreuzfeuer ironischer Anspielungen gerückten Vorgängen auf der Bühne zu folgen, vermögen trotzdem zu beobachten, daß der Dichter, indem er ungewollterweise in sich selbst jene hochgefellschaflichen Anschauungen und verberischen Neigungen personifizierte, doch ein ungeheuer bissiger Satiriker ist. Das durch nichts zu be-irrende Wohlleben in Gut- und Bielehre, Nihilismus und behaglichem Schlendern; die sportmäßige Spielerei mit Liebe, Heirat usw.; der ungenierte freie Umgang zwischen beiden Geschlechtern, der weder sentimentale Kopfhängerei noch idealistischen Opferkinn aufkommen läßt, sondern alles mit gleicher Mächtigkeit behandelt; die formale Prädiktion und Heuchelei auf der einen, das blinde Kuhspiel mit religiösen und moralischen Wertbegriffen der Menschheit im allge-meinen, die diesen Sessel-Naturen feinerlei Respekt aufrichtigen: — alles dies und noch anderes führt Wilde in der krausen Handlung seiner „tribalen Komödie für seriöse Leute“ vorüber. So zweifel-haft der Genuß für den mit solcherlei englischen Dingen nicht ver-trauten Zuschauer auch sein mag: — er wird doch einigen Gewinn mit nach Hause nehmen. Dies um so zuberlässiger, als er durch eine in jeder Richtung ausgezeichnete Aufführung des Stückes ent-

fragen sollten. Anderer Ansicht ist der Obmann des Bundesaus-
schusses, Richter-Dresden, der bei diesem Anlaß die Wahlrechts-
demonstrationen in Dresden freizeite. Die Polizei habe einfach
drauf los und könne auch die Samariter nicht, wie man gesehen
habe. Der Feindzeit in Dresden verlegte Samariter ist heute noch
nicht arbeitsfähig. Wir dürfen uns dadurch nicht von der Er-
füllung unserer Pflicht abhalten lassen, wenn die Polizei auch aus
der Anwesenheit der Arbeiter-Samariter schlussfolgert, daß von vorn-
herin mit einem Zusammenstoß gerechnet wäre. Die Samariter
mühten sich aber allgemein kennlich machen, damit man sie jederzeit
zur Hilfe in Anspruch nehmen könne. Nebereinstimmend sprachen
sich die Delegierten dahin aus, daß die Arbeiter-Samariter der All-
gemeinheit im wahren Sinne des Wortes zur Verfügung stehen
mühten. Sowohl Gemeindefürer als bürgerliche Vereinen stellten sie sich
zur Verfügung, nur lehnten sie es ab, sich bei hurrapatriotischen
Gelegenheiten usw. mißbrauchen zu lassen. Die Arbeiter-Samariter
mühten unpolitisch sein zum Unterschied von dem roten Kreuz,
aus dem schon Mitglieder ausgeschlossen wurden, die nur dem
Arbeiter-Turnerbunde angehörten, sonst aber nicht politisch und
gewerkschaftlich organisiert waren. Wenn die weiße Vinde mit
rotem Kreuz verboten würde, dann könnte man ja vollständig rote
Vinde mit rotem Kreuz tragen.

Es wurden dann zahlreiche Anträge auf Abänderung der Sta-
tuten beraten. Ein Einheitsstatut wurde vorläufig abgelehnt.
Vorbereitend ist ein Abänderungsantrag zu § 4 des Statuts,
wonach die Bestimmung in Wegfall kommen soll, daß die Kolonnen
nur unter der Leitung eines praktischen Arztes stehen sollen. Der
Dresdener Arzt Dr. Kretschmann war für Beibehaltung dieser Bestim-
mung, sonst könnte es möglich sein, daß der Bezirksverein
Schwierigkeiten mache und die Kolonnen ihre sämtlichen Ärzte
verlieren. Der Abänderungsantrag wurde abgelehnt.

Von Wichtigkeit waren noch die Anträge auf Schaffung eines
eigenen Bundesorgans. Der Verband der Gemeindefürer braucht
den Platz in der von ihm für das organisierte Pflegerpersonal
herausgegebenen „Sanitätswarte“. Außerdem kommt der Bund
nach seinen Berechnungen mit einem eigenen, monatlich erscheinenden
Organ billiger weg. In erster Linie ist für die Schaffung eines
eigenen Organs aber maßgebend, daß die Kolonnen dann ein Agi-
tationsorgan haben, auf dessen Ausgestaltung ihr ganzer Einfluß
geltend gemacht werden kann. Ein solcher Einfluß ist auf ein
anderes Organ niemals möglich. Nach einer längeren Debatte
wurde der Antrag auf Schaffung eines eigenen Organs an-
genommen, ebenso der Antrag „Brauer-Hamburg“, wonach mit
dem „Gesundheitslehrer“ auch fernerhin ein gutes Einvernehmen
angekündigt und für Verbreitung des „Gesundheitslehrers“ in den
Kolonnen gesorgt werden soll. Die Annahme dieses Antrages er-
folgte einstimmig. Im Prinzip wurde dann der Antrag auf
Schaffung eines eigenen Lehrbuches angenommen. Die Ausführung
wurde dem Bundesvorstand überwiesen.

Der Bundeskongress spricht sich dann einstimmig dahin aus,
daß der Arbeiter-Samariterbund bemüht sein will, mit der Jugend-
organisation in Verbindung zu treten, in ihnen aufklärende Vor-
trags zu halten, der Jugend die Teilnahme an Kursen unentgeltlich
zu gewähren usw.

Der nächste Bundestag (1912) findet in Hamburg statt. Der
bisherige Bundesvorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Zum Redakteur des eigenen Bundesorgans wurde der Bundes-
vorsitzende bestimmt. Der Bundesauschuß bleibt wieder in
Dresden.

Konferenz der Posamentierer Deutschlands.

Leipzig, 27. März 1910.

Am ersten Osterfeiertage wurde in Leipzig eine Konferenz der
im Deutschen Textilarbeiterverband organisierten Posamentierer
abgehalten. Während die letzte derartige Konferenz 1906 noch von
Delegierten aus Deutschland, Oesterreich und Ungarn besucht war,
bezieht sich diese nur auf das Deutsche Reich.

In seinem Geschäftsbereich wies der Reichsvertreuer-
mann Pfitzner-Berlin besonders darauf hin, daß die Bewegung
der Posamentierer seit dem verlorenen Streik in Berlin 1907 nicht
vordrängte. In Berlin selbst ging die Zahl der Beschäftigten
um 50 Proz. herab. Zu einem neuen Vorstoß ist Material
in einer Statistik über die Arbeitsbedingungen und Organisations-
verhältnisse gesammelt worden. Leider beteiligten sich daran nur
38 Orte. Danach waren beschäftigt und organisiert in der:

	Männer	Frauen
Wäbelerbranche	1782	822
Militärreflektendr.	181	82
Konfektion	83	31

Zusammen 4805 Beschäftigte und 1069 Organisierte.

Danach sind also etwa 25 Proz. der Arbeiter organisiert. In
der Tat ist das Verhältnis noch viel ungünstiger, weil die Stati-
stik nicht die ganze Branche erfasst. Besonders die kleinen Orte
und das Erzgebirge, aber auch Städte wie Leipzig, Dresden, Magde-
burg haben eine schlechte Organisation. Die Arbeitszeit ist am
besten in Berlin, am schlechtesten in Sachsen, wo noch bis zu
72 Stunden wöchentlich gearbeitet wird. Im Erzgebirge finden sich
noch große Betriebe, wo wöchentlich 72 Stunden ohne Frühstück-
und Vesperpause gearbeitet wird. Dasselbe Verhältnis zeigt sich
bei den Arbeitssöhnen. Zwei Drittel der Männer begnügen sich in
Sachsen mit Löhnen von 20 bis 25 Pf. pro Stunde. Die Löhne
der Arbeiterinnen sind entsprechend geringer. Im letzten Jahrzehnt
haben sich die Unternehmer organisiert. Ihr Zusammenhalt zeigte
sich beim Berliner Streik, als überall Streikarbeit geliefert wurde,
ohne daß es möglich gewesen wäre, dies zu kontrollieren. Lohn-
bewegungen hat es in den letzten Jahren noch verschiedentlich
gegeben, zu ernstlichen Kämpfen kam es aber nicht. In dessen streifen
jetzt die Posamentierer in Köln, wo die Verhältnisse ganz außer-
ordentlich schlecht sind. Obwohl die Forderungen ganz niedrig
gehalten sind, haben die Kollegen bei den Unternehmern nicht das ge-
richtige Entgegenkommen gefunden.

In der Debatte wurden eine Reihe Einzelheiten vorgebracht,
die die traurigen Verhältnisse im Beruf kennzeichnen. Die Dele-
gierten sind aber der Meinung, daß die Organisation nicht so
schlecht sei, als aus der Statistik zu schließen ist, da die gelerntem
Posamentierer tatsächlich gut organisiert seien.

Die Konferenz brüde dem Kollegen Pfitzner für die Leitung
der Geschäfte ihr Vertrauen aus und ersucht die Zentralleitung,
ihm mehr als bisher bei den Entscheidungen über Lohnbewegungen
zugunsten. Ein Antrag, der eine neue Organisationsgliederung
forderte, wurde zurückgezogen.

Eine Anzahl Delegierte waren der Meinung, daß die Arbeits-
verhältnisse durch einen Generalstreik der Posamentierer um Ein-
führung eines Reichstaxi wenigstens in den großen Städten be-
bessert werden könnten. Nach einem Referat des Kollegen Daub-
er über Taxifragen erklärten aber einige Delegierte schon,
daß sie die Schwierigkeiten dazu unterschätzten hätten. Es
wurde dann auch folgende Resolution einstimmig angenommen:
„Die Konferenz spricht sich erneut für den Abschluß von
Tarifverträgen aus. Mit der zunehmenden Stärkung der Orga-
nisation wird sich eine größere Einheitlichkeit der Lohn- und
Arbeitsbedingungen der Posamentenarbeiter und -arbeiterinnen
von selbst ergeben. Infolge dieser größeren Einheitlichkeit werden
dann auch Tarifverträge über größere Bezirke abgeschlossen werden
können. Welche Taktik für die nächste Zukunft zu üben ist, ist
von Fall zu Fall zu entscheiden. Dies steht selbstverständlich dem
Vorstande zu. Die speziellen Brandfragen sind bei der Agita-
tion ein Zweck, die Organisation noch wirksamer als bisher zu
fördern. Die bestehenden Tarifverträge sind zu sammeln und
den Ortsverwaltungen zuzustellen. In den drei größeren
Distrikten: Berlin, Elberfeld-Barmen, Erzgebirge, ist eine um-
fassende Agitation innerhalb neun Monaten einzuleiten.“

Weiterhin wird beschloffen, überall den paritätischen Arbeits-
nachweis anzufordern. Den kämpfenden Kollegen in Köln spricht die
Konferenz ihre Sympathie aus. Zum Reichsvertreuer wird
Pfitzner-Berlin wiedergewählt.

Jugendbewegung.

Starke Entwicklung der sozialdemokratischen Jugendorganisation Dänemarks.

Am Gründonnerstag und Karfreitag hielt der Sozialdem-
okratische Jugendverband Dänemarks zu Kolding in
Jütland seinen vierten Verbandskongress ab. Es waren dort
38 Ortsvereine durch 69 Delegierte vertreten. Als Vertreter der
sozialdemokratischen Partei nahm der Parteivorstandende Folke-
thingsmann Stauning an dem Kongress teil. Er sagte in
seinen Begrüßungsworten, die Partei könne mit Freude und Stolz
auf die Jugendbewegung blicken, denn die Jugend leiste große
und gute Arbeit für die Sozialdemokratie. — Aus dem Jahres-
bericht, den der Verbandsvorsitzende Jens Knudsen gab, ist
zu entnehmen, daß der Jugendverband jetzt 50 Ortsabteilungen
mit zusammen 6000 Mitgliedern zählt, gegenüber 16 Abteilungen
mit 1022 Mitgliedern im vorigen Jahre. Der Verband besitzt eine
reichhaltige Wanderbibliothek, die hauptsächlich aus sozialdemokrati-
scher und anderer wissenschaftlicher Literatur besteht und in Aus-
wahlendungen von 50 Bänden von einer Ortsabteilung zur andern
wandert. Ferner hat der Verband, der in Wort und Schrift einen
erfolgreichen Kampf gegen die verdummende und verrothende Vetsüre
führt, mit der allerlei Spekulanten den Markt überschwemmen, eine
Reihe von Vorträgen und Flugchriften sowie ein Liederbuch für die
Jugend herausgegeben, und ebenso wirkt das bisher monatlich er-
scheinende Verbandsorgan „Fremad“ („Vorwärts“) tatkräftig für die
Aufklärung und allgemeine Bildung der Arbeiterjugend. Die Mit-
glieder des Verbandes haben sich mit Eifer an der Agitation für die
kommunalen und politischen Sachen beteiligt und ebenso für die
weitere Ausbreitung der sozialdemokratischen Presse gefordert.

Der Kongress beschloß unter anderem, daß das Verbandsorgan
„Fremad“ von jetzt ab 14tägig erscheinen soll. Ferner beschäftigte
man sich eifrig mit der Frage der Errichtung einer Arbeiterhoch-
schule. In der Erkenntnis, daß die Lösung dieser Frage die Kräfte des
Jugendverbandes übersteigt, richtet der Kongress an die sozialdemokrati-
sche Partei die dringende Aufforderung, dafür zu sorgen, daß der Gedanke
einer wirklichen Arbeiterhochschule sobald wie möglich in die Tat
umgesetzt wird. Auch mit der Alkoholfrage beschäftigte sich
der Kongress und nahm hierzu eine Resolution an, die besagt, daß
man nur auf dem Wege der Aufklärung dem Alkoholisismus ein Ende
machen kann, und daß die Aufklärung über die Schädlichkeit des
Alkoholkonsums eine der Aufgaben sein muß, mit denen sich der
Verband zu befassen hat. — Als Verbandsvorsitzender wurde an
Stelle Jens Knudsens, der die Wiederwahl ablehnte, Typograph
H. Jensen gewählt. Der Sitz des Verbandsvorstandes bleibt in
Kopenhagen. Der Kongress wurde mit kräftigen Hochrufen auf die
sozialdemokratische Jugendbewegung geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Lebensmittelverteuerung.

Dank der agrarischen Wirtschaftspolitik des konserver-
Schnapsbroses schmelzen die Lebensmittelpreise in Deutschland fast
ununterbrochen hinauf. Wie sich bei einigen wichtigen Waren die
Preise des vergangenen Jahres zu denen im Jahre 1909 verhalten,
zeigt die folgende Uebersicht. Es betragen die Großhandelspreise
(Mark pro Doppelzentner):

	1903	1909	Steigerung in Proz.
Roggen Danzig	135,1	171,8	37,8
Weizen "	158,8	228,8	46,1
Hafer "	123,4	168,7	39,7
Gerste "	126,9	168,7	31,8
Rindfleisch Berlin	129,0	131,5	2,0
Schweinefleisch "	99,7	138,8	38,7
Kalbsteisch "	139,6	156,7	12,9
Hammelfleisch "	182,9	141,5	6,4
Kartoffeln "	2,68	3,18	20,9
Roggenmehl Danzig	17,9	22,3	24,6
Weizenmehl "	21,4	30,3	41,6
Heringe Stettin	30,5	38,9	27,0
Kaffee Bremen	64,9	80,9	24,6
Kohlsalat "	65,2	72,1	10,6
Rohzucker Köln	19,5	22,9	17,4

Das sind teilweise ganz enorme Steigerungen. Allerdings, den
Jüngern genügen sie immer noch nicht. Sie möchten Deutsch-
land jetzt gern in Jollkriege verwickeln. Diese würden die Einfuhr
landwirtschaftlicher Erzeugnisse noch weiter erschweren, und dann
könnten die Agrarier ihren Brot- und Fleischwundergelisten noch
mehr die Fägel schießen lassen. Das Volk darf dabei nicht ver-
gessen, daß die volkshenndlich-agrarische Wirtschaftspolitik nur mit
Hilfe des Zentrums möglich war und ist.

Fideikommission.

Ueber den Anteil der Fideikommission in Preußen an der Zahl
und Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe macht Dr. Benz nach
den Ergebnissen der beiden letzten Betriebszählungen in den Jahr-
büchern für Nationalökonomie und Statistik (89. Band drittes Heft)
folgende Zusammenstellungen:

	Zahl	Fläche in Hektar
Landwirtsch. Betriebe	3 308 129	3 400 144
Fideikommission	1 045	1 195

Die Zahl der Fideikommission ging von $\frac{1}{100}$ auf $\frac{1}{100}$ aller land-
wirtschaftlichen Betriebe hinauf, gleichzeitig stieg ihr Flächenanteil
von 7,45 auf 8,07 Proz. Mit der geringen Zahl umfassen die
Fideikommission jetzt 6,8 Proz. der Gesamtfläche des preussischen
Staates, gegen erst 6,03 Proz. bei der Zählung im Jahre 1895.
Ein genaueres Bild von der Bedeutung der Fideikommission gibt die
folgende Zusammenstellung, in der sie, soweit ihre Fläche 100 Hektar
und mehr beträgt — 99,80 Proz. der Gesamtzahl — in Beziehung
gesetzt sind zu den anderen Betrieben derselben Größenklasse.

	Zahl	Fläche in Hektar
Betriebe von 100 ha und mehr	20 300	19 117
Fideikommission von 100 ha und mehr	951	1 078

Hier ergibt sich ein prozentuales Wachstum der Fideikommission,
der Zahl nach von 4,86 auf 5,64 Proz., der Fläche nach von 22,89
auf 27,68 Proz. Ein Zwanzigstel der Betriebe und ein Viertel der
Fläche der Großbetriebe ist jetzt fideikommissionarisch gebunden. Das
ist eine geradezu beachtenswerte, nach Vergeßenschaftung schreiende
Entwicklung des Latifundienbesitzes.

Erweiterung des Hamburger Hafens.

Die Hamburger Bürgerschaft hat zwecks Erweiterung des
Hamburger Hafens eine Summe von 45 100 000 M. bereitgestellt.
Weitere große Anforderungen an den Staatsjüdel ergeben sich aus
dem in Preußen abgeschlossenen sogenannten Köhlerbrandvertrage.
Die genannte Summe soll für die Verbreiterung des Köhlerbrand-
auf 250 Meter, den Ausbau des jetzigen Köhlerbrandhafens zu einem
Seeschiffhafen und die Herstellung eines Petroleumhafens ver-
wendet werden. Ferner sollen vier neue Hafeneinschnitte gemacht
und die Einfahrt von der Elbe aus um 400 Meter verbreitert
werden. Die vier neuen Einschnitte sind bestimmt zu einem Hafen
für große Schiffe, einem Hafen für mittlere Schiffe, einem
Hafen für Oberländer Fahrzeuge und einem Schuten-(Leichter-)
Hafen. Nach Fertigstellung des neuen Petroleumhafens soll der
alte, bisher diesem Zwecke dienende Hafen zu einem Seeschiff-
hafen ausgebaut werden. Diese Riesenarbeiten werden eine Bau-
zeit von fünf Jahren beanspruchen.

Kohlenwucher in Oesterreich. Die Hohn mutet es an, daß jetzt,
bei einem Kohlendetailpreis von fast 2 Kronen (1,70 M.) pro Zentner,
die Kohlenförderung wegen Ablaßmangel eingeschränkt wird.
In den Kohlenruben des Reiches Rührich-Ditrau-Korwin wird
jetzt wegen gänzlicher Anfüllung der Halben mit Vorräten und Er-
schöpfung allen vorhandenen Platzes für Lagerbörse je eine ganz-
tägige Sonntagsfeierlichkeitsfeier eingeschoben! Die Kohlen-
barone in Oesterreich haben von unseren Syndikatsherren gelernt,
gerade so wie die österröischen Agrarier von unseren Junkern.

Die Genossenschaftsbewegung in Großbritannien.

Vor kurzem hat das englische Handelsministerium eine Zu-
sammenstellung der Ziffern über die Entwicklung der Einkaufs-
und Produktionsgenossenschaften der Arbeiter in Großbritannien
und Irland veröffentlicht.

Im Jahre 1908 bestanden 1573 Produktions- und Einkaufs-
genossenschaften, deren Mitgliedschaft 2 446 686) 0,8 Proz. der
Zahl der Einwohner über 20 Jahre ausmachte. Ihr Kapital belief
sich auf 1 129 356 000 Kronen, wovon 149 129 816 Kronen Anleihen
waren. Gegen das Jahr 1907 vermehrte sich die Mitgliedschaft
um 3,8 Proz. und das Kapital um 4,1 Proz., die Zahl der ein-
zelnen Genossenschaften ging hingegen um 22 zurück, was dar-
auf, daß sich auch innerhalb der Genossenschaftsbewegung die Tendenz
der kapitalistischen Wirtschaft nach Konzentration bemerkbar macht.
Der Gesamtumsatz aller Genossenschaften belief sich im Jahre 1908
auf 8 000 037 728 Kronen und der Gewinn auf 280 155 128 Kronen
oder 35,5 Proz. des Gesamtumsatzes; im Jahre 1907 betrug der
Gewinn 37,8 Proz. Die Zahl der von den 1573 Genossenschaften
direkt beschäftigten Personen war im Jahre 1908 116 603 und war
gegen das Jahr 1907 um 3,1 Proz. gestiegen.

Interessant ist es, die Entwicklung der drei Zweige der Ge-
nossenschaftsbewegung, das heißt der Produktions-, Großeinkaufs-
und Detaildistributionsgenossenschaften während der letzten elf
Jahre zu verfolgen. Die stärkste Entwicklung weisen die Pro-
duktionsgenossenschaften auf, die in diesem Zeitraum ihre Pro-
duktion um nicht weniger als 140,1 Proz. steigerten; dann folgen
die beiden Großeinkaufsgenossenschaften (Englands und Schott-
lands) mit einer Vermehrung des Umsatzes um 87,8 Proz. und
schließlich die Konsumgenossenschaften mit 63,9 Proz. Alle Ge-
nossenschaften zusammen genommen weisen in den 11 Jahren eine
Steigerung des Umsatzes von 80,3 Proz. auf. Von dem erwähnten
Gesamtumsatz des Jahres 1908 in der Höhe von 8 000 037 728 Kro-
nen entfielen 319 020 342 Kronen auf die Produktionsgenossenschaf-
ten, 384 005 280 Kronen auf die Großeinkaufs- und 702 040 880
Kronen auf die Konsumgenossenschaften. Hier sei noch darauf
hingewiesen, daß bei der Vergleichung der hier für die Pro-
duktionsgenossenschaften angegebenen Ziffern nicht vergessen werden
darf, daß es sich nicht nur um die reinen Produktionsgenossenschaf-
ten, sondern auch — und zwar in erster Linie — um die Pro-
duktionszweige der Großeinkaufs- und Konsumgenossenschaften
handelt; auch sei noch erwähnt, daß ein Teil der Steigerung der
Produktionsziffern darauf zurückzuführen ist, daß in den letzten
Jahren eine viel größere Anzahl der Konsumgenossenschaften
über Schlachtungen gemacht haben.

Was zunächst die Produktion anlangt, so beteiligten sich daran
im Jahre 1908 zwei Großeinkaufs-, 947 Konsumgenossenschaften,
7 Kornmühlen und 140 andere Produktionsgenossenschaften; im
ganzen 1096 Gesellschaften. Sie beschäftigten insgesamt 50 143
Arbeitskräfte, denen sie an Lohn 67 815 328 Kronen zahlten.
Außer den Mühlenbetrieben weisen alle Genossenschaften in den
letzten 11 Jahren eine Steigerung der Produktionsmenge auf;
aber auch die letzteren scheinen sich in den letzten Jahren wieder
zu erholen. An der Gesamtproduktionsziffer (319 020 342 Kronen)
sind die reinen Produktionsgenossenschaften mit nur 77 500 056
Kronen beteiligt. Die Lebens- und Genussmittelbranchen nehmen
natürlich den Löwenanteil (über 70 Proz.) der Produktion in An-
spruch; dann folgen: die Bekleidungsindustrie (etwa 14 Proz.);
Bauhand, Steinbrüche, Holzindustrie; Seifen-, Kerzen- und Stärke-
fabrikation; Textilindustrie, Druckerien; Metallindustrie und
kleinere Gewerbe. Gegen das Jahr 1907 weist die Produktion des
Jahres 1908 eine Zunahme um 17,8 Proz. auf.

Von den 50 143 in der Produktion beschäftigten Arbeitkräf-
ten entfielen allein 24 306 auf die Bekleidungsbranche; v. der
Lebens- und Genussmittelindustrie wurden 19 777 Arbeitskräfte
beschäftigt. 158 Genossenschaften zahlten ihren 14 664 Arbeitern
einen Anteil am Reingewinn in der Höhe von 831 408 Kronen
oder etwas über 58 Kronen das Jahr, was 4,4 Proz. der bezahlten
Löhne ausmacht.

Die zwei Großeinkaufsgenossenschaften sind Verbände der
1414 Konsumgenossenschaften. Von ihrem Kapital (217 177 416
Kronen) verwendeten sie über ein Drittel zur Produktion.

Was schließlich die Konsumgenossenschaften anlangt, so be-
schäftigten sie im Jahre 1908 80 304 Personen, 2 Proz. mehr als
im Vorjahr. 190 dieser Genossenschaften gaben ihren 14 017 An-
gestellten einen Anteil am Jahresgewinn in der Höhe von 903 072
Kronen oder 5 Proz. der gezahlten Löhne.

Soziales.

Gemeingefährliche Kampfweise des Leipziger Verbandes.

Die „Deutsche Medizinische Presse“ berichtet über folgenden
die Kampfweise des Leipziger Aerzteverbandes kennzeichnenden
Vorgang:

In einem bekannten Badeort Westdeutschlands wurden die
zur Kur nach dort geschickten Angehörigen der Landesversicherungs-
Anstalten und ähnlicher Institute schon seit langen Jahren von 6
der älteren ansässigen Aerzte behandelt und zwar so, daß die Pa-
tienten gleichmäßig unter dieselben verteilt wurden, und diese
Methode war für alle Beteiligten zufriedenstellend. Dann liehen
sich in 1 bis 2 Jahren etwa 5 neue Aerzte in dem Bade nieder und
verlangten nun in gleicher Weise an den Stellen beteiligt zu werden,
wie die bisher angestellten Aerzte. Diese lehnten das ab, stellten
aber frei, sich um die Stellen auch zu bewerben. Die Kranken-
lassen-Bezirkskommission ebenso wie die Aerztekammer sahen sich
nicht veranlaßt respektive waren nicht befugt, die gewünschte An-
derung einzuführen. Da fühlte sich der Leipziger Verband berufen
einzugreifen. Die älteren Aerzte widerlegten sich diesen unange-
nehmen Eingriffen in ihre Wirksamkeit und nun setzte ein Kampf
ein, der wohl einzig in seiner Art dasteht. Die sanitären Weisen der
„Entscheidungen“; jedoch niemals gegen deren Willen usw. ließ
man bald fahren und fuhr dagegen größeres Geschäfte auf. Die
Beschwerden der betroffenen Aerzte beim Vorstände des Leipziger
Verbandes gegen das Vorgehen und Verhalten des Provinzial-
verbandes und der betreffenden Ortsgruppe blieben einfach un-
beantwortet. Das Vorgehen wurde also von Leipzig aus gebilligt.

Erst wird den betreffenden Aerzten gegenüber versucht, die
Sache schlichter zu machen durch Hinweis auf eine dann später
möglich-Erhöhung des Honorars. Die Beteiligten lehnen trotzdem
ab mit dem Bemerkten, daß sie mit dem Honorar absolut zufrieden
seien. Dann geht es aber schon mit Drohungen los: „Die Kam-
merwertungskommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt,
fühlte sich aber nicht kompetent. Der Leipziger Verband ist mächtig
und stark genug, eine Regelung herbeizuführen.“ Also offene
Drohung mit der Macht des Verbandes.

Es sollte aber noch besser kommen. Als auch die Macht des
L. V. den beteiligten Aerzten, die übrigens alle selbst Mitglieder
des L. V. waren, nicht imponierte, wurde sogar mit einer Substi-
tution gegen den Kurort selbst gedroht. Die betreffenden Aerzte
schrieben daraufhin an den Vorständen in Leipzig:

Gehen wir auf die Vorschläge des L. V. ein, so ist alles
schön und gut und A. bleibt nach wie vor der rühmlichst bekannte
Kurort, weigern wir uns aber, so wird gegen unsern Kurort, also
damit zugleich gegen uns und unsere Existenzbedingungen mit der
Fischen Schrift gearbeitet. Ein derartig motiviertes Vorgehen
gegen einen Kurort von ärztlicher Seite aus ist sicherlich ein völliges
Nouveau. Wir aber erblicken in dieser Drohung eine Verhandlungs-
methode, wie sie bisher unter Aerzten nicht üblich war und ein Ver-
weizen mit unhonorigen Mitteln.“

In noch viel schärferer Zone, als in dieser Anlage geschehen, wiesen die in ihrer Existenz bedrohten Verze die Agitationsmethode des L. B. zurück. Aber selbst Ausdrücke wie: absichtliche Entstellung, beschuldigte Lebertreue, Mangel an Takt, absichtliche Verschleierung von Informationen, heimliches Intrigieren usw. wurden ruhig eingesetzt.

Ein Referat des Leipziger Vertrauensmannes wurde, ohne daß Widerspruch erfolgte, mit "groben Unwahrheiten und Verleumdungen" bezeichnet.

Von dem Abteilungsleiter des L. B. wurde seitens derselben Verze eine Ehrenklärung verlangt mit den Worten: "Sollten Sie diese Erklärung nicht abgeben, so sehen wir uns zu der Annahme gezwungen, daß Sie zur Erreichung Ihrer Zwecke, (die durch keine Beschlüsse des Verze oder des L. B. V. gerechtfertigt sind, so denselben sogar widersprechen) absichtlich mit unlauteren Mitteln arbeiten. Den Beweis für die Wahrheit dieser Annahme hoffen wir vor den öffentlichen Gerichten bringen zu können, da wir nicht die Absicht haben, Ihre anhaltenden Verze, und in unserer Stellung zu schädigen und in unserem Ansehen herabzuwürdigen, weiterhin stillschweigend hinzunehmen."

Eine Antwort auf diese doch wohl recht deutlichen Sätze hat der Herr Vorsteher nicht gegeben.

Um sich vor weiteren Agitationen der L. Verbände zu finden, wurde von den betreffenden Verzen auch das Ehrengericht der zuständigen Verze kammer angerufen, welches aber die Einleitung eines Verfahrens ablehnte!

Die wilden Agitationen und Vergewaltigungsvorfälle des L. B. können also weiter gehen. — Welche dem Arzt, der sich ihnen widersetzt; er riskiert seine Existenz und muß obendrein noch fürchten, an den Pranger gestellt und durch den Schmutz gezogen zu werden.

Die Ziele des L. B. waren zweifellos von Haus aus gute, und kein Arzt wird die in den ersten Perioden seiner Tätigkeit von ihm errungenen Erfolge leugnen wollen.

Allmählich aber hat sich die Situation gründlich verändert: Der Verband ist denen, die an seiner Macht und seiner finanziellen Leistungsfähigkeit persönlich interessiert sind, nicht mehr Mittel zum Zweck geblieben, sondern Selbstzweck geworden. Alle anderen Rücksichten werden seitdem ohne weiteres beiseite geschoben, wenn es gilt, die Tyrannie des Verbandes zu befestigen. — Ja, wie obiges Beispiel zeigt, soll eventuell selbst das öffentliche Wohl dieses Reiches zum Opfer gebracht werden. Drohte doch der Verband, den fraglichen Vorkäse, wo jährlich viele Tausende von Kranken Heilung suchen, in Versuchung zu bringen, wenn die dort praktizierenden Ärzte sich seinen Befehlen nicht beugen. . . .

Solche Auswüchse einer ziellosen Vergewaltigungspolitik stempeln in der Tat den L. B. zu einer öffentlichen Gefahr.

Und diesem selbst von angesehenen Ärzten als gemeingefährlich bezeichneten Verband will die Reichsversicherungsordnung die Krankenlosen gebunden ausliefern!

2. Internationaler Kongreß für Gewerbekrankheiten.

Vom 10.—14. September findet in Brüssel der zweite internationale Kongreß für Gewerbekrankheiten statt. Als Beratungsgegenstände sind in Aussicht genommen: 1. Die Frage der Scheidung von Gewerbekrankheiten und Gewerbenfällen. 2. Das ärztliche Nützigen der Vergewaltigung, Verletzungen usw. 3. Gegenwärtiger Stand des Kampfes gegen die Wurmkrankheit. 4. Auge und Gesicht in ihren Beziehungen zu Gewerbekrankheiten. 5. Arbeit in komprimierter Luft. 6. Gewerbliche Vergiftungen. Außer den offiziellen Referaten können zum Kongreß Mitteilungen angemeldet werden. Ferner sind Vorträge aus dem ganzen Gebiete der Gewerbekrankheiten zulässig. Drucklegung findet, wie das Arbeitskomitee uns mitteilt, nur statt, wenn die Manuskripte bis zum 31. Mai 1910 beim Organisationskomitee eingereicht sind. Zur Teilnahme ist berechtigt, wer sich für Gewerbekrankheiten interessiert, der Mitgliedsbeitrag beträgt 20 Frank. Anmeldungen sollen bis zum 1. September erfolgen.

Genossenschaftstrog.

Der 7. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine findet am 18.—19. Juni in München statt. Auf der Tagesordnung steht, abgesehen von den Berichten des Vorstandes, des Generalsekretärs und des Ausschusses ein Referat des Rechtsanwalts Dr. Reinhold Niehn (Altona) über: Genossenschaftliche Zeit- und Streitfragen, ein Bericht über die Tätigkeit des Tarifamts von Heinrich Lorenz (Hamburg) und ein Referat von A. v. Elm über: Vereinbarungen zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und der Generalkommission der Gewerkschaften betreffend: a) Hausindustrie und Heimarbeit, b) den Betrieb von Strickwarenherstellern, c) die Anerkennung der Gewerkschaften und deren Tarife, d) die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder, e) die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften.

Kinderarbeit in Amerika.

Zur Belämpfung der im wirtschaftlichen Leben der Union eine verhängnisvolle Rolle spielenden Ausbeutung der Jugend besteht ein nationales Kinderarbeits-Komitee, das durch seinen Sekretär C. L. Papp eine Reihe von Schriften über diese Frage herausgibt. Die letzte behandelt die Kinderarbeit in Indiana, einem Staat des nördlichen Westens, und West-Virginia, einem der nördlichsten Südstaaten. Die "New Yorker Volkszeitung" teilt aus den Feststellungen eine Reihe kennzeichnender Tatsachen mit.

In Indiana ist in Fabriken, Bergwerken, Wäschereien u. a. die Arbeit der Knaben unter 16, der Mädchen unter 18 Jahren auf 10 Stunden beschränkt. Dagegen ist in einer Reihe nicht ausdrücklich benannter Industrien, namentlich in der Hausindustrie, keine Beschränkung vorgeschrieben. So wird berichtet, daß namentlich in Glasbläseereien ein schlimmer Raubbau an Kindern betrieben wird. Ein Schulbesucher gab 14 Knaben an, die nachts in Schichten von 4 bis 4 1/2 Stunden viermal in der Woche und von Freitag auf Sonnabend 8 bis 7 Stunden arbeiten. Sie sind nervös abgemagert und bleiben in der Schule weit zurück. Dester findet man Stahldrahtzäune, zu deren Begründung ein Fabrikleiter anführte, daß sie das Entlaufen ermüdeten Knaben verhindern sollen. "Wir halten auch einen Aufseher mit einer Bulldogge, so daß die Knaben nicht gut entlaufen können." So im "Land der Menschenrechte".

In West-Virginia werden Knaben von 12, ja von 10 und 8 Jahren in Kohlengruben beim Öffnen und Schließen der zur Ventilation dienenden Türen verwendet: eine nicht anstrengende Arbeit, die aber die Kinder 10 Stunden in der finsternen Tiefe festhält und allen Gefahren des Betriebs aussetzt. "Sie sind alle mager, unentwickelt und bleichsüchtig. Lungenerkrankung und Schwindel greifbar fürchtbar in ihren Reihen." In beiden Staaten werden Kinder in Fabriken und Bergwerken viermal so häufig als Erwachsene durch Betriebsunfälle verkränkt und getötet! Solche Tatsachen bezeugen die verbrecherische Gleichgültigkeit jener Sorte Anti-Gewerkschaftsbewegung, die um englischer Juniors Vorteile willen sich mit dem raubgierigen Kapitalismus verträgt und erst durch die schwersten Schläge allmählich aus seiner feigen und faulen Beschäftigung aufgeschreckt wird.

Gerichts-Zeitung.

Sind Umänderungen gewerbliche Arbeiten?

Eine für die deutsche Konfektion wichtige Frage, die auch die hiesigen Gerichte wiederholt beschäftigt hat, ist nunmehr vom zweiten Instanz des Reichsgerichts in Leipzig endgültig entschieden worden. Es handelt sich um die alte Streitfrage, inwieweit das Umändern eines gelaufenen Kleidungsstückes im Bereiche des Konfektionshandels unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung fällt. — Gegen den Inhaber eines großen Konfektionsgeschäfts war von der Gewerbebehörde ein Strafverfahren wegen Verletzung des § 138 der Reichsgewerbeordnung eingeleitet worden, weil er in einem Nebenraum seines Geschäfts am Sonnabendabend nach 6 Uhr mehrere weibliche Angestellte mit dem Umändern von Kleidungsstücken beschäftigt hielt, die

kurz vorher in dem Geschäft gekauft worden waren. Das Schöffengericht wie auch die Strafkammer als Berufungsinstanz kamen zu einer Verurteilung des Angeklagten. Beide Gerichte nahmen an, daß der Angeklagte nur insoweit als Kaufmann anzusehen ist, als sich seine Tätigkeit auf den Verkauf der von ihm gefertigten Waren beschränkt. Das Wändern der bei ihm gelaufenen Waren durch besondere Angestellte sei jedoch als ein Werkstättenbetrieb anzusehen und somit unter die Gewerbeordnung fallend. Die Entscheidung sucht der Angeklagte durch die Revision an. Das Reichsgericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Der Vorbericht habe mit vollem Recht in der Umänderung fertiggelaufener Kleidungsstücke die Ausübung eines neben dem Handelsgewerbe eingehenden handwerksmäßigen Betriebes gesehen. Der Hinweis der Revision, daß es zu den Werkstätten im Konfektionshandel gehöre, das Umändern eines Kleidungsstückes, um es für die Figur der Käuferin passend zu machen, nur als ein "Moment des Aufgeschicktes" zu betrachten, gehe völlig fehl. Die Aufschauung der beteiligten Unternehmerkreise könne nicht entscheiden; maßgebend könne nur die objektive Beschaffenheit der Dienstleistung sein, welche die zu solchen Arbeitsverrichtungen von dem Angeklagten Angestellten zu betätigen haben. Diese Dienstleistungen hätten jedoch mit dem kaufmännischen Teil des Geschäfts gar nichts zu tun. Sie dienen nicht unmittelbar dem Abgabe oder Inverkehrbringen, sondern nur dazu, die Ware für den Käufer abnahmefähig zu machen, d. h. erst für den Absatz fertigzustellen. Darin sei jedoch ein Teil der Herstellung zu erblicken und die damit beauftragten Personen seien als Gewerbegehilfen anzusehen, deren Arbeitszeit nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung zu regeln sei.

Riße gegen Dienstherrn.

Verständige, von einem Schöffengericht gegen Roheiten erlassene Urteile halten vor der gelehrten Berufungskammer nicht stand. Das zeigte wieder mal ein von der hannoverschen Strafkammer gefälltes Urteil. Der Vollmeier Louis Muzel in Hemmenbörge hatte am 11. Oktober v. J. das Vieh, das ihm ein mit Rißen beladener Wagen im nassen Ackerlande festgeriet. Festgefahren hatte ihn der jugendliche Knecht Meine, der augenscheinlich sehr beschränkt ist. Bei den Versuchen, den Wagen loszubringen, stand Meine dem Muzel im Wege; im Verger hierüber schlug Muzel dem Meine mit der Hand nach an den Hinterkopf und sagte dabei: "Nach, daß Du weglommst!" Das Schöffengericht Koppentrümme verurteilte am 4. Januar d. J. den Muzel wegen dieser Ohrfeige zu 1000 M. Geldstrafe eventuell 100 Tagen Gefängnis. In der Begründung dieses Urteils wurde unter anderem folgendes wörtlich ausgeführt:

Dem Angeklagten Muzel sei gelegentlich einer anderen Verurteilung wegen Körperverletzung aus dem eindringlichsten vom Gericht vorgehalten, wie gemeingefährlich solche Mißhandlung des Dienstgehindes sei, da sie die leider schon bestehende tiefe Kluft zwischen Herrschaft und Gesinde zu vertiefen geeignet sei und so unberechenbaren Schäden nach sich ziehe. Es ist ihm auch bedeutet, daß seine Tat um so verwerflicher sei, als er selbst Schöpfer sei und als Richter einen besonders strengen Maßstab an seinem Lebenswandel anlegen müsse, schon im Interesse des Ansehens der Justiz. Der Angeklagte hat diese Vorhaltungen wirkungslos an sich abprallen lassen, hat sie in den Wind geschlagen. Wenige Tage später hat er seinem Jähorn wieder freie Bahn gelassen, seine Hand wieder gegen sein Gesinde erhoben. Damit hat er geradezu das Urteil des Schöffengerichts verhöhnt. Eine exemplarische Gefängnisstrafe wäre daher wohl angezeigt gewesen, um dem Angeklagten den nötigen Ernst der Lage begründlich zu machen, zumal auch die Art seiner Verletzung keine Spur von Scham oder gar Reue über sein unbegreifliches Verhalten zeigte. Trotz allen diesen für Abmilderung einer Gefängnisstrafe sprechenden Gründen glaubte das Gericht auch unter schweren Bedenken noch einmal — zum letztenmal — von einer Freiheitsstrafe absehen zu dürfen. Was nun die Höhe der demgemäß festzusetzenden Geldstrafe anlangt, so war von vornherein klar, daß nur eine erhebliche Geldstrafe in Frage kommen konnte. Um den Charakter einer wirklichen Strafe zu erhalten, muß für ihn eine Geldstrafe mindestens des Betrag von 1000 M. erachtet werden.

Die so strafschwerend erwähnte Verurteilung des Muzel betraf eine Mißhandlung eines 15jährigen Mädchens. Justizrat Zenzberg betonte vor der Strafkammer, daß diese Verurteilung seines Erachtens völlig zu Unrecht geschehen sei, weil Muzel lediglich sein Zuchtigungsrecht ausgeübt habe. Es sei bedauerndwert, daß gegen die Verurteilung nicht Berufung eingelegt sei. In der Berufungsentscheidung gegen die Verurteilung des Muzel zu 1000 M. unterzog der Verteidiger das Urteil des Schöffengerichts Koppentrümme einer sehr scharfen Kritik. Es sei unter allen Umständen wegen des erkannten Strafmaßes hinfällig. Es handle sich doch nur um eine der harmlosesten Körperverletzungen, die überhaupt zur Verfolgung kämen. Das Landgericht Hannover brachte zum Ausdruck, daß es sich im vorliegenden Fall um eine ganz minimale Sache handle, die mit einer ganz geringen Strafe zu sühnen sei. Es hob das Landgericht insofern auf, daß es den Angeklagten am Donnerstag zu 50 M. Geldstrafe verurteilte.

Die Ansicht des Justizrats, dem Prügelnden habe ein Zuchtigungsrecht zugehört, ist ebenso verkehrt, wie die Milderungsgründe der Strafkammer. Ein Zuchtigungsrecht steht dem Dienstherrn seit dem 1. Januar 1900 nicht mehr zu. (Art. 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch.) Die Mißhandlung eines Gesindes ist mit Recht vom Schöffengericht als besonders abmilderungsbedürftig erachtet. Der Revischen schlägt, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihm stehen, handelt feige und roh und ist deshalb, insbesondere wenn er Kinder prügelt, höher als andere zu bestrafen, die Gleichstehenden gegenüber sich verhalten. Vielleicht hätten der Justizrat und die Strafkammerrichter ein minder verklärtes Rechtsgefühl, wenn sie selbst Gesindendienste verrichtet hätten. Einer der besten preussischen Juristen — Koch — war in seiner Jugend Gänsehirt. So größlicher Rechtsämter und Gefühlsverletzungen wie seine hannoverschen Kollegen hätte er sich wohl nie schuldig gemacht.

Aus der Frauenbewegung.

Fortschrittliche Volkspartei und Frauenrechte.

Dieser Tage vollzog der Freisinnige Verein in Posen seinen Anschluß an die neue Volkspartei. Bei der Vorstandswahl wurde von einem Mitgliede gewünscht, auch eine Frau in den Vorstand zu wählen. Gegen diesen Gedanken wandte sich mit großer Schärfe der freisinnige Stadtverordnete Adam, indem er unter dem Beifall der Anwesenden erklärte: "Die Frau gehört ins Haus!" Der Antrag wurde denn auch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ob unter dieser oder jener Firma, Philister bleiben sie doch!

Eingegangene Druckschriften.

Von der "Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 19 des 20. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Uns Frauenwahlrecht. Von Julie Hey. — Die Wahlreform des Schnapsbodes. Von H. B. — Zur Wahlrechtsbewegung in Bremen. Von Bertha Thälheimer — Zur Frauenkonferenz. I. Von E. Unger. II. Von Elisabeth Schulze. — Das Verhältnis zwischen der Mutter und dem ehelichen Kinde. II. Von Ernst Oberholzer. — Ein Erlebnis aus der Vergangenheit meines Sohnes. Von A. n. — Aus der Bewegung: Stellungnahme zur Frauenkonferenz der Genossinnen in Mannheim und Weihen. — Von der Gattin. — Situationsbericht aus Westfalen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Zeitschriftenbewegung. Von H. j. — Der Deutsche Holzarbeiterverband. Von H. — Kolonialpolitik: Dienstbotenfrage. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenwahlrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Die Frau in öffentlichen Kneipen. — Fürjäger für Schulkind. — Verschiedenes. Für unsere Mütter und Hausfrauen: Modernes Ode. Von Otto Erich Hartleben. — Ueber unsere Kraft. IV. — Besondere Kinder. Von E. B. W. — Das Wesen des Krebses. Von Dr. Bettina Steininger. — Für die Hausfrau. — Fruchtlos: Sonnenaufgang. Von

Golfsted Keller. — Der heilige Tag. Von Paul Underling. — Märztag. Von Dellen v. Alencron.

Für unsere Kinder: Frühling. Von P. Schanz. (Gebicht). — Auf einem alten Kirchhof. Von od. — Der verborgene Garten. Von Brand. — Handwerksbursch und Böglein. Von Georg Julius. (Gebicht). — Der Osterhase. Von Eise Well. — Omas! Von M. F. (Gebicht). — Die Elternregel in Prag bei den Studenten bestand. — Wappchen auf Helken. Von Emma Böck. (Gebicht).

Die "Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 Mark.

Vom "Wahren Jacob" II soeben die 7. Nummer des 27. Jahrganges, 16 Seiten stark, erschienen. Aus ihrem Inhalt heben wir hervor: Bilder: Das volkreundliche Zentrum. Von Erich Schilling. — Rühmlich. Von A. Große. — Herr v. Jagom auf dem Kriegsschauplatz. Von W. Pramel. — Der Kanzer im Jmeisel. Von A. Große. — Zur Kritik! Von E. Erl. — Friedensfeier. Von Rudolf Wolf. — Schuß für Schußleute. Von Max Koll. — Aus Bayern. Von H. G. Jenisch. — Krollsbühne am Jantstein. Von A. F. Müller. — Bilder aus dem glorreichen Kampf der Berliner Schutzmannschaft am 6. März. Von M. Vanselow. — Einbild. Von A. Heibiger. Zentrumserfolg. Von A. Grich. — Del Geheimnis. Von P. Heising.

Legt: Ein schön neu Lied. Von Max Hoffmann. — Wahlrechtsgedanken. Von T. — Dimitri Ostrowski Kuppelmann, Epilog in Petersburg, an Stadimir Gromomilich Luppinski, Epilog in Berlin. — Graf Bosa. Von P. E. — Jagom, wo bist du? — Ueber Jacob! Von Jantstall. — Der Berliner Polizeipräsident in Wien. Von Tobias. — Der Räumestag des Herrn v. Jagom über: Die Lösung des großen Rätsels. — Regierungserien. Von J. S. — Spiritus. — Sächsches Glaselied. — Schlechtes Gewissen. Von H. Pl. — Das Schema F. Von T. — Aus dem Kriminalbureau. — Polizeinstruktion in China. — Regierungskunst. Von Balduin. — Ufern. Von Alfred Scholz. — Konstantinendamm. Von R. Franz. — Nationalliberales Wahlrechtskämpfchen. Von Tobias. — Und Roeren sprach. Von Balduin. — Um.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie durch alle Buchhandlungen und Postposten zu beziehen.

Witterungsbericht vom 29. März 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in Grad C
Strombe	768.9	2wolfig	4	4	Labaranda	771.5	Süd	halbd.	-11
Hamburg	771.2	4wolfig	3	3	Petersburg	762.9	Süd	2	-1
Berlin	767.8	3Regen	3	3	Sellin	774.0	NO	1	10
Frankfurt	771.2	1wolfig	6	6	Aberdeen	774.5	Süd	halber	2
München	770.5	4wolfig	4	4	Paris	777.9	Süd	3	bedekt
Wien	766.5	2Regen	4	4					

Wetterprognose für Mittwoch, den 30. März 1910. Nachts sehr kühl, am Tage wieder etwas wärmer, zeitweise heiter, aber veränderlich bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Möbel

in jeder Preislage. Verkauf im Hofgebäude, sein Laden. 4574^a Thomas, Tischlerei, Bernauer Lieferant der Konsumgenossenschaft.

H. Pfau, Bandagist

Berlin, Dirksenstraße 20. wöllchen Bahnhofs Alexanderplatz und Holzgäßchen. — Amt VII, 13790. Für Damen Frauen-Bedienung. Lieferant für alle Krankenkassen.

Dr. Schönemann

Spezialarzt für Haut- und Hautleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. Wochentags 10—2, 5—7.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen. Berlin N., Leithrieger Straße 60. Alle Bruchbänder mit elastischen Gummis, angenehm u. weich am Körper.

Legehühner

1909 Bruchbrut, schon fleißig legende, beliebige Farbe, garant. sek. Anhang, 18 St. 33 M., 12 St. 22 M., 6 St. 12 M., alles m. Hahn. Schmeller, Wladislaw C. S. Nr. 2. [12/7]

Leihhaus

seit 27 Jahren Gelegenheitskäufe, verfallene Brillanten, Gold- und Silberwaren. Prinzenstr. 28, I. Moritzplatz. E. Dramenstr. 61, I. Hause d. Nat.-Bank.

Kredit

Monatlich 10 M. Befere eleg. Herrenanzug oder n. (billigste Preise) Schneidemeister, Pindlerstr. 110. Kasse 10 Proz. Rabatt.

Möbel

im zu räumen für 25 Pf. pro Stück Ia. Schweine-Klein-Fleisch

von 20 Pfund an; enthaltend Köpfe, Schwänze, fleischige Hosen, Ohren etc., von inländischen Land Schweinen, amlich unterjucht; leicht gelagert. Ware. 10 Pfund-Kost 2,50 M., 1 Pfund 25 Pf. Ia. Schrippen pr. Pfd. 40 Pf. Ia. Fleischwurst pr. 65 Pf. Ia. Fleischwurst pr. Pfd. 1 M., Ia. Cervelatwurst pr. Pfd. 1,30 M.

Alb. Carstens, Altona 410.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Tempelhof.

Am 29. März verlor unser treues Mitglied, Frau Hedwig Barth

Hedwig Barth

Vorrußstr. 8a im Alter von 88 Jahren. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet morgen, Donnerstag, den 31. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Tempelhofer Gemeinde-Friedhofes, Bernauerstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Ziehung 11. u. 12. Mai

Berliner Arbeits-Lotterie

Gesamtbetrag der Gew. Mark.

50000

30000

20000

Originallose a 2.— Mark. Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet der General-Debit

G. Dischalis & Co., Bankgeschäft.

Berlin C. 2, Königstr. 34—36. Auch zu haben in sämtlichen Lotterie- und Zigarrengeschäften.

Verleih-Institut: Frack

Friedrichstr. 115/1, a. Cröde, Tor. Leg. Post, Gehrard 1,50, Sole 1,00, Weite 50 Pf.

Teilhaltung

bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in dankbarer Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Dänischer Kautabak

M. Hansen jun., Hadersleben. Generalvertrieb: Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70. Amt VII, 3047.

Generalbehalter Ernst Steves, NW. 23, Bahnhofstrasse, 2376.
 Etichabgabegen 470/71, Grunpfeiler: Wnt II (Grosch), Str. 2376.



Umsonst

Taschenuhr, Toilettespiegel, wie nebenstehend abgebildet, und viele andere anerkannt wertvolle Gegenstände erhalten Sie bei Benützung von **Flammers Seife und Flammers Seifenpulver**. Hunderttausende solcher Geschenke kamen bis jetzt zur Verteilung. Beide Waschmittel sind die denkbar besten, geben mühelos und ohne besonderes Bleichen schönste Wäsche, sie sind garantiert unschädlich, ausgiebig und billig im Preis. Sparfame, auf ihren Vorteil bedachte Hausfrauen verwenden nur noch



Flammer Seife u. Seifenpulver

Zum Umzuge

Möbel

Kleine Einrichtung
 15 M. Anzahl. 1.00-1.50 M.
 wöchentliche Abschlung

Mittel-Einrichtung
 15-20 M. Anzahlung. 1.50-3 M.
 wöchentliche Abschlung

Bessere Einrichtung
 25-30 M. Anzahlung.

S. Gottlieb

G. m. b. H.

Rosenthalerstr. 54

Für jedes Stück wird Garantie geleistet.

Mit Optal-Gläsern, elegant und leicht in Nickel M. 2.50, in Double-Gold M. 3.— in Spezial-Gold-Double 7.—, in Gold M. 12.—

Double-Gold M. 7.—
Spezial-Gold-Double M. 10.— mit Optal-Gläsern

Optiker

Ruhnke

bekannt seit vielen Jahren durch die saubere, gediegene Ausführung aller Waren, sowie durch die außerordentliche Sorgfalt, mit der die Anpassung der Optalgäser und der Passung vorgenommen wird, bei sehr mäßigen Preisen, die nur durch den gewaltigen Umsatz möglich sind. Für jedes Stück Garantie. Umtausch gern gestattet, auf Wunsch Rückzahlung des vollen Betrages bereitwilligst.

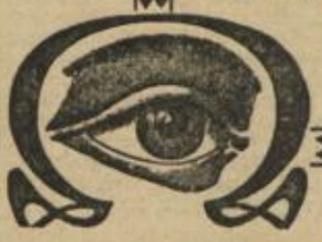
Unentgeltliche augenärztliche Untersuchung:

Link-Str. 1 . . . von 11—1 und 5¹/₂—7 Uhr
 Alexander-Platz von 10¹/₂—12 u. 5¹/₂—7 Uhr
 Brunnen-Str. 12 von 1¹/₂—5 Uhr

Verlangen Sie meine neue Liste gratis. Kommen Sie bald, ehe Ihre Sehkraft sich verschlechtert.

- | | |
|---|--|
| Oranien-Str. 47
an der Luckauer Straße | Friedrich-Str. 190
an der Kronen-Straße |
| Link-Straße 1
an der Potsdamer Straße | Brunnen-Str. 12
an der invaliden-Straße |
| Turm-Straße 47
an der Emdener Straße | Chaussee-Str. 72
neben Sima Warenhaus |
| Karl-Straße 8
an der Luisen-Straße | Tauentzien-Str. 19
Ecke Nürnberger Straße |

Am Alexander-Platz
neben Aschingers Bierquelle



Möbel

auf

Kredit

Wohnungs-Einrichtungen
 Ausstattung einstabler und eleganter Schlaf-, Herren- und Speisezimmer, Medusen, farbige Küchenrichtungen
auf Abzahlung u. gegen Bar.
 Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren
 b. kleinst. Anzahlung ev. ohne Anzahlung.
 Ferner empfehle Teppiche, Portieren, Gardinen, Stoppdecken, Bilder, Uhren, Gas- u. Petroleum-Kronen, Feilige Betten, Leib- u. Bettwäsche, Sport- und Kinderwagen, Garderobe für Herren, Damen und Kinder.
 Größte Auswahl, Billigste Neuester Schnitt.
1 M. Wochen-rate 1 M.
S. Dorn
 Alte Schönhauser Str. 3
 1 Treppe

Ecke Lindenstrasse.

Vöcher, Meyer, Brodhaus

Lexikon kauft

Hannemanns Buchhandlung
 Berlin SW., 208 Friedrichstraße 208.

Syphilis-Nachweis

in allen frisch u. veraltet, zuverlässig. Fall. durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; beagl. Ham. (bes. auf Gonorrhoe-Bäder) u. Spilium-Analysen. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, im Kronen- und Rohrenhause, I. 8724. Verl. Rüdige. bistr. u. kostenl. Geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.

Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren
 Anzahlung 3 Mark an, wöchentlich 1 Mark
Teppiche, Gardinen, Stores, Läuferstoffe, Portieren
 Käufer, die ihre Raten selbst bringen, erhalten **10% Rabatt**

Cigarren-Händlern

bequemsten Einkauf zu billigsten Preisen bietet das größte und reichhaltigste ausgestattete
Tabak-, Cigarren- u. Cigaretten-Engroslager
Carl Röcker, Berlin O. 27,
 Grüner Weg 112 (Fernspr. VII, 3861).
 Ofterere folg. Marken z. Original-Fabrikpreis von 100 St. an einer Sorte:
 Berliner Marken: Garbati, Herbstoll, Josefli, Manoli, Problem, Phänomen, Kapitan, Carmen Silva, Graf von Königsmark, Trebb.
 Dresdener Marken: Salem Melthum, Luna, Bolero, Zenith, Remmon, Laferme.
 Ferner: Egyptian Comp., Österreichische und ungarische Regie-Tabake usw.
 Generalbetrieb für Deutschland der dänischen Kapitan-Tabake, Rauch- und Schnupftabake; Hauptniederlage der Skutabak-Fabriken G. H. Hansen und Grimm & Triepel in Nordhansen; Brödr. Braun in Kopenhagen, Joh. Dannehl, Ralsow, sowie J. Goldfarbs Schnupftabake, Br. Stargard.
 Bei Neueinrichtungen von Cigarren-Geschäften bitte mein bestsortiertes
Cigarren-Engroslager
 zu besichtigen. Ich führe nur gutgelagerte, feinste Qualitäten in allen Preislagen. 46702

Saman Tee

viel billiger als Kaffee

Blooker's daalders Cacao

ein vorzügliches Getränk mit köstlichem Aroma, die beliebteste und in Holland am meisten gekaufte Cacaomärke.

2 Pfundbüchse M. 3.90	1 Pfundbüchse M. 2.—
1/2 Pfundbüchse „ 1.05	1/8 Pfund-Probepbüchse . . . 0.50

Niederlage Berlin, Schiffbauerdamm 16. Käuflich in allen feinen Kaffee- und Kolonialwarengeschäften.

Vom Hüttenarbeiterchutz.

I.

Lange Jahre hindurch wußte die breite Öffentlichkeit von den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Hütten- und Walzwerksarbeiter kaum mehr, als was aus den Feuilletonschilderungen über Idylle vom Kohlenmeiler und von lustigem Geplapper der Hämmer im einsamen Bergwald herausklang. Abgeschlossen aber von allem Verkehr durch hohe Mauern und feste eiserne Tore, eingespannt ins schwere, kapitalistische Joch un menschlich harter Arbeitsfron, unglaublich langer Arbeitschichten und regelmäßiger Sonntagsarbeit, verlebte der Hüttenmann seine Tage in den Riesenschloten der Großhüttenindustrie. Meilern schwer, ohne jede Öffnung, floßen die Tage hin, „gemürt“ durch Schnaps, Krügeverweine und Frömmigkeit. Denn die Hüttenarbeiterbezirke in Rheinland-Westfalen, an der Saar, in Schlefien, hatten allgemein ultramontane oder nationalliberale „Vertreter“ in den Parlamenten, die als Verkörper der kapitalistischen Weltordnung wichtigeres zu tun hatten, als sich um die Interessen einer zahlreichen, für die Volkswirtschaft äußerst wichtigen Arbeiterschicht auch nur irgendwie zu kümmern.

So blieb die Schaar der Hüttenleute in ihrem rückständigen Milieu. Draußen in der Welt wogte der Klassenkampf, eine Arbeitergruppe nach der anderen schuf sich eine günstige Position im Produktionsprozeß, die Hüttenarbeiter hinter ihren Mauern blieben fast unberührt. Ungeheure Profitsummen wurden bei der ständig steigenden Produktivität der Arbeit herausgewirtschaftet, die Arbeiter gerieten in nur noch größere Abhängigkeit.

Im Betriebe waren Späher verteilt, die jede freie Willensregung der Arbeiter ausbaldowerten und den Eskabohalten meldeten. Und wer geachtet wurde, konnte zusehen, wo er blieb. Riteinander standen die Werke in Verbindung, und das berichtigte System der „Ueberweisungsscheine“ und schwarzen Listen sorgte dafür, daß der getroffene Arbeiter entweder würde wurde, sich in eine andere Berufsarbeit rettete oder zugrunde ging. So herrschte eine stidige, muffige Luft in den Betrieben, die „Vorgesetzten“ schalteten und walteten unumschränkt, und die niederträchtigste, unwürdigste Behandlung ließen sich die Arbeiter, kläglich duldend und duckend, gefallen. Reibisch wurde wohl auf den Kollegen gesehen, der eine hübsche Frau hatte und deshalb an Ansehen bei den Direktoren gewannen, wenn seine Frau ihre Reize entsprechend zu verwerten wußte. Solch ein Procharbeiter durfte Ueberstunden machen bis in die Wuppen und durfte sie auch gut ansetzen! — Noch heute gibt es Hüttenwerke genug, wo die Arbeiter diejenigen Vorgesetzten sich gegenseitig begeiznen, bei denen auf die bezeichnete Art „noch etwas zu verdienen“ ist.

Inbessen — unmerklich und allmählich reichte der Wellenschlag des sozialen Kampfes auch durch die dicken Mauern bis zu den Hüttenarbeitern. Einige Bezirke mit Berg- und Hüttenarbeiterbevölkerung wählten Sozialdemokraten in den Reichstag und bald änderte sich die Sachlage. Die Sozialdemokraten nahmen sich der so lange Bedrückten warm an. Als vor wenigen Jahren Genosse Hue im Reichstag die schmachtollen Arbeits- und Lebensverhältnisse der Hüttenleute besprach, erklärten sogar die von den Landarbeitern doch an derbe Realist gewöhnten konservativen Junker, die Dinge lämen ihnen doch etwas spanisch vor. Als alle Welt haunte, war es vorerst der verordnete Renommierarbeiter des Zentrums, Stödel, der im Reichstoge unsern Genossen Hue entgegentrat und unter anderem erklärte, die Achtstundenschicht einzuführen, sei „nicht angängig“. Später war es der Unternehmersektirar Deumer, der dreist und unverschämte alle von Hue behaupteten Mißstände abstreit und unter anderem erklärte, „es herrsche peinliche Sauberkeit in den Walzwerken“. Dann sprach noch Eugen Stöder in die Schranken und erklärte, von solchen „Schönheitsreden“, wie sie Hue vorgetragen habe, wisse er nichts aus seinem Wahlkreise. Stöder wurde rasch geholt. Hue und der Bezirksführer Spiegel vom Deutschen Metallarbeiterverband wiesen bald nach, daß im Siegen-Rassauer Bezirk, der früheren Domäne Stöders, die Zustände noch viel schlimmer waren als in Rheinland-Westfalen. Stöder fand die Sprache nicht wieder. Aber sein Paladin, Dr. Burdardt, meinte später, in die Enge getrieben, es sei nicht Aufgabe der Abgeordneten, „in den Betrieben herumzufahndeln“. Auf das immer wiederholte Drängen der Sozialdemokratie hin wurde schließlich vom Reichstag eine „amtliche Untersuchung“ beschlossen. Da die Regierung sich aber nicht beugte, den Verlangen nachzukommen, veranstaltete der Deutsche Metallarbeiterverband selbst eine Untersuchung, die über die elende Lage der Hüttenarbeiter wertvolles Material beibrachte. Die Arbeit der sozialdemokratischen Organisationen zwang den christlichen Metallarbeiterverband und die Christlich-Sozialen Gewerksvereiner zu ähnlichen „Erhebungen“, deren Resultate die bisherige sozialdemokratische Kritik noch bekräftigten. Auch die Zentrumsabgeordneten im Reichstag wußten sich der Forderung der Sozialdemokraten einigermassen anzuschließen.

Das Resultat der jahrelangen Arbeit der Sozialdemokratie im Parlament und Gewerkschaft war dann schließlich der Entwurf einer Schutzverordnung für die Arbeiter der Großhüttenindustrie, der mit unwesentlichen Abänderungen am 1. April 1909 in Kraft trat.

Noch dieser „Schutz“verordnung, die bei ihrem Erscheinen von uns und von allen gewerkschaftlichen Organisationen einmütig als völlig unzureichend gekennzeichnet wurde, blieben die berichtigten Achtstündigen Wechselschichten bestehen, ja, die im Entwurf festgelegte Höchstgrenze von 24 Stunden wurde sogar in der fertigen Verordnung wieder fallen gelassen. Es soll eine Mindestruhezeit zwischen zwei Schichten von acht Stunden gewährt werden, so daß also eine — 16stündige Ausbeutungsmöglichkeit diebstl! Sechzehn Stunden bei der müderischen Arbeit in afrikanischer Hitze an Walzen und Oefen! Die Pausen während der Schicht müssen zwei Stunden betragen, wovon eine Stunde als Hauptmittagspause in Betracht zu kommen hat, die innerhalb bestimmter Stunden fallen muß. Wenn aber im Betrieb viele kleine Pausen vorkommen, auch unter einer Viertelstunde, so kann seitens der höheren Verwaltungsbehörde die Anrechnung und Summierung solcher kleinen Pausen gestattet werden, indes muß dann die Hauptmittagspause doch — eine halbe Stunde betragen. Weiter müssen die geleisteten Ueberstunden in ein Verzeichnis eingetragen werden, das der Behörde zur Einsichtnahme zur Verfügung steht.

Als die sozialdemokratische Presse dergelt das dürftige Ergebnis der „Schutz“verordnung scharf unter die Lupe nahm, wiesen andere Blätter darauf hin, daß nach den vom Minister erlassenen Ausführungsbestimmungen der eigentliche Schutz erst nach kommen solle. Die Verordnung solle vor allem über den Umfang der Ueberstunden und Ueberlohnung Material sammeln, auf dem dann weitergebaut werden könne. Das waren Verlegenheitsausflüchte.

Ueber die Handhabung der Verordnung selbst sind auch noch von den Arbeitern mancherlei Beschwerden gekommen. Anstatt eine Verbesserung des Arbeiterlofes zu bringen, wurde die Verordnung zum Anlaß genommen, um die Wut an den Arbeitern auszulassen und ihnen Lohnherabsetzungen aufzuzwingen. Wenn die Arbeiter gegen solche willkürliche Maßnahmen protestierten, wurde ihnen erklärt, das hätten sie „der Sozialdemokratie zu verdanken“. Es waren das freilich vollkommen untaugliche Mittel, auf diese Art die Arbeiter gegen die Sozialdemokratie aufzuheben, insbesondere die Redensart ja ein Lob wider Willen enthielt.

Jetzt ist noch kein Jahr im Land gegangen und mit allen Mitteln versuchen die Hüttenherren, die Schutzverordnung wieder umzuwenden oder doch ihre Wirkungen vollends aufzuheben. Im Herbst waren es die Unternehmerzeitungen, so die „Post“, die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ die Zeitschrift „Stahl und Eisen“, welche die Stundversuche des Hüttenkapitals anfündigten. Am

23. November 1909 fand eine Generalversammlung des „Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ statt, die hauptsächlich sich mit der Schutzverordnung beschäftigte und alle möglichen Schwereigkeiten bei der Durchführung der Schutzbestimmungen herausfand. Der „Kain der Industrie“ — wie so oft — wurde in Aussicht gestellt. Auch die Arbeiter sogar wurden von Gefährten zu Leidtragenden und Beschädigten gestempelt — nach alten Mustern. Vor kurzem veröffentlichte nun der „Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ im Heft 4 der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ den Text einer handwurmlangen Eingabe an den Minister, worin die Stundversuche auf die Schutzverordnung für die Arbeiter der Großhüttenindustrie mit allen denkbaren Mitteln fortgesetzt werden. Bei der Wichtigkeit der Sache für die Arbeiter wollen wir in dem zweiten Teil unseres Artikels die in der Eingabe beigebrachten Argumente prüfen.

II.

Zwei Momente machen den Hüttenherren vor allem Sorge. Quers das Verzeichnis der Ueberstunden und Ueberlohnung. Früher hieß es zwar aus dem Munde der Unternehmer, daß in den Werken alles zum besten bestellt sei und daß die Herren eine amtliche Untersuchung der Hüttenarbeiterverhältnisse „nicht zu scheuen“ brauchten. Nun scheint die Herren doch schon ein Grauen zu beschleichen, wenn sie an die Tatsache denken, daß das Verzeichnis der Ueberstunden später dem Reichstoge unterbreitet wird. Der fluge Mann baut also vor. Aber recht unterworfen originell ist das Mittel, das dem Kapital zur Herabminderung der Mehrarbeit dienen soll.

Am 10. Dezember 1908 wurde die Hüttenarbeiterchutzverordnung bekannt gemacht. Am 10. Januar 1909 folgten die Ausführungsbestimmungen. In diesen hieß es bezüglich der Ueberarbeit:

„Als Ueberarbeit im Sinne dieser Bestimmungen gilt jede Ueberleistung der durch die Arbeitsordnung gemäß § 134 b, Absatz 1, Nummer 1 der Gewerbeordnung festgelegten Arbeitszeit und jede Sonntagsarbeit, die nicht einen Bestandteil der regelmäßigen Wechselschichten bildet.“

Demnach wird also die 24stündige Wechselschicht in dem Verzeichnis gar nicht als Ueberarbeit gebucht, trotzdem durch diese Einrichtung die betreffenden Arbeiter genau so viel Schichten verfahren, als Tage in der Woche, im Monat oder im Jahre vorhanden sind. Bitter nothenwendig wäre es gewesen, für diese Arbeiter einen Erfahrungssatz in der Woche zuzugewähren. Aber das Sehnen der Hüttenunternehmer geht nach ganz anderer Richtung. Sie wollen Ueberarbeit wie bisher, aber ins Verzeichnis soll nur ein Teil derselben eingetragen werden. Verlangt wird dies auf Grund willkürlicher Konstruktionen. So soll nur solche Mehrarbeit als „Ueberarbeit“ gelten, die sich an eine geleistete Vollschieft von 12 Stunden direkt anschließt. Wenn also ein Arbeiter (ausschließlich der Wechselschichten) des Sonntags von früh 6 bis abends 6 Uhr arbeitet, so soll das nicht als Ueberarbeit gelten!

Man beachte wohl: 12 Stunden hindurch können die Arbeiter tag um Tag im Werk behalten werden, da nur eine Maximalruhezeit von 8 Stunden durch die „Schutzverordnung“ verlangt wird, und wenn dann der Arbeiter auch noch am Sonntag den halben oder ganzen Tag arbeiten soll, dann wollen die Hüttenunternehmer es noch nicht einmal als Ueberarbeit ansehen und demgemäß nicht in die Kontrolllisten eintragen. Dabei sollte doch als ganz selbstverständlich gelten, daß alle Arbeit, die die 12 Stundenschicht überschreitet, auch als Mehr- oder Ueberarbeit angesehen und gebucht wird.

Wer mit den idyllischen Verhältnissen in Walz- und Hüttenwerken bekannt ist, wird ja die Besorgnis der Unternehmer bezüglich der Ueberstundenlisten verstehen. Das Ergebnis der Untersuchung deckt sich so gar nicht mit den früheren Angaben der Unternehmer und ihrer parlamentarischen und journalistischen Helfer und Werkzeuge.

Infolgedessen (der angeblich irrtümlichen Bezeichnung aller Mehrarbeit als Ueberarbeit), so heißt es in der Eingabe des Industriellenvereins an den Minister, „werden später in der dem Reichstoge zu unterbreitenden Denkschrift unrichtige, und zwar zu hohe Zahlen der Ueberstunden in diesen Betrieben erscheinen, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen.“

Den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen die Angaben schon; eher könnte verlangt werden, daß auch die Wechselschicht am Sonntag, die 24 Stunden dauert, da ja keine Ersparniszeit gewährt wird, als Ueberarbeit verzeichnet wird. Aber die Unternehmer wollen durch ihre famosen Konstruktionen die Zustände in den Walz- und Hüttenwerken als weniger schlimm erscheinen lassen als sie tatsächlich sind und dementsprechend auch die Ueberstundenlisten „regulieren“, um einer ungünstigen Reichstagskritik möglichst vorzubeugen!

Das ist des Pudels Kern, und dazu soll die Regierung helfen. Die Regierung soll der gefürchteten Formulierung der Unternehmer zustimmen und dementsprechend die Ausführungsbestimmungen ändern, damit weniger Ueberarbeit gebucht wird als tatsächlich vorkommt.

Zum zweiten verlangen die Unternehmer allgemein die Ausnahme zur Regel postuliert, insoweit sogenannte „natürliche“ Pausen auch unter einer Viertelstunde auf die Gesamtpause angerechnet werden können. Gleichweise soll die Höchstpause nur eine halbe Stunde betragen dürfen anstatt einer Stunde. In der Schutzverordnung selbst sind diese Fälle nur als Ausnahme vorgesehen, während als Regel die Hauptpause mindestens eine Stunde betragen soll und Pausen von weniger als einer Viertelstunde nicht zur Anrechnung kommen sollen.

Die Eingabe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller befaßt sich darüber, daß angeblich nur drei Regierungspräsidenten (Weistalen ? Kob.) die Ausnahmen bezüglich der Pausen den Unternehmern zugestanden haben, und verlangt vom Minister, daß in allen Bezirken die für die Kapitalisten günstigere Handhabung angeordnet werde. Die ungleichmäßige Ausführung der Pausenbestimmungen richte unter den Arbeitern der verschiedenen Werke Verwirrung an, beeinträchtigt die technische Sicherheit der Betriebe, habe unter Umständen Gefahren für Gesundheit und Leben der Arbeiter im Gefolge und schädige „somit“ nicht allein die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber, sondern auch die der Arbeitnehmer sehr erheblich.

Das ist so eine recht alte, abgelesene Melodie, die mit solchen Tönen angestimmt wird. Den Schluß schlägt man und den Fiel meint man. Die Arbeiter schiebt man vor, wenn die Profitsumme in Gefahr ist. Wenn die Schutzverordnung bereit verschieden gehandhabt wird, so ist allerdings eine einheitliche Judikatur angebracht, die aber keineswegs durch eine allgemeine Verschlechterung der Schutzwirkungen herbeigeführt werden darf. Vielmehr ist aus energischer zu verlangen, daß die Regierung auch den drei in Betracht kommenden Regierungspräsidenten eine fangemäße Ausführung der Verordnung aufträgt. Die Mindestpause von einer Stunde wird man doch wahrhaftig den schwer schuftenden Walzwerks- und Hüttenarbeitern nicht dauernd vorenthalten wollen.

Nun holen ja die Unternehmer alle nur denkbaren Gründe, und seien sie noch so fadenscheinig, heranzuholen, um bei der heutigen Handhabung der Verordnung alle möglichen Verfahren zu entdecken. Trotzdem muß die Denkschrift mit süßaurer Miene zugeben, daß verschiedene Betriebe „treuhändig“ die einstündige Mittagspause eingeführt haben. Aber da konstruiert die Eingabe wieder einen völlig unmotivierten „großen Unterschied“ zwischen der „freiwilligen“ Mittagspause und der zwingungsweise eingeführten. Kein vernünftiger Mensch wird die Gründe anerkennen.

Der Schluß der Eingabe der Werksbesitzer richtet sich gegen die Achtstundenschicht, die unmöglich eingeführt sei. Das ganze Rationalisiermöggen soll in Gefahr geraten, wenn in den Gewer-

betrieben der Walzwerke die Achtstundenschicht eingeführt wird. Auch wenn andere Länder, Belgien, Frankreich, England, Amerika, die Achtstundenschicht eingeführt hätten, könnten es die deutschen Unternehmer immer noch nicht!

So sucht die Eingabe alle Tore fest zu verschließen, wo nur irgendwie der Hebel zur Durchführung eines besseren Hüttenarbeiter-schutzes angelegt werden könnte.

Dabei ist ja gut bekannt, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit keineswegs eine Einschränkung der Arbeitsleistung im Gefolge haben muß. Die Unternehmer würden auch im eigenen Interesse einer weiteren Herabsetzung allgemein schon zustimmen, wenn sie nicht die ideellen Vorteile für die Arbeiter fürchteten. Unter anderen gab ja auch der bekannte Jalousiefabrikant Freese offen zu, daß er den Achtstundentag aus nichterner Berechnung eingeführt hat und sich gut dabei ficht. Da ja auch einmal vor Jahren ein Fabrikinspektor einen Fall berichtet, wo der Direktor eines großen Hüttenwerkes das Dreischichtsystem und die Achtstundenschicht in dem Werk eingeführt hatte. Das Werk stand sich gut dabei, die Profite waren nicht gefallen. Dem Direktor wurde aber aufgegeben, die Achtstundenschicht trotzdem wieder abzuschaffen, da man dem Streben der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit keinen Vorstoß leisten dürfe. So stehen die Dinge in Wirklichkeit.

Kaist ein halb Dutzendmal versucht die Eingabe, mit der Sozialdemokratie granlich zu machen. Die Pausen sollen von den Gewerkschaften nicht zum Schutz der Arbeiter, sondern aus tatsächlichen Gründen gefordert werden, damit die während der Pausen entstehenden größeren Ansammlungen der Arbeiter zur Agitation ausgeutzt werden können! Wahrscheinlich, es muß eine saule Sache sein, die so bereidigt wird.

Auch wird dem Minister der kapitalistische Idealarbeiter vor die Füße geschleppt, der bestraft werden mußte, weil die unglücklichen Unternehmer den Mann nicht mehr so lange arbeiten lassen durften. Es ist wirklich rührend zu lesen:

„Einzelne Werke haben gerade in dem letzten Punkte schon dadurch sehr unangenehme Erfahrungen machen müssen, daß sie gezwungen waren, die Leute zu bestrafen, die trotz mehrfacher Warnung immer wieder zu früh kamen und überhaupt nicht einsahen, warum sie so lange von der Arbeit wegbleiben sollten.“

Genug von dem Frei.

Die Hüttenleute wissen, woran sie sind. Die Verhandlungen über den Feschen-Zwangsnachweis haben ein inniges Verhältnis zwischen Regierung und Großkapital enthüllt. Wird die Regierung auch den Hüttenherren erneut nachgeben und sich mit der brutalsten Kapitalistengruppe offen verstimmt und verärgert zeigen?

Die Hüttenarbeiter werden zu zeigen haben, da die Furcht vor einem sozialen Klassenkampf keinen genügenden Druck auf Kapital und Regierung ausüben kann, daß sie gewillt sind, mehr wie bisher geschlossen in den Reihen der sozialdemokratischen Klassenkämpfer zu arbeiten und sich einen genügenden Schutz zu erkämpfen.

Mit den Bergleuten zusammen bilden die Hüttenarbeiter eine der wichtigsten Industriegruppen, die erst die Vorbedingung aller weiteren industriellen Verdichtung ist. Um so nothenwendiger ist, daß das elende bishigen Verordnungsstück den Hüttenflawen gesichert bleibt und erweitert wird. Rimmermehr aber darf es dem Großkapital gelingen, aus unmenschlicher Goldgier die ersten Ansätze zu einem Schutz jetzt schon wieder brutal zu zertrampeln.

Aus der Frauenbewegung.

Gleichberechtigung!

Gleichberechtigung dem weiblichen Geschlecht! Weiblich, im Prinzip ist sie anerkannt. Kaum ein Genosse wird sie grundsätzlich bekämpfen. In der Theorie findet sie keinen Widerspruch. Sie gehört ja auch zu unseren programmatischen Forderungen. Das findet sogar im Organisationsstatut Berücksichtigung. In unserer Organisation dürfte man gar keine Unterscheidung machen, den Frauen nicht als solche gewisse Rechte extra zuerkennen. Ganz streng nach der Theorie ist das richtig! Aber aus der Praxis weiß man doch: ohne die ausdrückliche Bestimmung, daß den Vorstandskörpern auch Frauen angehören müssen, würde man es im allgemeinen bei dem alten, nach den früheren vereinigungsrechtlichen Bestimmungen gebotenen Modus belassen, nur männlichen Genossen Aemter als Parteifunktionäre übertragen! Und es muß auch anerkannt werden, daß die noch stark zurückgebliebene Schulung der Frau vielfach ein Hindernis bildet, sie mit Vertrauensämtern in der Partei zu betrauen. Das ist ein Ranko, das mit der Zeit ausgemergelt wird. Der angeführte Umstand erklärt, warum in der Organisation die Gleichberechtigung der Geschlechter noch nicht voll in die Erscheinung tritt. Eine nicht berechtigte Verletzung des Prinzips der Gleichberechtigung kann man aber nach vielfach im privaten Leben konstatieren. Mancher Genosse, dem es gar nicht in den Sinn kommt, die programmatische Forderung der Gleichberechtigung angzugreifen, der für diese vielleicht mit Wärme und Ueberzeugung eintritt, vergißt das, sobald er sich als Privatmann und Familienoberhaupt fühlt. Da steht er noch in den bürgerlichen Vorurteilen und kapitalistischen Ueberlieferungen. Er betrachtet nach alter, heber, bequem Gewohnheit die Frau als seine Dienerin, die in ihm den Herrn respektieren soll, von der er Gehoriam verlangt. Mit kühler Gelassenheit, oder auch in stolzer Ueberhebung spricht er es aus: „Ja ernähre meine Frau! Und weil er so fühlt und denkt, glaubt er, sie müsse willenlos sich allen seinen Launen und Wünschen fügen, seine körperliche und geistige Sklavine sein. Er denkt nicht daran, daß seine Voraussetzungen falsch sind und darum auch seine insinuitiven Schlußfolgerungen. Es ist nicht wahr, daß der Mann die Frau ernähre. Die proletarische Hausfrau und Mutter ernährt sich selbst! Oder ist etwa die Hausarbeit, die sie leistet, die Versorgung der Wirtschaft, die Erziehung der Kinder gar nichts wert? Sei nur einiger Ueberlegung muß sich jeder Mann und Vater sagen: speziell die Kindererziehung und Erziehung ist die allerwichtigste Arbeit! Der Mann bezahlt sie nur nicht als Lohnarbeit, wie seine Tätigkeit vom Unternehmer entlohnt wird. Dieser Umstand läßt in den Köpfen vieler Arbeiter, die über das Verhältnis von Lohn und Arbeit nicht nachdenken, die Meinung bestehen, sie seien in Wirklichkeit die Ernährer ihrer Frauen. Ja, solche Ansicht ist so stark geworden, daß manche Männer die Vorstellung von der Sklavinnenrolle der Frau selbst dann noch nicht überwinden können, wenn sie neben ihrer Hausarbeit auch noch eine gewerbliche Tätigkeit ausübt und der tiefgewurzeltsten Mißachtung der weiblichen Arbeit resultiert die Ueberhebung, die das Weib zur Dienerin des Mannes stempelt und aus der heraus es so schwer wird, die theoretisch abgeleitete Forderung der Gleichberechtigung nicht nur im politischen, sondern auch im privaten Leben praktisch zu betätigen. Der Parteigenosse aber muß sich frei machen von der rückständigen Spieghelauffassung, der Mann sei der von Natur aus bestimmte Gebieter des Weibes. Die theoretisch anerkannte Gleichberechtigung darf in der Praxis nirgends verneint werden.

Besondere.

Charlottenburg, Mittwoch, den 30. März, abends 8 Uhr, im „Goldhaufe“.

Sozialdemokrat. Wahlverein Adlershof.
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bauarbeiter **Wilhelm Nelte** Hoffmannstr. 15 nach schweren Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 29/14 Der Vorstand.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Zweigverein Berlin u. Umgegend. (Bezirk Adlershof/Alt-Glienicker).
 Am Sonntag, den 27. März, verstarb unser langjähriger Kollege **Wilhelm Nelte**.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Adlershof aus statt. 29/11 Um recht rege Beteiligung ersucht. Der Zweigvereinsvorstand.

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede und verwandten Gewerbe Deutschlands.
 Berlin 4.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Franz Kopischke** am Donnerstag, den 24. März, verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung. 14/25

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **Gottfried Joost** am 27. März im Alter von 59 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. d. Mts., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle der Friedrichshagenener Friedhofes aus statt. 67/20 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drehturmsarbeiter **Ernst Stöckel** am 19. März im Alter von 23 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung hat bereits stattgefunden. 68/1 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Jahrgangsjährer **Franz Töpfer** am 10. März im Alter von 53 Jahren verstorben ist. 68/2 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung hat bereits stattgefunden. Die Bezirksverwaltung.

Gesangverein Kaiserscher Männerchor.
 Am Sonnabend, den 26. d. M., verstarb unser Gesangsbruder **Karl Marzillier**.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedrichshagenener Friedhofes, Doppel-Weg, aus statt. 14/25
Der Vorstand.
 Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Firma Franz Morgan und den Herren des Stammschiffes Solander sagen wir für die rege Beteiligung und reichen Kränzpenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, Großvaters, Schwiegervaters und Bruders unseren herzlichsten Dank. Im Namen 14/15 der trauernden Hinterbliebenen **Emil Hirschberg und Frau.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 28. März plötzlich mein lieber Mann, unser treuer, sorgender Vater, Sohn, Bruder, Schwager u. Onkel, der Steinmetz **Otto Loepke** Janst entschloffen ist. 14/25 Um stille Teilnahme bitten **Die trauernde Wittwe Marie Loepke und Kinder.**
 Die Beerdigung findet Donnerstags nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Nordost-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Zentral-Verband der Steinarbeiter.
 Filiale Berlin.
 Am 28. März starb unser Kollege **Otto Löpke** im Alter von 33 Jahren an Gehirnschlag.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nordost-Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 171/5 Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Artistenverein „Einigkeit“.
 Den Mitgliedern sowie allen Freunden und Bekannten des Vereins die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied und Kassierer, Herr **Otto Löpke** am 28. März 1910 nach kurzem schmerzlichen Krankenlager verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nordost-Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.
 Ehre seinem Andenken!

Am Sonnabend, den 26. März, entfiel nach kurzem Leiden mein innigstgeliebter Mann **Karl Marzillier** im 51. Lebensjahre.
 Dies zeigt tiefbetrübt an **Auguste Marzillier** geb. Marschall Kleinstr. 4.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshagenener Gemeindefriedhofes, Doppel-Weg, aus statt.

Am 28. März, nachts 3 1/2 Uhr, wurde mir meine innigstgeliebte Frau und meine herzensgute Mutter **Hedwig Barth** geb. Schmidt im Alter von 88 Jahren plötzlich durch den Tod entzissen.
 Um stille Teilnahme bitten **Paul Barth** nebst Tochter Tempelhof, Vornstr. 8a.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, auf dem Gemeindefriedhofe zu Tempelhof statt. 14/25

Dankfagung.
 Für die liebevolle Teilnahme und zahlreichen Kränzpenden bei dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels **Emil Königsberg** sagen wir auf diesem Wege allen Verwandten und Bekannten, seinen Freunden, dem Personal der Schriftgießerei B. Woelfmer, dem Verein der Schriftgießerei-Arbeiter und -Arbeiterinnen, der Schriftgießerei-Bereinigungen Berlin* und seinen sämtlichen Kollegen unseren tiefgefühltesten und aufrichtigsten Dank. Insbesondere aber sagen wir dem treuen Freunde des lieben Toten, Herrn Willi Schmidt, unseren innigsten Dank. Die aufrichtigste Liebe und Hingebung, mit welcher er stets um den teuren Entschlafenen im Leben sowie nach dessen Tode besorgt war, wird und allen unvergänglich bleiben. 14/25
Familie Königsberg.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die überaus reichen Kränzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Verwandten und Bekannten, besonders dem Vorstand sowie den Beamten der Orts-Krankenkasse der Maschinenbauarbeiter, dem Verband der Bureauangestellten und dem Gesangsverein „Heideröhlen“ unseren herzlichsten Dank. 49/12
Witwe Luise Marggraf und Kinder.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die zahlreichen Kränzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unser guten Mutter **Anna Musius** sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Kollegen unseren innigsten Dank.
Fritz Musius nebst Kindern.
Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 6-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitnachsicht: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1233. Charlostr. 2. Hof III. Amt 3, 1987
Donnerstag, den 31. März 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 der **Schwarzblechschlosser und Zeugschmiede** im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 8.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über den Verlauf der Tarifbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Donnerstag, den 31. März 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
 der **Elektromonteuere und Helfer Berlins und Umgegend** im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 7.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Prieferer. 2. Diskussion. 3. Bericht der Branchenkommission. 4. Neuwahl des Branchenleiters und der Kommission.
 Mitgliedsbuch legitimiert. 113/13
 Zahlreiche Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Charlottenburg.)
Donnerstag, den 31. März 1910, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Beratung der Anträge zum Gattage. 2. Aufstellung des Kandidaten zum Verbandstage. 3. Verhandlungsgegenstände. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Die Ortsverwaltung. 81/5

Zentralverband der Zimmerer.
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Donnerstag, den 31. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (Saal I):
Zahlstellen-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht von der Berliner Gewerkschaftskommission. 2. Die Tariffrage und unsere weitere Stellungnahme.
 Vollzähliges Erscheinen der Delegierten und Funktionäre ist Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. 254/9

Konsum-Verein Charlottenburg u. Umgegend.
 Eing. G. m. b. H.
Donnerstag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause (kleiner Saal), Rosinenstr. 3:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über den Stand der Verschmelzungsfrage mit dem Berliner Verein. 104/6
 2. Beschlussfassung über die Liquidation des Vereins. Siehe G 32 des Statuts.
 3. Halbjahresbericht.
 4. Ergänzungswahlen zum Vorstand und Kassiererrat.
 Zur Wahl stehen vom Vorstand der Geschäftsführer Genosse Winter, vom Kassiererrat die Genossen Giese, Griefe, Hadrach, Flemming und Ledahl.
 5. Anträge der Verwaltung. (Diejenigen Mitglieder von 1900-1909, welche ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, auszuscheiden.)
 6. Anträge der Mitglieder. (Dieselben müssen 6 Tage vor der Versammlung in Händen der Verwaltung sein.)
 Der Eintritt sowie die Abstimmung kann nur durch Vorzeigen der Legitimationskarte gestattet werden.
 Der wichtigen Tagesordnung halber ist ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.
 Der Vorstand: H. Winter. Der Kassiererrat: Otto Gierch.

Steinarbeiter.
Donnerstag, den 31. März, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58:
Mitglieder-Versammlung
 der Sektion I. (Bau- und Grabsteinbranche.)
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Kein Kollege darf fehlen. Die Ortsverwaltung. 171/6

Kufek Tausendfach bewährte Nahrung bei: Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.
 -Kindernahrung
 -Krankenkost
 Eintrotten sind:
Muster-Coupons u. Reste für **Anzüge, Paletots, Kostime** usw. direkt aus der Fabrik. **Enorm billig! Meter 2,-, 3,-, 4,-, 5,- Mark.** Nur Saison-Neuheiten!
Spezialhaus moderner Herren- und Damenstoffe. Koch & Seeland Gesellschaft m. b. H. **BERLIN C., Roßstraße 2, Sonntags geöffnet.**
 Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. **H. & P. Uder,** Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

Orts-Krankenkasse der Schuhmacher zu Berlin.
General-Versammlung der Vertreter am Mittwoch, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Weeberstraße 17. Tages-Ordnung:
 1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1909. 2. Statutenänderungen. 3. Verschiedene Angelegenheiten. Berlin, den 29. März 1910. 14/25 A. Bendig, Vorsitzender.

Westmanns Trauermagazin
 Extra-Abteilung
 I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
 II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt-Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
 Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
 Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Kochen Sie **Schellfisch** 15 Minuten in Salzwasser, geben Sie dazu Soßsauce, Senfbutter oder braune Butter.
 Unsere Dampferflotte brachte große Fänge **Seefische** in hervorragender schöner Qualität an. Daher von heute ab **billige Preise!**
 ff. fetten Kabeljau . . . im Anschnitt p. Pfund 20 Pf.
 „ „ Seelachs . . . „ „ „ 20 „
 „ „ Schellfisch . . . „ „ „ 30 „
 „ „ Bratfisch . . . „ „ „ 30 „
Deutsche Dampffischereigesellschaft „Nordsee“
 Größte Hochseefischerei Deutschlands
 Hauptgeschäft: Berlin C. (Bahnhof Börse) Tel. Amt III 8804 sowie bekannte Verkaufsstellen. „ „ „ 2784
 Schnelden Sie **Kabeljau** in Scheiben, salzen Sie, garmieren Sie mit Ei und geriebener Semmel, braten Sie in Fett. **Seelachs** wird zubereitet wie Kabeljau und Schellfisch schmeckt auch besonders gut in Bier gekocht. : : : : :

Würzburger Hühneraugenmittel
 von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. inbilden Gansgetraut.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
 In Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Groß-Apothek, Bernauerstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8*

Fruchtweine
 kräftig und abgelagert sind billiger, wohlschmeckender und nahrhafter als **Branntwein!**
 Johannbeerwein, herb und süß . . . 1/2 Flasche 60 Pf.
 Heidelbeerwein, herb und süß . . . 1/2 „ 35 „
 Stachelbeerwein, süß . . . 1/2 „ 35 „
 Himbeerwein, süß . . . 1/2 „ 35 „
 Kirschenwein, süß . . . 1/2 Flasche 70 Pf.
 Brombeerwein, süß . . . 1/2 „ 40 „
 Erdbeerwein, süß . . . 1/2 „ 40 „
 Za haben in allen Geschäften, welche unsere Waren führen!
Fruchtweine
 sind für Schankwirte zum Ausschänken aus dem Fasse sehr vorteilhaft; Schankwirte und Wiederverkäufer erhalten bedeutende Preisermäßigung.
Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.
 Berlin N., Watt-Str. 11/12. 4098L*

Torpedo-Schreibmaschinen,
 Modell 3, verkaufe ich zu billigem Preise mit voller Garantie, da Modell 4 herausgekommen. Vorfahrung kostenlos. **Franz Kaiser, Mohrenstraße 22/23.**

Kautabake
Grimm & Triepel, Nordhausen
 stets zu haben bei **Max Ziegenhals, BERLIN NO., Neue Königstr. 70**
 Wöchentlich frische Sendungen.

Sofort zu vermieten: 4438L*
Tegel, Bahnhof-Str. 17-18
 2 Zimmer u. Küche. Preis 330 M.
 Reinickendorf, Schweizer-Viertel, im neuen Zentrum, in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelegene billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhause, mit auch ohne Bad, Balkon usw. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Büchinger Straße, Müll-Str., Holländer- und Thuner Straße

Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker
 und verwandten Gewerbe zu Berlin.
 Vom 4. April d. J. ab befindet sich das Kassenslokal **Rosenthaler Straße 40-41**
 „Hackescher Hof“
 2. Hof, Aufgang 5, 1 Treppe.
 Am 1. und 2. April bleibt das Kassenslokal des Umzugs wegen geschlossen. 272/11*
 Berlin, den 29. März 1910.
 Der Vorstand.

Verkaufsstelle von 39/1
Sancta Manzara
Medizinal-Kraft-Rotwein
 zu Originalpreisen bei **Willy Kerker**
 Kolonialwaren- und Weinhandlung **Berlin NW., Rathenower Str. 31.**
 Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon **Anzug od. Paletot** nach Maß, schick. dazw. Zutaten, von 20 Mark an. **Moritz Laband,** Neue Promenade, II (Stadt-Börse).

Wichtig für
jede Hausfrau!

Ozonit

aus der Fabrik von
Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan)
modernstes Waschmittel
(Prof. Giessler's Patent)
gibt nach halbstündigem Kochen
blendend weisse Wäsche.
Garantiert frei von Chlor und
allen schädlichen Bestandteilen.
Ein Versuch überzeugt
Zu haben in den einschlägigen Geschäften



1/2 lb
35 Pfg.

1/2 lb
65 Pfg.

Engelhardt

Caramel-Bier

Alkoholfreies
Spezialbier.

Aerolisch empfohlen für
Nervöse, Bleichsüchtige,
nährnde Mütter etc. etc.

Preis pro Flasche 10 Pfg.
Überall käuflich.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.
BERLIN-PANKOW.
Grösste Malzbierbrauerei Deutschlands.

Partei-Expeditionen:

- Zentrum: Albert Jahnsch, Auguststr. 50, Eingang Kochlinstraße.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Rindbachstr. 14, Koch-
partier.
Süden und Südwesten: Hermann Berner,
Gnellenauerstr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Brinzenstr. 81, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 120.
— Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15
(Laden).
5. Wahlkreis: Leo Rucht, Hummerstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders,
Selmsfelderstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Reiche, Nazaretkirchstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm
Baumann, Bernauerstr. 9, vorn part.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Lehmannstr. 123.
Adlershof: Karl Schwarze, Postmannstr. 9.
Alt-Glennicke: Wilhelm Dürre, Rudowstr. 83 II.
Baumschulenweg: D. Hornig, Parkenballestr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schön-
brück: Heinrich Prose, Hohenstr. 74, part.
Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Laus, Bohnsdorf, Ge-
nosenschulhaus "Paradies".
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seidenhellerstraße 1, Ecke
Goethestraße, Laden.
Eichwalde, Zeuthen, Hiersdorf und Hankels Ablage:
Oskar Kahl, Eichwalde, Stukenrathstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen, Chauffee.
Friedersdorf-Petershagen: G. Hölzbarth, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernsee, Schloßstr. 119.
Hof I, in Steglitz, Beteiligungen nehmen entgegen in Steglitz:
D. Mohr, Dippelstr. 22, und Fr. Schellhase, Hornstr. 15a.
Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Friedrichstr. 67.
Grünau: Franz Klein, Schloßstr. 6 III.
Johannisthal: Friede, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Käfer, Köpcke, 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
Köpenick: Emil Wihler, Riekerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto
Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Mahlsdorf,
Halberstr. 14.
Mariendorf: August Leip, Chauffee, 206, Hof.
Marienfelde: Emil Brinert, Dorfstr. 14.
Nieder-Schöneweide: Max Friede, Strikerstr. 14 II.
Nowawes: Wilhelm Rapp, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: August Henjes, Laufenerstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Röhlen-
straße 20.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:
F. Garth, Kamekestr. 12, I.
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosentanz, III-Boxhagen 56.
Schmargendorf: Gustav Raminshy, Eunostraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.
Tegel, Bornigwalde, Wittenau, Waldmannslust,
Hermisdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast,
Bornigwalde, Rindstr. 10.
Teltow: Wilhelm Dönau, Teltow, Besenborster Str. 4.
Tempelhof: Albert Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 20.
Tropow: Rob. Gramenz, Hiesholzstraße 412, Laden.
Weißensee: A. Fuhrmann, Sedanstr. 105, partier.
Wilmerdorf-Halensee: Paul Schuberl, Wilhelmshaus 26,
Hof partier.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden.

Auch die allerschärfste
Kritik muß zu-
geben, daß
**JOSETTI
VERA**
Cigaretten
in allen Merk-
malen, die Eigen-
schaften feinsten
Qualität sind, nicht
übertroffen
werden können.

Joseetti-Vera-Cigaretten
m. u. o. M.
10 St. 30 Pfg.

Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Kosten beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in
feinsten Werkstätten (teils auf Seide) gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebraucht.
Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, sabelhaft billig. Außerdem
Herren-Valolets . . . 8 12 14 18 M. | Gehrock-Anzüge . . . 14 18 22 26 M.
Jacket-Anzüge . . . 10 12 16 20 M. | Herren-Hosen . . . 3 4 5-7 M.
Hoch-Anzüge . . . 12 16 18 20 M. | Jacketts, Fracks, Smoking's etc.

J. WAND, Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der
Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Chauffee, 89.
III. Geschäft: Brunnenstraße 179.

Persil

gibt blendend weisse Wäsche, ersetzt
die Rasenbleiche und spart Zeit,
Arbeit und Geld! Alleinnige Fabrikanten:
Henkel & Co., Düsseldorf,
sucht der seit 34 Jahren weltbekanntem

Henkel's Bleich-Soda

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstr. 11.

Sparen Sie nicht

beim Zahnen ihres Kindes an dem Erstlich
als völlig unschädlich empfohlenen Wehninde-
Zahn-Balsam, sonst haben Sie

unruhige Tage und Nächte

und das Kind große Schmerzen.

Wehninde - Zahn - Balsam

beruhigt und beseitigt sofort die Schmerzen.
In tausenden Fällen bewährt. 1 Flasche M. 1,-.
Für Flaschenkinder verwende man außerdem

Wehninde-Kindernahrung

Zu haben in fast allen Apotheken und besseren
Drogerien. Ausführlichen Prospekt daselbst
oder durch die Fabrik chem. Spezial-
itäten Adolf Kirch, Bonn, kostenlos.

Größtes
Spezial-Geschäft
sämtlicher
**Gastwirts-
Artikel.**
E. Katz & Co.,
Spandauer Str. 45, a. Molkenmarkt
Filialen:
Rixdorf, Bergstr. 65, a. Bahnhof.
Brandenburg a. H.,
Hauptstr. 69/60.

Reste

Damentische, schwarz und
farbig, Costamen-Stoffe, neueste
Muster. Tricot-Stoffe, Seiden-
Plüsch, Sammet,
Seide etc.

Confection

Paletots,
Jacketts, Staub-
mäntel, Costumes und Costum-
röcke in grosser Auswahl.

C. Pelz,

Kottbuserstr. 5.

Soeben erschienen:

Die Finanzgeschichte

des
Deutschen Reiches.

Von Emanuel Wurm.
Zweite Auflage. — Preis 1 Mark.
Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW.,
Lindenstraße 60 (Laden).

Pumpen

aller Art
für Abessinler-
u. Kesselbrunnen,
Jauchepumpen
usw. in bester Aus-
führung zu den
billigsten Preisen.
Kataloge gratis.

Paul Gries,
Berlin SO. 16,
Küpenicker Straße 44.

Obstbaum- u. Hochwald- Parzellen,

bietet an der Chaussee und Bahnhof
gelegene, 13375

Nassenheide (Nordbahn)

von 300 Mark an inkl. Janu.
Ein täglich zu den Bäumen ab
Stettiner Bahnhof 10.44 und 12.40
dort zu treffen. Fahrzeit 1/2 Stunden.

Besitzer **G. Wolf,**
Oranienburg, Berliner Str. 52a.

Herren-Moden Teilzahlung.

Lieferer vornehmste Herren-
kleidung, fertig u. nach Maß.
— Bequeme Zahlweise —
monatl. 10.00, viertelj. 25.00.
Großes Stofflager.
Schneiderei Goldstein
Yorkstr. 51, geg. 1892.

Steppdecken

nur eigene Fabrikation
im Hause. Einzelerf. an
Preisatz zu Fabrikpreisen.
Bernhard Strohmendel,*
Berlin, 72, Wallstr. 72,
wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet
werden. — Muster. Preis-Katalog gratis.

MANOLI

ÜBERALL

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zins-
vergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-
fabrik unter 10jähriger Garantie

A. Schulz, Reichenberger
Straße 5.

Möbel-Halle Harry Goldschmidt

Ecke Stallchreiber- Berlin S., Moritzplatz 59 Ecke Stallchreiber-
Straße. Straße.

Bekannt für beste, gediegenste Arbeit!

Auf Kredit!

Kulanteste Zahlungsbedingungen!

Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 30. März, abends 9 Uhr, findet im Lokale Bismarck, Friedrichstr. 112, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: 2. Bericht von der Generalversammlung; 3. Stellungnahme zum Internationalen Kongress; 4. Diskussion; 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Diebstahl. Heute abend findet bei Gustav Berlin gemeinsamer Zahlabend statt.

Berliner Nachrichten.

Grüne Oestern

brachten uns erfreulicherweise die Feiertage, mit ein paar erträglichen Regentropfen zum Schluß. Die Frühlingssonne meinte es aber noch nicht allzu gut. Nur am ersten Feiertage brach sie auf kurze Viertelstunden schwächer durch, ohne recht zu wärmen, und am Abend standen schwere, schwarze Wolken am Himmel. Auch die von den Wetterpropheten für den zweiten Feiertag angekündigte stärkere Erwärmung blieb aus, zeitweilig herrschte sogar empfindliche Kälte, zu der die spazierengeführten Frühjahrsstolletten schlecht paßten. Der Stadtverkehr war, wie immer an solchen Tagen, sehr lebhaft. In größeren Ausflügen zeigten die Berliner noch nicht den rechten Schneid. Frühkonzert fand nirgends statt, doch wurde von Vorwärtigen schon im Freien nach altem Brauch Kaffee gelocht. Lange hielt man es freilich in den Gärten, die noch nicht die Sommergarmentur angelegt hatten, nicht aus. Nach Treptow fand ein ungewöhnlich starker Verkehr statt, als ob man die dortigen Restaurants für den durch die Polizei verursachten Schaden einigermassen entschädigen wollte. Die da draußen zahlreich postierten Gendarmen wurden vom Publikum mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet.

Wie der Berliner Stadtfreisinn über Wahlrechtsparagänge denkt, das wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung von dem Stadtverordneten Cassel in vorsichtigen Wendungen gesagt, offener aber und rüchhaltiger von dem Stadtverordneten Sonnenfeld, der die Aufforderung, nach dem Verbot einer Versammlung im Treptower Park ein Spaziergang nach dem Treptower Park zu veranstalten, geradezu als „Ungeheuerlichkeit“ bezeichnete. Die „Freisinnige Jtg.“ sagt jetzt, daß in der Presse Herr Sonnenfeld wegen seiner Äußerungen angegriffen worden sei. In den Zeitungsberichten über die Stadtverordnetenversammlung und insbesondere über Herrn Sonnenfelds Rede sei zwar die Unruhe erwähnt worden und die Zwischenrufe, mit denen die sozialdemokratische Fraktion ihn unterbrach, nicht aber auch der laute Beifall, durch den die Freisinnigen ihm ihre Zustimmung ausdrückten. Dadurch, daß nur von den Kundgebungen des Wahlfalles berichtet wurde, habe „in dem Publikum die Meinung erweckt werden müssen, daß die Majorität der Stadtverordneten den Redner durch Stillschweigen desabonniert habe, gleichsam als wenn sie mit seinem „Schwachsinn“, wie ein Blatt sich ausdrückte, nichts zu tun haben wollte“.

Das Freisinnigenorgan tut, wie wenn es Wert darauf lege, die Zustimmung der Majorität nachträglich noch vor aller Öffentlichkeit zu konstatieren. In Wirklichkeit soll aber wohl nur der peinliche Eindruck abgewischt werden, der außerhalb der Stadtverordnetenversammlung auch in Freisinnkreisen durch die Ausführungen Sonnenfelds hervorgerufen worden ist. Das Blatt schreibt:

„Die Auffassung des Redners war die, es sei sehr bedauerlich, daß der Polizeipräsident die Versammlung im Treptower Park verboten habe; aber die Aufforderung des „Vorwärts“ zu dem Spaziergang sei gleichfalls zu mißbilligen“.

Und zum Schluß wird versichert: „Die weit überwiegende Mehrheit der bürgerlichen Stadtverordneten teilt den von dem Stadtv. Cassel und später in dem Schlußwort von dem Stadtv. Sonnenfeld vertretenen Standpunkt, daß das Verbot des Wahlrechtsparaganges nicht gerechtfertigt war, daß aber andererseits öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und öffentliche Aufzüge auf Straßen und Plätzen der Genehmigung der Polizei bedürfen.“

Gewiß, es mag Herrn Sonnenfelds und seiner Freunde Wunsch sein, daß er sich so geäußert hätte. Gesagt hat er aber tatsächlich etwas ganz anderes, und es kennzeichnet die Verlogenheit der „Freis. Jtg.“, daß sie jetzt das Wort „Ungeheuerlichkeit“ wegstampfen möchte. Gesagt hat er, daß, wenn eine Versammlung im Treptower Park nicht genehmigt worden ist, eine Aufforderung zu einem Spaziergang nach dem Treptower Park ungeheuerlich sei. Zu diesem Zweck mußte er freilich besagten Spaziergang in einen öffentlichen Aufzug umfälschen, der eben nicht ohne Genehmigung zulässig sei.

Der Stadtfreisinn ist dem von unseren Genossen beantragten Protest gegen Jagowskys Polizeivillkür nicht beigetreten, sondern hat nur einen nichtsagenden Antrag beschloffen, der dem Magistrat empfiehlt, durch Petitionen an die Staatsregierung darauf hinzuwirken, daß in Berlin die Polizei öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen usw. nicht hindert, wenn davon eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit — nach Herrn v. Jagowskys maßgeblicher Meinung, versteht sich — nicht zu befürchten ist. Das Wort von der „Ungeheuerlichkeit“ der Aufforderung zu einem Spaziergang war ein freundschaftlicher Kapbuckel des Berliner Stadtfreisinns vor dem Polizeipräsidenten samt den höheren Instanzen. Durch solche Kapbuckel kann dem Herrn v. Jagow nur Mut gemacht werden, in ähnlichen Fällen die Bevölkerung Berlins noch schlimmer zu terrorisieren, als er es am 6. März getan hat.

Die juristische Sprechstunde muß heute ausfallen.

Dem Würdigen?

Die Schuljugend hat das Winterhalbjahr glücklich hinter sich. Am Mittwoch haben die Ferien begonnen — Ferien, denen wir wünschen, daß sie vom freundlichsten Frühlingwetter begünstigt sein mögen.

So ein Halbjahreschluß bedeutet immer wieder ein Ereignis in dem Leben eines Schulkindes, und auch manche Familie sieht unter dem Eindruck der starken Wirkung, die er auf sie ausübt. Denn der Schluß des Halbjahres bringt die Halbjahreszensur, die mit ihrem guten oder schlechten Ergebnis nicht nur die Stimmung des Kindes beeinflusst, sondern Freude oder Verdruß auch in eine ganze Familie hineintragen kann.

Ach ja, diese Zensuren! Es gibt Lehrer, denen gar nicht wohl zu Mute ist, wenn sie sie schreiben sollen. Welcher Lehrer wird von sich sagen dürfen, daß er dabei mit seinem Urteil immer das Richtige treffe? Und wer wird behaupten wollen, daß eine Schulzensur überhaupt ein richtiges Urteil sein kann? Verzagt nicht sogleich, ihr Eltern, wenn euer Kind euch eine schlechte Zensur nach Hause gebracht hat! Schon mancher, der in der Schule bei den Schlechtesten saß, errang im Leben sich bei den Tüchtigsten seinen Platz. Hütet euch vor stolzer Ueberhebung, ihr Eltern, wenn euer Kind mit einer guten Zensur, mit der besten vielleicht und einer Prämie gar, vor euch hin tritt! Schon mancher, der in der Schule der Erste war, sank im Leben nur zu bald zu den Letzten hinab.

Wonach schreibt denn ein Lehrer seine Zensuren? Wonach muß er sie schreiben, wenn er nicht von der Einfalt seiner Jünger und leider auch mancher Eltern den Vorwurf der „Ungerechtigkeit“ ernten will? Im wesentlichen läuft doch die ganze Zensuren-schreiberei auf ein kaltes Rechenexempel hinaus, auf ein Abzählen von Fehlerzahlen und Urteilsnummern und ein Dividieren durch die Zahl der gelieferten Arbeiten und abgefragten Leistungen. Das Mehr oder Weniger des Gelingens ist es, das in der Schule über den Wert einer Leistung entscheidet. Was an Mühe und Fleiß, an starkem Wollen und heißem Ringen selbst in einer geringeren, ja in einer schlechten Leistung stecken kann, das läßt sich nicht zählen und messen. Und das darf daher auch kein Lehrer, wenn er Zensuren schreibt, nach vollem Wert in Rechnung stellen. Immer könnte ihm ja unter die Nase gerieben werden, daß ein Blick in die sauber geschriebenen Tabellen seines eigenen Notizbuches ihn darüber belehren werde, wie mangelhaft der Erfolg alles Wollens und Ringens gewesen sei.

Muß die Zensuren-schreiberei zur Ungerechtigkeit führen — zur Ungerechtigkeit in ganz anderem Sinne, als die Schulkinder und oft auch die Eltern es meinen —, so ist die Unsitte der Prämienverteilung geradezu ein Frevel. Wem wird denn die Prämie zuteil? Dem Würdigen etwa? Dem Ersten, ja, und günstigstenfalls auch noch dem Zweiten, falls die paar Mark, die da zur Verfügung stehen, soweit reichen. Sind denn aber die Ersten immer die Würdigen. Kann das Gelingen, das vielleicht nur einer glücklichen Begabung und günstigen äußeren Umständen, z. B. geordneten Familienverhältnissen, einem guten Gesundheitszustand usw. zu danken ist, ein richtiger Maßstab sein für die Beurteilung der Würdigkeit? Ist es überhaupt gerecht, den Werbenden nach dem Gelingen zu beurteilen? Und soll und die Schule nicht mehr gelten als ein Kennplatz, auf dem gegählt und gemessen wird, wer Erster wurde und sich den Preis verdient?

Jene Pädagogen, die weder ohne Strafe noch ohne Befohlung zu erziehen vermögen, werden spöttlich lächeln: „Wahrscheinlich wieder mal so ein verärgertes Vater, dem der Junge immer unter den Letzten saß und niemals ein Prämie heimbrachte!“ Zufällig stimmt es diesmal nicht. Dem Schreiber dieser Zeilen hat — er sagt's nicht, um zu rühmen — sein Junge so manche recht hübsche Zensur und auch manche Prämie heimgebracht. Das hat ihn aber nicht beirrt, sondern nur noch bestärkt in der Ueberzeugung, daß die Zensuren-schreiberei nicht ohne Ungerechtigkeit abgeht und die Prämienverteilung ein frevelhafter Unfug ist.

„Dreißige Woche“ beim Reichsverband.

Die Gewohnheit mancher großer Geschäftshäuser, besondere „Wochen“ zu veranstalten, „Weiße Woche“, „Bunte Woche“, scheint den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie veranlaßt zu haben, eine ähnliche Einrichtung zu treffen. Weil er aber keine reinen Sachen am Lager hat, hat er eine „Dreißige Woche“ veranstaltet. In den westlichen Vororten sind massenhaft Briefe zugestellt worden, deren Inhalt sich als Reichsverbandesflugblätter ältester Garnitur erweist. Selbst sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete sind mit derartigen Sendungen „erfreut“ worden. Offenbar will der Reichsverband mit seinen dreißigen Lagerbeständen austräumen, und weil sich keine andere Veranwendung dafür findet, wird das Publikum mit diesem Mist überschwemmt, wohl in der Voraussetzung, daß dort die reichsverbändlerischen Geistesprodukte ihrem eigentlichen Zweck zugeführt werden. Neben altem Trödelkrum sind in den Sendungen auch zwei neue Flugblätter enthalten gewesen. Auf dem einen ist die Wahlrechtsrede des echten Junkers Kolke, auf dem andern die Wahlrechts-Interpellationsrede des gelehrten Junkers v. Dierksen abgedruckt. Der Reichsverband läßt offenbar jetzt von seinen parlamentarischen Mitgliedern ausgesprochen zu dem Zwecke Reden halten, damit diese „Geistesblüten“ unter die Massen verteilt werden können. Kürzlich hat der Reichsverband ein Rundschreiben versendet, in dem er Geld erbittete, um das Porto für diese Sendungen bezahlen zu können. Die „gütigen Spender“ werden ganz gewiß nicht besonders davon erbaudt sein, daß der Reichsverband das Geld in dieser Weise verpulvert.

Früher hat der Reichsverband seine Flugblätter in Massen verkauft, jetzt muß er sie schon verschenken, und nicht einmal umsonst wollen Leute, die auf politische Kleinlichkeit halten, diese verlogenen Pamphlete annehmen.

Die Erhaltung der Berliner Wälder.

In der Frage der Erhaltung des Waldbestandes um Berlin haben die auf Einladung des Oberbürgermeisters Kirchener zusammengetreten leitenden Persönlichkeiten der Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Nixdorf und Lichtenberg und der Kreis Nieder-Spandau und Ketzow, wie berichtet, beschloffen, sich mit einer Denkschrift an die zuständigen Herren Minister zu wenden. Die Denkschrift ist jetzt der Staatsregierung überreicht worden.

Sie weist auf diejenigen Forsten hin, deren Erhaltung im Interesse von Groß-Berlin am dringendsten zu fordern wäre und bezeichnet hier die in einem Umkreis von 25 Kilometer von der Reichsgrenze Berlins liegenden Staatsforsten. Hier kommen in Betracht:

- 2500 Hektar der Oberförsterei Tegel, 3100 Hektar der Oberförsterei Dranienburg, die Falkenhagener Heide und der Wiselang mit 3900 Hektar, 700 Hektar der Oberförsterei Krammen, die Mühlendeker und Wandliger Heide mit 2200 Hektar, die Spree-, Königs-, Köpenicker-Heide mit 380 Hektar, die Wuhlsheide, Krummen-dammer und Wollterdorfer Heide mit 2400 Hektar, 2500 Hektar der Oberförsterei Ruderddorf, die Oberförsterei Erlner mit 2200 Hektar, die Oberförsterei Friederddorf mit 1680 Hektar, die Oberförsterei Königs-Wusterhausen mit 600 Hektar, die Oberförsterei Grünewald mit 4000 Hektar und von der Oberförsterei Potsdam 2400 Hektar. (Die Fahrländer-, Uffenticker- und Parforceheide.) Sie bezeichnet von diesem Forstgebiet die Erhaltung folgender Teile als in erster Linie wünschenswert. Etwa 14 000 Morgen des Grünewaldes, etwa 4400 Morgen der Potsdamer Forst nördlich der Potsdamer Bahn, 8000 Morgen der Forst Grünau-Dahme, 1000 Morgen der Köpenicker Heide, 8000 Morgen der Forst Köpenick,

2000 Morgen der Forst Schönowalde, 2000 Morgen der Dranien-burger Forst außerhalb des Gatters, 8000 Morgen der Forst Tegel und 200 Morgen der Jungfernheide, im ganzen also 45 400 Morgen.

Zur Sicherung dieses Waldbestandes würden die beteiligten Stadt- und Landkreise sich zusammenschließen haben und vertraglich in einer noch zu vereinbarenden Form unter gemeinschaftlicher Ausbringung der erforderlichen Mittel für Kauf oder Pachtung vom Staate das Recht auf dauernde Erhaltung dieses Waldbestandes zu erwerben haben. Die Denkschrift bittet die Staatsregierung, mit den Antragstellern die Grundlagen dieses Abkommens zu vereinbaren.

An Genidstarr ist, so wird angenommen, ein 21-jähriger Schlosser Max Krüger erkrankt, der im Hause Sidingenstraße 57 wohnt. Er ist der Choris zugewiesen worden und liegt dort in einer Isolierbaracke; in seiner Wohnung sind von der Sanitätsbehörde die üblichen Maßregeln gegen eine Weiterverbreitung der gefährlichen Krankheit getroffen worden. Einige Zeitungen, die diese Nachricht bringen, fügen hinzu, die Genidstarr sei „nach langjähriger Pause“ jetzt zum ersten Male wieder in Berlin aufgetreten, doch handele es sich vorläufig nur um einen vereinzelt Fall, so daß zu Besorgnissen kein Anlaß vorliege. Zu übertriebenen Besorgnissen liegt in der Tat kein Anlaß vor, aber falsch ist die Meinung, daß dieser Fall „nach langjähriger Pause“ wieder der erste in Berlin sei. (Nebenbei gesagt: Das Haus Sidingenstraße 57 gehört zu dem auf Charlottenburger Gebiet liegenden Teil dieser Straße.) Die Genidstarr fordert in Berlin im Jahr für Jahr mehrere Opfer, und auch im letzten Jahre hat es hier nicht an solchen gefehlt. Das Statistische Amt der Stadt hat für 1909 von 15 Todesfällen berichtet, die durch Genidstarr verursacht worden seien. Es dringt nur über die meisten Fälle von Genidstarr nichts in eine weitere Öffentlichkeit, darum wird durch diejenigen Erkrankungen und Todesfälle, die zufällig durch die Zeitungen bekannt werden, um so mehr Aufsehen erregt. Ritunter stellt sich übrigens nachträglich noch heraus, daß die Annahme, es handele sich um Genidstarr, übereilt und irrig war.

Die Badeanstalten der Stadt Berlin haben alljährlich ein paar Tage eines ganz ungewöhnlich starken Andranges von Badelustigen. Es sind Jahr für Jahr immer dieselben Tage, die Sonnabende vor Ostern und vor Pfingsten. An diesen Tagen kann es den Besuchern der Badeanstalten passieren, daß sie 1-2 Stunden warten müssen, ehe sie zugelassen werden. Uns wird mitgeteilt, daß z. B. in der Badeanstalt an der Bärwalderstraße am Ostersonnabend die Wartenden bis auf die Treppe hinauf standen und auf den Stufen umherliefen. Ein Besucher hat am Nachmittage 1 1/2 Stunden zu warten gehabt, ehe ihm das gewünschte Bannbad bereitet werden konnte. Warum wird nicht durch Aussonderung der Rasse bekanntgegeben, daß die Anstalt überfüllt ist und auf stundenlange Wartezeit gerechnet werden muß?

Feudaler Sport. Die Eröffnungsreunen auf der Karlsruher Bahn standen unter einem Unstern. Der veranstaltende Verein hatte für den Massenbesuch nicht genügend Vorkehrungen getroffen. An der Kasse des zweiten Platzes insbesondere kam es zu lebensgefährlichen Gedränge, wobei mehrere Personen verletzt wurden. In dem Rennen selbst ereigneten sich weitere Unglücksfälle. Leutn. v. Treddow stürzte mit Dal-Eis und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und Schädelverletzungen. Leutn. v. Raven und Leutn. v. Wöhner kamen mit leichteren Verletzungen davon, ebenso der Lehrling Torle. Zwei Pferde, Wainaut und Dal-Eis, blieben auf der Strecke.

Ein Eisenbahnunglück, welches sich auf der Linie der Meindendorfer-Vierdenwalder-Schöneberger Eisenbahn ereignete und den Tod eines Fahrgastes im Gefolge hatte, wird Mitte April die Strafkammer des Landgerichts III Berlin beschuldigen. Es ist dies die selbe Strecke, auf der sich im Herbst 1909 das große Unglück bei dem Bahübergang hinter Meindendorf abgespielt hatte. Die Gefährlichkeit und nicht genügende Beleuchtung dieser Strecke ist erst kürzlich bei der Verhandlung der Anklage gegen den Schlichtermeister Raitwald eingehend erörtert worden. Der jetzt der Prüfung des Gerichts unterliegende Fall ereignete sich eines Sonntagabends Mitte Oktober 1909 auf der Station Wandlitzsee. Eine in Wandlitz wohnende Frau S. hatte mit ihrer Familie einen Berliner Besuch bis nach Wandlitzsee begleitet. Frau S. wollte von dort den abends nach Wandlitz abgehenden Zug zur Rückfahrt benutzen. Als sie mit ihrer Familie den Zug besteigen wollte, wurde sie und mit ihr zehn andere Fahrgäste von einem Eisenbahnbeamten angewiesen, in den letzten Personenzug einzusteigen, weil der Zug schon überfüllt sei. Es entstand nun an der Plattform des letzten Personenzuges unter den Fahrgästen ein starkes Gedränge. Frau S. hatte den Zug kaum bestiegen, als auch schon das Abfahrtsignal ertönte und der Zug sich in Bewegung setzte. Frau S. verlor infolge des Zurückens den Halt, fiel von der Plattform herab und wurde von dem Zuge angehängten Güterwagen überfahren und getötet. Die Schuld an dem Unglück wird dem Stationsvorsteher Degener und dem Zugführer Zeitmann zur Last gelegt, und zwar weil D., ohne sich davon überzeugt zu haben, ob auch alle Fahrgäste untergebracht und die Wagen Türen geschlossen waren, dem Lokomotivführer das Abfahrtsignal gegeben habe. — Beide Angeklagten bestreiten jedwede Schuld; sie behaupten, daß sie alles getan haben, was ihnen durch die Dienstvorschrift aufgegeben sei und daß Frau S. allein an dem Unglücksfall die Schuld trage. Rechtsanw. Dr. Schwint, der die Verteidigung des Stationsvorstehers D. übernommen hat, hat einen so umfangreichen Weisungsantrag eingebracht, daß die Verhandlung einen ganzen Sitzungstag ausfüllen dürfte.

Auf dem Flugplatz Johannisthal herrschte an den Feiertagen wieder Leben. Brumhuber, Reidel, Poulain und Ingenieur Dr. Guth unternahmen Flugversuche.

Unfälle auf dem Wasser. Der ungewöhnlich starke Nuder- und Segelverkehr, der an den beiden Osterfeiertagen auf den Gewässern in der Umgebung Berlins herrschte, hat eine ganze Reihe von Bootsunfällen gezeitigt. Nicht weniger als sechs Nuderboote und zwei Segler kamen zum Kentern. Aufregende Szenen spielten sich bei einem Bootsunfall auf dem Müggelsee ab. Ein mit fünf Personen, drei Herren und zwei Damen besetztes Fahrzeug, war tief in den ausgehöhlten See hinausgerudert. Beim Wegfahren der Plätze kenterte das Boot und sämtliche Insassen stürzten in die kalten Fluten. Hilfsbereit klammerten sie sich an dem Kiel des Bootes an. Die beiden Damen hielten sich an den des Schwimmens unkundigen Begleitern fest und rissen diese mit in die Tiefe. Im Augenblick der höchsten Gefahr eilten andere Boote hinzu und alle fünf Personen wurden gerettet. Ertrunken ist anscheinend der Insasse eines Einsiedlers, der gestern auf der oberen Havel am Ufer getrieben wurde. Es wird befürchtet, daß der Nuderer ins Wasser gestürzt ist und keine Gelegenheit gehabt hat, sein Leben in Sicherheit zu bringen.

Auf dem Tegeler See kenterte ein Segelboot. Der auf den Vorgang aufmerksam gewordene Kapitän Varlow des Dampfers „Falke“ wendete sofort seinen Dampfer, fuhr zu der Unglücksstelle zurück und rettete mit seltener Umsicht die schon fast erstickten beiden Männer, die sich am Boot festhielten, barg auch das Segelboot, das er mit nach der Festplatzanlage Tegel nahm, während die Besetzten von der Mannschaft des Dampfers mit trockener Kleidung versehen wurden.

Aus der Selbstmardchronik. Durch einen Sprung aus dem Fenster des vierten Stockes hat sich der 36 Jahre alte Fabrikarbeiter Karl Kleinbock in der Graunstr. 7 das Leben genommen. Der Mann war kranklich; er war sofort tot. — Mit Was begünstigt hat sich gestern abend der 51 Jahre alte Schneidermeister Franz Wonne am der

Zehnjähriger St. 73, der seit einem Jahre an Rheumalidismus und Atemnot litt. Als seine Frau und Töchter von einem Familienabend heimkehrten, fanden sie ihn in der Küche mit dem Schloß der Kochmaschine im Munde tot auf einem Stuhl sitzen. — Wegen der schmerzhaften Liebe in den Tod gegangen ist am Osterfest die 20jährige Köchin Martha Gabis, Gogelwitzerstr. 27 wohnhaft, die in dem Kasino der Berlin-Brandenburgischen Volkshaus-Vereinsgesellschaft in der Mehlstraße beschäftigt war. Die G. hatte vor längerer Zeit auf einem Vergnügen einen jungen Kaufmann kennen gelernt, zu dem sie eine große Zuneigung hatte, die aber unerwidert blieb. Seitdem trug das Mädchen ein schwermütiges Wesen zur Schau und ähnelte wiederholt, sich das Leben nehmen zu wollen. Am Sonntag trank sie in der Küche Salzsäure und erlag den Wirkungen des Giftes, noch ehe der aus der Unfallstation in der Erasmustrasse herbeigerufene Arzt zur Stelle war. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Raffinierte Spionagen. Ein Leser schreibt uns: Auf ein Inserat nach einer Stelle meldete sich am 1. Osterfesttag bei mir ein Herr, der angab, mir eine dauernde Stellung verschaffen zu wollen. Erstens hierüber, klebete ich mich an und fuhr mit dem fremden Manne nach der innern Stadt. Unterwegs erklärte er, noch etwas besorgen zu müssen und wir stiegen aus. Ich wurde gebeten, einen Augenblick auf der Straße zu warten. Nach einer Viertelstunde überzeugete ich mich, daß das Haus noch einen zweiten Ausgang hatte und nahm an, aus Glatteis geführt worden zu sein. Ich fuhr wieder nach Hause. Am anderen Morgen meldete der bei mir wohnende möblierte Herr, daß ihm ein Paar ganz neue Stiefel fehlten. Der Gauner hatte mich nur aus der Wohnung gelockt, um ungeniert stehlen zu können. Zur Warnung an andere sei dieser Vorgang mitgeteilt.

Von einem Automobil überfahren und getötet wurde Sonntagmorgen gegen 4 Uhr die 64jährige Tochter Erna des in der Sebastianstr. 83 wohnhaften Wächters Wilmann. Das Mädchen hatte mit anderen Kindern zusammen vor dem elterlichen Hause gespielt. Als ein Automobil herannah, flüchteten die Mädchen auf den Bürgersteig. Dabei wurde Erna v. dem Kraftfahrzeug umgerissen und überfahren. Das verunglückte Mädchen erlitt einen komplizierten Schädelbruch und schwere innere Verletzungen und verstarb auf dem Transport zur Unfallstation in der Kommandantenstraße.

Als Kautionschwinder festgenommen wurden die 40 und 31 Jahre alten Kaufleute Richard Münchberg und Paul Hoppe, die Inhaber der „Norddeutschen Lichtzentrale“. Die beiden wohnten in der Kants- und Bergmannstraße in Schloßstraße und hatten seit zwei Monaten in der Fidiinstr. 8 im ersten Stock als Bureau ein Zimmer, an dessen Tür ein Schild mit der Aufschrift „Norddeutsche Lichtzentrale“ prangte. Durch Zeitungsanzeigen suchten und fanden sie für ihr „Installationsbureau“ und ihre „Sparbüchsen“ Filialleiter und Reisende mit Bürgerschaft. Diese Anzeigen erschienen in allen großen deutschen Zeitungen und hatten den Erfolg, daß sich viele Leute meldeten. Um diese sicher zu machen, sandte Hoppe, der immer auf Reisen war, aus Hamburg und anderen deutschen Städten Aufträge, die sehr verlockend ausliefen, aber alle erwidert wurden. Die beiden Schreiber, die die Schwinder beschäftigten, blühten jeder 500 M. ein, ein dänischer Buchdrucker 2500 M., ein Mann aus Königsberg, der seine Frau nachkommen lassen wollte, 500 M. 40 bis 50 Geschädigte haben im Hause schon Nachfrage gehalten. Münchberg und Hoppe ständen gerade im Begriff, einen neuen Schwinder zu unternehmen. Sie suchten jetzt kautionsfähige Leute für „Erdbreiterverkaufsstellen“, als die Kriminalpolizei ihrem Treiben ein Ende machte.

Sportpark Steglitz. An beiden Feiertagen hatten die Freunde des Radrennsports Gelegenheit, ihre Schaulust zu befriedigen und war das Programm ein sehr reichhaltiges. Besonders die Ritzgerrennen boten durch den Start von Fahrern wie Müll und D. Meier manche interessante Kämpfe und scheint es, als ob diese Seite des Rennsports wieder mehr gepflegt werden soll. Jedenfalls bieten diese Darstellungen durch die Entwicklung der eigenen Kraft, Geschicklichkeit und Taktik des Fahrers mehr Anreiz als die Dauerrennen, die gerade an diesen beiden Tagen jedweden Interessierten entbehrten. Theile war in beiden Dauerrennen (75 Kilometer und 1 Stunde) der überlegene Fahrer, der von Anfang an die Spize behauptete und seine Gegner spielend abfertigte, ohne daß diese auch nur einen Versuch des Widerstandes machten. Einzig Salzmann und H. Przymbeln hielten sich noch etwas, während Didentman, Schiple, Walthour, Demle und Scheuermann weit zurück endeten. — Den Oster-Preis der Ritzgerrennen, der zahlreiche Vorläufe und Zwischenläufe ergab, sah D. Meier siegreich vor Müll, der mit $\frac{1}{2}$ Kadlänge sich geschlagen sah, und Wegener, den 1 Länge trennte. Auch im Tandemrennen blieb Meier mit Schürmann als Partner guter Sieger vor Müll-Stabe, Lechner-Wegener und Nudel-Carapezzi. Das Hauptfahren gewann Stabe in schöner Weise vor Peter und Bamke. Während im gleichen Rennen am Sonntag R. Müller die drei Hannoveraner Arend, Ostermeier und Ederhoff abfertigte. An diesem Tage gewann auch Müll als Walman das Vorgabefahren vor Salbow (100) und Lechner (50), während am Montag die drei Aufseher Salbow (100), Sonntag (110) und Großmann (90) den Sieg davontrugen. Das Prämienfahren gewann Schürmann vor Nudel, Hamann und Carapezzi. — Der Besuch war an beiden Tagen ein guter. Unfälle ereigneten sich keine. Der am Montag einsetzende Regen tat dem Rennen keinen Abbruch.

Vermisste. Verschunden ist am 26. d. M., mittags, der 11 Jahre alte Sohn Max des Portiers Hader, Voltastr. 4. Derselbe wurde nach der nahe gelegenen Stralunder Straße zu Bekannten geschickt, um etwas zu holen, und ist nicht mehr wiedergekommen. Da der Knabe den Eltern sehr folgsam war, so nimmt man an, daß derselbe verschleppt worden ist. Bekleidet war er mit braunem Jackettanzug, schwarzen Strümpfen, schwarzen Schuhen, ohne Kopfbedeckung und hat im Gesicht etwas Sommersprossen.

Vermisst wird ferner seit Donnerstag der Präparandenführer Reinhold Wenngah. Er ist an diesem Tage von der elterlichen Wohnung in Wannsee, Friedenstr. 2, fortgegangen und nicht wieder zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß er sich ein Leid angetan hat, weil er kein Examen nicht bestanden hat. Der Verschwindende ist ungefähr 1,60 Meter groß, hat blondes Haar, lächelndes, rundes Gesicht, ist 15 Jahre alt, er trägt einen schwarzen Anzug, braunen Ueberzieher, grünen Hut, schwarze Schuhen. Außerdem hat er das Abgangszeugnis von 1909 aus der Gemeindeschule zu Wannsee in der Tasche.

Mittelungen an die Eltern erbeten.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Die Rechnung aus Exemplar. Ein mehr als lokales Interesse hatten unsere diesjährigen Gemeindevahlen insofern, als die Stimmwahlen an einem Sonntag vorgenommen wurden. Unserer Gegner nannten es ein „interessantes Experiment“ und einen schönen Trieb der Sozialdemokratie. Auch für uns war es interessant, bei sich doch hier Gelegenheit, Erfahrungen zu sammeln über die Wahlbeteiligung. Der Versuch ist zugunsten der Sonntagswahl ausgefallen. Nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für die Wahlbeteiligung überhaupt. Bei der Hauptwahl am Montag, den 7. März, beteiligten sich nur 35 Proz. der Wahlberechtigten, bei der Stichwahl am Sonntag, den 20. März, stieg der Prozentsatz auf 41,5. d. h. es wählten 585 Personen mehr ihr Wahlrecht aus. Von diesen 585 Wählern votierten 360 sozialdemokratisch und 218 bürgerlich. Nur uns war also die Sonntagswahl noch günstiger als für die Bürgerlichen. Bei der Stichwahl am Montag, den 21. März, wirkte offenbar die Sonntagswahl insofern noch nach, als die

übergroße Mehrzahl der Sonntagswähler nun einmal interessiert und gewissermaßen „im Zuge“ war, aber trotzdem machte sich der Wochentag geltend. 95 Personen blieben der Wahl fern, und zwar 32 Sozialdemokraten und 63 Bürgerliche. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß am Sonntag in beiden Bezirken, am Montag nur in einem Bezirk gewählt wurde, andernfalls wäre die Zahl der Nichtwähler noch größer gewesen. Auch vom allgemeinen politischen Standpunkt betrachtet, sind die Ziffern unserer Gemeindevahlen interessant. Es tritt unabweigbar die Wirkung des Kampfes um das Landtagswahlrecht in Erscheinung, auf den in unsern Flugblättern auch stets hingewiesen wurde. Wohl hauptsächlich damit ist es zu erklären, daß unsere Stimmzahl im Vergleich zu 1908 um rund 37 Proz. gestiegen ist und zwar von 1182 auf 1600. Prozentual am besten haben wir im 2. Bezirk, in dem wir unterlegen sind, abgeschrieben; dort stiegen unsere Stimmen von 308 im Jahre 1908 auf 687 am letzten Sonntag, also um rund 50 Prozent. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß auch dieser Bezirk in einigen Jahren für uns „reif“ ist. — Ganz abgesehen von der Erringung zweier Mandate kann also die Sozialdemokratie mit den diesjährigen Wahlen zufrieden sein. Die Befürchtung des Mietervereins, daß bei den Stichwahlen die rote Fahne auf dem Rathaus aufgezogen werde, wenn nicht das gesamte Bürgerturn für seine Kandidaten eintrete, ist zur Wahrheit geworden. Wenn sie auch nicht in natura dort flattert, so ist sie doch am Montagabend nach der Wahl symbolisch gehißt worden. Vom Wahllokal in der Jahnstraße zogen über 500 Männer und Frauen unter Führung der Marktschloße vor das Rathaus und brachten dort ein Hoch auf das allgemeine Wahlrecht und die Sozialdemokratie aus.

Wilmerdors.

Der Stadtverordnetenvorsitzer Professor Dr. Leibig hat sich nicht nur mit seinem Verlog gegen die Zeitungsberechtigten arg in die Reusen gesetzt, sondern auch beim Handwerk des Sozialistenbüchsen umgeschickt daneben gehalten. In der Stadtverordnetenversammlung vom 3. März rügte er, daß unser Parteigenosse Müller in Schöneberg es bei der Erörterung des Krankenhauswesens für richtig befunden habe, von der sozialpolitischen Rücksicht Wilmerdors zu sprechen. Wären in der Wilmerdors Stadtverordnetenversammlung Schöneberg gegenüber derartige Äußerungen gefallen, so würde er als Vorsitzender für seine Pflicht gehalten haben, den Redner auf die Unzulässigkeit einer solchen Kritik hinzuweisen. Jetzt hat Justizrat Reinbacher als Leiter der Verhandlungen in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung seinem Wilmerdors Kollegen den stenographischen Bericht über die erwähnte Sitzung zugefandt, aus dem hervorgeht, daß Müller überhaupt nicht von Wilmerdors in einer Weise gesprochen hat, die als verleumdend zu deuten wäre. Herr Leibig mußte nunmehr seinen Ausfall vom 3. März als gegenstandslos erklären; als Entschuldigung gab er an, daß er sich auf eine Zeitungsnote gestützt habe.

Rigdorf.

Das Opfer einer Gasvergiftung ist das 19jährige Dienstmädchen Anna Gudopp, Thomastr. 37, geworden. Die Gudopp, die bei dem Bädermeister Kährig in Stellung war, wurde gestern in leblosem Zustand in ihrem Bett aufgefunden. Aus dem offenstehenden Gasbrennstück das Gas heraus, so daß das ganze Zimmer bereits vollständig damit angefüllt war. In hoffnungslosem Zustand wurde die Gudopp nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Da für die Annahme, daß hier ein Selbstmord vorliegt, nicht der geringste Anhalt vorhanden ist, so wird vermutet, daß der Gas durch ein Versehen geöffnet wurde.

Die Junge abgebissen. Schreckliche Folgen sollte ein Unfall haben, dem gestern das vierjährige Söhnchen des Schlächtermeisters Trefsel, Vietenstr. 81, zum Opfer fiel. Als der Knabe auf die Straße hinuntergehen wollte, glitt er auf der Treppe ab und stürzte hinab. Er fiel so unglücklich mit dem Kopf gegen das Geländer, daß er sich die Junge glatt abbiß. Auf der Unfallstation in der Seinemagistrasse erhielt der Kleine die erste ärztliche Hilfe.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Aus der Gemeindevertretung. Zur Besserung der Sicherheitsverhältnisse war vor einiger Zeit eine Kommission eingesetzt worden. Dieselbe erstattete in der letzten Sitzung Bericht und schlug vor, einen Polizeikommissar anzustellen. Nach dessen Eintritt in die Stellung sollen zwei Kriminalsergeanten angestellt werden. Die Polizeisergeanten sollen nicht mehr zu Botengängen Verwendung finden, sondern ihre Dienstzeit nur für den Polizeidienst verwenden. Die Botengänge sollen nur von den Nachtwächtern ausgeführt werden. Die Nachtwächter sollen zu ihrer Sicherheit Wachhunde erhalten. In Schlahtensee soll eine Polizeiwache eingerichtet werden. Um die Vorschläge zu realisieren, schlägt die Kommission vor, neben den 10000 M., die in den Etat eingeseht sind, zur Verbesserung des Nachtwachwesens noch 5000 M. einzulegen. Die Vorschläge der Kommission werden angenommen. Die Stelle des Kommissars soll ausgeschrieben werden. Das Gehalt soll 3000 M., steigend in 15 Jahren bis 4800 M., außerdem 500 M. Wohnungsgeld betragen. Warum man den Polizeisergeanten die Botengänge nehmen und den Nachtwächtern übertragen will, läßt sich nur so erklären, daß man schon eingeschlagen hat, daß die kürzlich beschlossene Besoldung von 1200 M. jährlich zur Gritzen nicht ausreicht. Außerdem ist ein Nachtwächter, der bei Tage mit Botengängen beschäftigt wird, Nachts so ermüdet, daß er seinen Dienst nicht mit der nötigen körperlichen Frische ausführen kann. Die Anlegung des Herrn Schill, ein Lustbad einzurichten, um noch mehr zahlungsfähige Leute nach Zehlendorf zu locken, wurde nach längerer Besprechung als verfrucht zurückgewiesen. Unser so ausgedehnter, von einem zahlreichen Publikum an schönen Tagen besuchte Ort hat bisher noch keine Bedürfnisanstalt aufzuweisen. Jetzt ist die Frage durch Marktverträge besonders brennend geworden. Obwohl man nun schon seit 1866 über die Notwendigkeit klar ist, macht der Vorstand auch jetzt noch keine Vorschläge. Da aber die Vertretung in ihrer Mehrheit die Notwendigkeit der endlichen Schaffung einer solchen Anstalt nicht mehr bestreiten kann, einigte man sich schließlich auf einen Antrag Rüniger, 4500 M. in den Etat zu diesem Zweck einzustellen. Die erste Anstalt soll dann vornehmlich an der Gogelfutterstelle in der Nähe des „Kaiserhof“ angelegt werden. (Wann?) Es ist vorzuziehen, daß im Fall eines plötzlichen Gebrauchs die Gespanne für die Feuerwehre nicht da waren oder in ermüdetem Zustande die Pferde von dem betreffenden Unternehmer gestellt wurden, trotz der täglichen Zahlung von 15 M. pro Gespann, da die Pferde auch zu anderen Arbeiten gebraucht wurden. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, wurde eine Kommission eingesetzt, die die Automobilen-Einrichtungen anderer Gemeinden prüfen und eventuell geeignete Vorschläge zur Beschaffung von Automobilen für die Feuerwehre machen soll. Der Vertrag mit dem Unternehmer zur Stellung der Gespanne soll einmittle auf ein halbes Jahr verlängert werden. Den Kriegsteilnehmern aus den Kriegen 1864, 1866 und 1870 bis 1871, die ein Einkommen bis zu 1200 M. haben, sollen die Gemeindevoten erlassen werden. Einer Anregung die Einkommen bis zu 600 M. resp. 900 M. ganz allgemein ebenso zu behandeln, ist man nicht gefolgt. Ein Antrag des Vorstandes, den Teil der Potsdamer Chaussee von Dahlem bis Zehlendorf auf die Gemeinde zu übernehmen, wurde angenommen. Die Vorlage ist notwendig geworden, weil sich bei verschiedenen Fragen schon Schwierigkeiten mit der Provinzverwaltung ergeben haben, insbesondere bei öffentlichen Anlagen. Vor formeller Uebernahme sollen aber die Verträge der privaten Anlieger auf ihren rechtlichen Inhalt von dem Gemeindevorstand einer genauen Prüfung unterzogen werden, um die Gemeinde nicht in unvorhergesehene finanzielle Schwierigkeiten zu stürzen.

Ober-Schönebrunn.

Gemeindevorstellung. Der Gemeindevorsteher teilte zunächst mit, daß nach einer Auskunft des Oberverwaltungsgerichts die gegen die Ungültigkeitserklärung der Wahlen unserer Parteigenossen Jacobson, Dießgang und Rauh gerichtete Klage ab-

gewiesen wird. Eine Rekursberufung ist noch nicht erfolgt. Es haben demgemäß in Kürze für Dießgang und Rauh als auch noch für den verjagten Genossen Döbelstau Neuwahlen stattgefunden. — In der Angelegenheit der Aufhebung des zusammengelegten 2. und 3. Bezirkes haben sich sowohl der Amtsausschuß als auch der Bezirksausschuß als Gegner einer Neuverteilung ausgesprochen. Die Gemeindevorstellung wird diesen Antrag noch solange wiederholen müssen, bis er endlich einmal Zustimmung und so der unheilvolle Zustand ein Ende findet, welcher darin besteht, daß über die Verteilung des Ortes nicht die Vertretung, sondern ein Amtsausschuß zu bestimmen hat; dies lediglich aus dem Grunde, weil dem Gemeindevorstand ein kleiner Streifen Forstland angehängt ist. Die Einführung einer Wertzuwachssteuer, welche im Vorjahre abgelehnt wurde, stand erneut zur Beratung, nachdem in einer Kommission der Entwurf vorbereitet war. Nach längerer Debatte wurde der Entwurf mit neun gegen sieben Stimmen angenommen. Die Vertreter der Hausbesitzer stimmten dagegen, weil man ihnen angeblich in der Tarifierung nicht entgegenkam.

Es erscheint sonderbar, daß in der kurzen Zeit die Stimmung der Gestalt umgeschlagen ist; sollte dies die in Aussicht genommene Erhöhung des Einkommensteuergesetzes von 125 auf 130 Proz. bewirkt haben? Die beschlossenen Sätze sind sehr mäßig und legen sich in der Art der Berechnung an die Berliner Ordnung an. Die Steuer tritt mit dem 1. April 1910 in Kraft. Die Erhöhung des Einkommensteuergesetzes ist damit abgemeldet. Vom Genossen Grunow und dem Vertreter Dertwig wurde eine anderweitige Regelung der Gemeindegewerbesteuer bestritten, wonach die industriellen großen Werke stärker herangezogen werden. Dies gab den Anlaß zu einer äußerst interessanten Auseinandersetzung. Die Herren Fabrikdirektoren klagten über zu starke Belastung und glaubten sich mit ihren Werken als absolut unentbehrlich für den Ort hinstellen zu sollen. Die Hausbesitzer wiederum mochten den Herren den Vorwurf, daß sie ihre Beamten und Arbeiter nicht verpflichtet, die Wohnung im Orte zu nehmen. Dem Genossen Grunow war es ein Leid, diese Art Kirchturnpolitik zur Herdung eines nicht vorhandenen Mittelstandes ins rechte Licht zu rücken. Derselbe keusche Geist zeigte sich auch in dem Beschlusse, das Schulgeld für auswärtige Schüler der höheren Schulen um 30 M. zu erhöhen, was den Charakter dieser Schule noch verschärfte, indem Kinderbewilligte vollständig ausgeschlossen werden. Dagegen wurde beschlossene, das Schulgeld für die Unter- und Mittelschule der höheren Mädchenschule um je 10 M. zu erhöhen. Die Beratung einer neuen Ordnung für die Erhebung der Kanalisationsgebühren wurde vertagt, da der Entwurf nicht fertiggestellt war. Genosse Grunow beantragte, die im Etat vorgesehenen Beihilfen an die Kirchen-gemeinde zu streichen, da es ganz unverantwortlich sei, das von allen Steuerzahlern aufgebracht Geld in solcher Weise zu verwenden. Bei der Abstimmung trat nur noch der Vertreter Kadelig dafür ein. In der vorigen Sitzung lehnte die Vertretung einen Antrag unseres Genossen auf Errichtung einer Mädchenschule ab mit der Begründung, daß hierzu die Mittel fehlten; es offenbart sich hier der Geist einer Art von Gemeindevorsteuern, welche in keiner Weise ihre Aufgabe begriffen haben. Der Aufschuß für das Kindergartenunternehmen wurde auf Anregung unseres Genossen und des Herrn Perleß von 240 auf 400 M. erhöht. Bemängelt wurde von unserem Genossen, daß der Vertretung ein Bericht über dieses Unternehmen nicht zugebe; es empfahl sich überhaupt, daselbe auf eine ganz andere Basis zu stellen, als sich hier auf die Privatwohlfahrtigkeit zu verlassen. Ueber verschiedene Spezialstats fand eine Gesamtabstimmung statt; damit ist die Staatsberatung zu Ende geführt.

Voghen-Nummelsburg.

Etatberatung. Heute Mittwoch beginnt in der Gemeindevertretung die Spezialberatung des Etats für 1910. Da bereits in der Etatkommission, die sich in vier längeren Sitzungen mit der Durchberatung des Voranschlags zu beschäftigen hatte, die Meinungen sehr auseinandergingen, so ist zu erwarten, daß es bei der Beschlußfassung in der Gemeindevertretung bei den Kapiteln Gemeindeverwaltung (Erhöhung der Beamtengehälter) wie bei den höheren Schulwesen und ganz besonders bei Festsetzung der Gemeindevoten für die Schulen Auseinandersetzungen kommen wird. Die Sitzung findet im Rathaus, Türschmidtstr. 25, statt und beginnt um 5 Uhr nachmittags.

Reinickendorf.

Zu welsch gehässigen Mitteln die Bourgeoisie gegen die aufstrebende Arbeiterklasse greift und wie wenig sie sich scheut, ihre Macht, die ihnen dank einem ungedächten und die Arbeiter entrechtenden Wahlrecht zuteilt, in rücksichtslosester und egoistischer Weise auszunutzen, lehrt ein Vorkommnis bei der Staatsberatung in der Gemeindevertretung.

In Reinickendorf werden den Gemeindevoten noch immer 2000 von 35 und 38 Pf. pro Stunde gezahlt. Wiederholt waren von den Arbeitern selbst, vom Verband der Gemeindevoten, dem sich die Mehrzahl der Arbeiter angeschlossen hatte, wie auch von unseren Genossen in der Gemeindevertretung dem Gemeindevorstand bestimmte, sehr beschiedene Forderungen unterbreitet worden.

Gefordert wurde die Lieferung von Dienstkleidung, Einführung von Wochenlöhnen, die neunstündige Arbeitszeit und ein Arbeiterausschuß, ferner beschiedene Lohnerhöhungen. Der Gemeindevorstand wurde darauf auch beauftragt, Erhebungen zu veranstalten und der Gemeindevertretung eine begüßliche Vorlage zu unterbreiten. Von den Gemeindevoten wurde ihr Antrag zur Staatsberatung wiederholt. Der Gemeindevorstand hatte inzwischen eine Aufstellung über die Leistung anderer Vorortsgemeinden angefertigt und sie den Gemeindevoten zugehen lassen. Sie wies aber leider einige recht bedenkliche Lücken auf und war charakteristisch nicht durch das, was sie erzählte, sondern durch das, was sie verschwiegen. Obwohl auch durch diese Statistik bewiesen wurde, daß die Verhältnisse für die Reinickendorfer Gemeindevoten so ziemlich die schlechtesten sind, wurden die Anträge der Gemeindevoten von der Finanzkommission abgelehnt. Bei der Staatsberatung wurden die Anträge von unseren Genossen wieder aufgenommen. Genosse Ohl zog einen Vergleich zwischen der Besoldung und Behandlung der Gemeindevoten und der Beamten; würdigte die Arbeit beider Kategorien und wies nach, daß die Gemeinde nur sehr spät und unvollkommen ihre Pflicht erfüllt, wenn sie jetzt endlich den Forderungen der Gemeindevoten nachkomme. Diese Ansicht wurde zum Teil auch vom Schöffen Reineke unterstützt, der aber glaubte, die Gelegenheit benutzen zu müssen, sich über ein bei der Gemeindevotenwahl verbreitetes Flugblatt zu entsetzen. Dasselbe habe jedenfalls die Beschlüsse der Finanzkommission beeinflusst und diese zur Ablehnung der Forderungen der Gemeindevoten veranlaßt. Er stelle nunmehr den Antrag, den Arbeitern Dienstkleidung zu liefern und den leistungsfähigen Arbeitern einen Lohn von 40 Pf. pro Stunde und allgemein Tagelohn statt des jetzt üblichen Stundenlohnes zu gewähren. Wie sehr er auf dem Hohlwege war, als er glaubte, das Flugblatt habe die Ablehnung veranlaßt, bemerkt sofort schlagend der Schöffe Dr. Kühnemann, der das Wort nahm, nachdem unser Genosse Kühn jede Forderung der Gemeindevoten einzeln begründet und befürwortet hatte. Herr Kühnemann hat das Flugblatt in seinen Entschlüssen gar nicht tangiert und, wie er sehr überzeugt ist, auch die anderen Herren nicht. Nicht deshalb sind die Forderungen abgelehnt worden, auch nicht, weil etwa kein Geld vorhanden sei, denn es sei eine Kleinigkeit, diese Mittel aufzubringen; nein, weil die Forderungen unrederechtigt seien. Die Forderungen sind ja auch gar nicht die Wünsche der zufriedenen Arbeiter, sondern das Produkt der verheißenden Tätigkeit des sogenannten „Gemeindevotenverbandes“, der sich den Arbeitern anbringe; Verbände von der Art, unter deren Druck die Arbeiter leiden. Die Einführung der Wochenlöhne demokratisiere die Arbeiter. Er zahlte ebenfalls Stundenlöhne und hat dabei die besten Erfahrungen gemacht. In den Montagen kämen die Leute betrunken zur Arbeit, die er dann einfach nach Hause schickte; jedenfalls hätten sie doch noch gewiß

verdient. Er zahlte auch nur 35 Pf. die Stunde und fragte es die Arbeiter gar nicht, mehr zu fordern. Den guten Arbeitern lege er nach einiger Zeit ganz von selbst zu. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden sei wohl bei Affordarbeiten angemessen. Da habe allerdings die Erfahrung gelehrt, daß die Arbeiter bei Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9, ja auf 8 Stunden daselbst leisten; aber das liege auch im Interesse der Arbeiter. Bei gewöhnlichen Arbeitern aber trifft das bestimmt nicht zu, diese leisten ebensoviele weniger als die Arbeitszeit verkürzt wird. Die Einrichtung von Arbeiterausfächsen ist sogar schädlich, insbesondere für die Arbeiter. Vorteil haben davon nur die Verbände; zu deren Wohl bestehen die Ausschüsse. Die Arbeiter werden zusammengerufen und dann werden sie von den Verbänden so verhebt, bis der Arbeiterausfachs wieder mit einigen Aufträgen betraut wird und er zeigen kann, daß er auch noch da ist. Wenn die heutigen Forderungen bewilligt würden, folgen bald neue und das Ende sei gar nicht abzusehen. Im übrigen müsse die Straßencleintierkolonne vollständig reorganisiert werden. Für 33 Pf. bekomme man sozial Arbeiter als man brauche, und zwar ganz leistungsfähige. So die Ausführungen des Vertreters eines Systems, dem sein Vater den Namen gab. Der Name Kühnemann ist der Begriff geworden für ein System, das an rücksichtsloser Ausbeutung, an Verachtung jeder sozialen Pflicht nichts zu wünschen übrig läßt. Diese Leute treiben Sport mit der Verhöhnung der Arbeiter. Der Bürgermeister machte es sich nach dieser Provokation unserer Genossen und der Gemeindeglieder sehr leicht. Er verwahrte den Gemeindevorstand gegen den Vorwurf der Fälschung und der Mangelhaftigkeit der Statistik und führte die Schuld auf die schlechte Beantwortung der Anfragen zurück. Hierauf ereignete sich etwas ganz Unerhörtes. Am nächsten Genossenschaftstag wurde die Gelegenheit zu nehmen, auf die Kühnemannsche Provokation entsprechend zu antworten, beantragten die bürgerlichen Herren Schluß der Debatte. Auf diesen Beschluß hatten sich die bürgerlichen Mitglieder der Finanzkommission — so verteilte später die Beratung des Steuerrats der Schöffe Reinecke — schon nach der letzten Kommissionsberatung geeinigt, weil ihnen der „Ton“, den unsere Genossen anschlugen, nicht gefalle. In Wirklichkeit, weil es ihnen peinlich ist, immer und immer wieder an ihre Pflichten gegen die Gemeindeglieder erinnert zu werden. Und das Fallbeil funktionierte. Obgleich unsere Genossen energisch dagegen protestierten, wurde der Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen und des Schöffen Reinecke angenommen. Unsere Genossen verließen hierauf zum Protest den Saal und beteiligten sich an der weiteren Etatsberatung nicht mehr. Doch nunmehr alle Anträge abgelehnt wurden, ist selbstredend, was aber den guten Herren Reinecke am meisten kränkt wird — auch der seinige. Er wird jetzt hoffentlich davon kurieren sein, daß das Flugblatt daran schuld sei; nein, ihr Klasseninteresse und ihr Klasseninstinkt gebot der Majorität, die Forderungen der Gemeindeglieder abzulehnen. Die noch absehbaren Gemeindeglieder dürften inzwischen auch begreifen lernen, daß sie ihre elende Lage der „sozialen Fürsorge“ der Kühnemann und Konforten zu danken haben.

Nein-Schönebeck-Nichtenan.

Rund hundert Kirchenaustrittserklärungen in unserer kleinen Gemeinde sind bis jetzt das Resultat der am Donnerstag in Pichtenua stattgefundenen Volksversammlung, in der Genosse Södermer über das Thema: „Wie schützen wir uns gegen die Kirchensteuer?“ referierte. Wie unser Gemeindevorstand, Genosse Tobias, in der Diskussion ausführte, hatte die Gemeinde bis dahin alle Kosten der Kirche getragen. Dieser unbillige Zustand, daß sämtliche Einwohner, ob Jude, Katholik oder Dissident, eine Kirchengemeinschaft mit der sie nichts gemein haben und nichts gemein haben wollen, durch ihre Steuerbeiträge lebensfähig erhalten, ist von unseren Gemeindevorstandern von vornherein mit Energie bekämpft worden. Auf wiederholtes Drängen unserer Genossen hatte dann die Gemeindevorstandung den Beschluß gefaßt, weitere Gelder für die Kirchengemeinde nicht mehr in den Etat zu stellen. Die bis jetzt dafür ausgegebenen Summen können für bessere Zwecke für die Gesamtheit der Einwohner verwendet werden; wer die Kirche notwendig brauche, der könne auch die Kosten für diese tragen. Die Folge des Verhaltens der Gemeindevorstandung ist nun, daß die Kirche jetzt zum ersten Male von ihren Mitgliedern eine Kirchensteuer einzieht, eine Maßnahme, die allgemeine Erregung hervorgerufen hat. Die treffenden Ausführungen des Genossen Södermer, seine Kennzeichnung der Kirche als Werkzeug der herrschenden Klasse gegen die Arbeiterschaft fielen daher auch auf fruchtbaren Boden; seine Aufforderung, dieser volksfeindlichen Institution die Arbeitergroschen zu entziehen, fand lebhaften Beifall. Die Abgabe der Austrittserklärungen während und nach der Versammlung gestaltete sich zu einer imposanten Protestkundgebung gegen die Kirche, ein bedeutungsvolles Zeichen, daß diese der Arbeiterschaft vollständig entfremdet ist. Die Abgabe der mündlichen Erklärungen vor dem Amtsgericht in Rübendorf wird sich daher zu einem Massenpaziergang gestalten, wie ihn die Umgebung noch nie gesehen.

Bernau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde über den Antrag unserer Genossen verhandelt, welcher verlangt, daß diejenigen Personen, die ein städtisches Ehrenamt bekleiden, von städtischen Subventionen ausgeschlossen sein sollen. Nach Begründung des Antrages durch den Genossen Schierz folgte eine sehr erregte Diskussion ein. Der Bürgermeister sowie der stellvertretende Vorsitzende waren der Ansicht, daß man doch die Stadtverordneten nicht noch für ihre aufopfernde Tätigkeit für die Kommune dafür mit Entlohnung von Arbeiten bestrafen könne. In der kleinen Kommune Bernau wäre der Kreis derjenigen Personen, welche zu städtischen Ämtern herangezogen werden können, ein so geringer, daß dann fast kein Bernauer Bürger übrig bliebe, welcher für die Stadt zu arbeiten imstande wäre. Von unseren Genossen Krüger und Pelzig wurde den Bürgerlichen in gebührender Weise heimgeleuchtet. Als Genosse Pelzig ausführte, daß ein Stadtverordneter, der selbst sich als Submittent beteiligt, niemals so einwandfrei bei Veräußerung einer Substitution an einen anderen Stadtverordneten mißbräutet könne, erhob sich bei den Bürgerlichen ein Entrüstungssturm; der stellvertretende Vorsitzende rief unseren Genossen sogar zu: „Sie stampeln ja die Stadtverordneten zu Lumpen“. Der Antrag wurde mit 13 gegen die 8 Stimmen unserer Genossen abgelehnt. — Der Wählung und Verpflegung mit Kadelhölzern der von der Stadt Berlin einzutauschenden Landstreifen an der Wandliser Chaussee konnte nicht zugestimmt werden, da besagtes Terrain leider bis jetzt noch nicht von der Stadt Berlin an Bernau aufgelassen worden ist. Zum Schluß fand in nichtöffentlicher Sitzung eine Vorbesprechung über den Ankauf des Rühlenshauptschen Grundstücks statt.

Nieder-Schönhausen.

Mit der Beschaffung von Räumen für die höheren Schulen hatte sich die Gemeindevorstandung in einer Sitzung zu beschäftigen. Der Leiter der höheren Schulen, Direktor Seemann, machte die Mitteilung, daß die Anmeldungen neuer Schüler und Schülerinnen für die Mädchenschule 43 und bei der Knabenschule 38 betragen. Die Zahl der Schülerinnen der Mädchenschule betrage 170 in fünf Klassen, die der Knabenschule 84, davon entfallen auf die Unterstufe 30, Mittelstufe 20 und auf die Oberstufe 34 Schüler. Es machte sich nun notwendig, die Knaben in den Räumen der Mädchenschule unterzubringen, und für letztere neue Räume zu mieten. Die Verletzung beschloß, zwei Räume in dem Hammarschen Hause, gegenüber dem alten Friedhofe zu mieten. Die Miete beträgt pro Jahr 900 M.

Die von der Regierung gestellten Bedingungen zu der Mitbenutzung der Reidenhalle des Schöwalder Friedhofes, der mit dem neuen Friedhof der hiesigen Gemeinde eng zusammen liegt, gelangten zur Annahme.

Pankow.

Die Gemeindevorstandung beschäftigte sich mit der Erledigung des Etats für das Jahr 1910. Obwohl ursprünglich für die

Veratung des 228 Postseiten umfassenden Voranschlags zwei Tage in Aussicht genommen waren, wurde derselbe in einer einzigen, allerdings ungewöhnlich ausgedehnten Sitzung verabschiedet. Der Gesamtetat balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 6.692.300 M. gegen 6.423.300 M. im Vorjahre. Hieron entfallen auf: die Hauptverwaltung 4.201.000 M. (Ordinarium 2.416.000, Extraordinarium 1.785.000 M.), das Realgymnasium 142.800 M., die Oberrealschule 185.500 M., die Höhere Mädchenschule 120.300 M., die Gemeindefschulen 481.700 M., die Fortbildungsschule 7150 M., die Krankenhausbewirtschaftung 192.100 M., die Armenverwaltung 129.000 M., die Bürgerparkverwaltung 28.650 M., die Tiefbauverwaltung 358.700 M., die Kanalisationsverwaltung 433.800 M., das Rittergut Rühlensbeck 199.100 M., das Wasserwerk 239.500 M. (Ordinarium 204.500, Extraordinarium 35.000 M.). In seiner der Beratung einleitenden Rede gab der Bürgermeister seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß es trotz der erheblich erhöhten Beamten- und Lehrerbefolgungen möglich gewesen sei, ohne Erhöhung des zurzeit 100 Proz. betragenden Kommunalsteuereinzugschlages den Etat in Einnahme und Ausgabe im Gleichgewicht zu erhalten. Allerdings sei auch erwogen worden, ob nicht die außerordentlich hohen Kommunalzuschläge zur staatlichen Grund- und Gebäudesteuer (350,23 Proz.) erniedrigt und dafür der Kommunalzuschlag zur Staatseinkommensteuer erhöht werden sollte. Es sei aber schließlich hieron vorläufig abgesehen in Rücksicht auf die eventuell erfolgende Abminderung infolge des erhöhten Kommunalsteuereinzugschlages und die dadurch auf der anderen Seite zu erwartende Schädigung des Grundbesitzes. Für die Dauer werde sich eine Erhöhung des Kommunalzuschlages zur Staatseinkommensteuer jedoch nicht vermeiden lassen, sei doch diesmal die Bilanzierung des Etats nur möglich geworden durch die Einstellung der Umsatz- und Wertzuwachssteuer in der gleichen Höhe wie im Vorjahre (290.000 bezw. 150.000 M.), obwohl diese Steuererträge im letzten Rechnungsjahr noch nicht voll eingegangen, was aber voraussichtlich noch geschehen dürfte. Aus den vom Bürgermeister gegebenen Erklärungen zu den wichtigeren, namentlich den neuen Positionen des Etats sei folgendes hervorzuheben: In Anbetracht der Beratung der Beamten- und Lehrerbefolgungsordnung im Dezember vorigen Jahres war von unseren Genossen auch eine Erhöhung der Löhne der Gemeindeglieder gefordert und zugesagt worden. Dem ist nun nachgekommen, indem im vorliegenden Etat die Löhne der in Frage kommenden Gemeindeglieder um 5 Proz. erhöht worden sind. Wenig — aber herzlich — während der Erhöhung der Befolgungen der Beamten und Lehrer, namentlich der höheren, recht annehmbar ausgefallen ist, bedeutet die spropentliche Vollerhöhung der Gemeindeglieder angesichts der verteuerten Lebenshaltung einen Tropfen auf einen heißen Stein. Bei der im allgemeinen nicht unglücklichen Finanzlage der Gemeinde wäre es sehr wohl möglich gewesen, auch für die Gemeindeglieder etwas mehr zu tun und dadurch einen wenigstens einigermaßen annehmbaren Ausgleich der Löhne mit der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung anzustreben. Dafür aber hat man einem anderen „dringenderen Bedürfnis“ abhelfen zu müssen geglaubt, indem Mittel für die Errichtung einer zweiten Polizeiwache in der Kaiser Friedrichstraße sowie für Anschaffung einer Anzahl von Polizeihunden für die Nachwächter in den Etat eingestellt sind. Während für Polizeibeamte im Vorjahre 32.595 M. eingestellt waren, sind es diesmal 45.112 M. 50 Pf. Hatten bisher 12 Polizeibeamte (einschließlich der Nachwächter) für die Bedürfnisse der Gemeinde genügt, so sollen von nun an 25 Minder des Gesetzes in Pankow ihres Amtes walten. — In der Beratung nahm, wie alljährlich üblich, als erster Etat-„Redner“, Rechnungsrat Valzer, das Wort, um ein umfangreiches Manuskript abzulesen, aus dem hervorging, daß dieser alte Herr sparen, sparen und wieder sparen wollte, ein ganz lässliches Tun, wenn er es nur am richtigen Orte verlangen würde. Wer erwartet hatte, daß sich Herr Valzer etwa gegen die Verdoppelung der Polizei aussprechen und hier zu sparen versuchen würde, sah sich getäuscht. Dagegen hatten es ihm neben zahlreichen anderen kleinen und kleinsten Dingen die Ausgaben für gärtnerische Anlagen im Bürgerpark und im Garten des Krankenhauses angehen, ferner die eingestellten Summen für Reinigung, Verbesserung und Ergänzung von Wäsche und Kleidungsstücken im Krankenhaus — im sanitären und hygienischen Interesse äußerst wichtige und notwendige Positionen. Weiter waren ihm die Armenverwaltungskosten und die Kosten für die Gemeindefschulen zu hoch, namentlich bei letzteren wollte er Ersparnisse gemacht wissen, während er gegen die Aufwendungen für die höheren Schulen nichts einzuwenden hatte. Herr Valzer fiel denn auch durchweg mit seinen zahlreichen Sparanträgen selbst bei seinen bürgerlichen Kollegen glatt ab und mußte nebenbei wenig schmeichelhafte Äußerungen einstecken. Gegenüber der grau in grau gemalten Finanzlage der Gemeinde durch Herrn Valzer wies der Bürgermeister darauf hin, daß nach seiner Kenntnis der Verhältnisse in den Berliner Vorortgemeinden, speziell aber der Gemeinden im Kreise Niederbarnim Pankow zu denjenigen gezählt werden müsse, die als verhältnismäßig „reiche Gemeinden“ gelten können, wie sich aus dem Vermögensnachweis ergäbe (das Vermögen der Gemeinde Pankow beträgt zurzeit 23.115.792 M. 98 Pf., die Schuldenlast 17.986.265 M. 68 Pf., so daß sich ein Reinerwerb von 5.129.527 M. 30 Pf. ergibt). Im Laufe der weiteren Beratung wurden die einzelnen Positionen des Etats mit unentschiedenen Änderungen angenommen. Ein Antrag zum Etat der Höheren Mädchenschule, wonach die auswärtigen Schülerinnen des Lehrerinnen-Seminars höhere Schulbeiträge entrichten sollten, wurde abgelehnt. Schließlich wurde der Gesamtetat in der aufgestellten Höhe gegen die Stimmen unserer Genossen genehmigt.

Einbrecher in der Ostkrankenliste. Schwere Arbeit und wenig Erfolg hatten Selbstkrankenliste, die der hiesigen Ostkrankenliste einen nächtlichen Besuch abstateten. Es gelang wohl den Tätern, in den in der Dreiecksstraße 31a belegenen Kassenraum einzudringen, doch bemähten sie sich vergeblich, den großen Geldschrank aufzubrechen. Obwohl die Wachen mit Stichtamme, Bohrer und Brecheisen zu Werke gingen, glückte es ihnen nicht, den Panzerschrank zu sprengen.

Oranienburg.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung beantragten unsere Genossen den Punkt „Änderung der Biersteuerordnung“ zu vertragen und den Mitgliedern die neue Ordnung rechtzeitig zuzustellen. Die neue Steuerordnung wurde jedoch gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen; sie bringt den hiesigen Brauereien eine Erhöhung von 40 Pf. auf 65 Pf. pro Hektoliter. Die Abänderung der Umsatzsteuerordnung, welche eine längere Debatte hervorrief, wurde einer gemischten Kommission überwiesen, derselben gehört auch Genosse Schumann an. Eine längere Diskussion rief die Verlegung der Landwirtschaftlichen und Gärtner-Lehranstalt hervor. Um dieselbe am Ort zu behalten, ist die schon in vorigen Jahre eingesetzte Kommission der Landwirtschaftskammer in weitestem Maße entgegengekommen. Die Kammer fordert ein Gelände von 10 Morgen Land, Steuerfreiheit und Verleihung des Baukapitals von 200.000 M. mit 3½ Proz. Verzinsung und 1 Proz. Amortisation; alles in allem fordert die Landwirtschaftskammer einen jährlichen Zuschuß von 10.000 M. Der Voranschlag der Kommission, die 10 Morgen Land herzugeben und einen jährlichen Zuschuß von 1500 M. zu bewilligen, wurde angenommen. Die Unterbringung der Stiegen, die sich bis jetzt auf dem Anlehnenhausgrundstück aufhalten und auch von dort beheizt und versorgt wurden, soll anders geregelt werden. Es besteht der Plan, diesen Stiegen, die, teilweise Invaliden, aber zu keinen Gelegenheitsarbeiten noch zu gebrauchen sind, eventuell eine gemeinsame Unterkunft mit den Ortsboviken zu verschaffen. Es würden dadurch die Armenlasten der Stadt voraussichtlich um ein bedeutendes herabgemindert werden. Genosse Schumann hat, die Stiegen und Weisen nicht gemeinsam unterzubringen, weil Stiegen im allgemeinen sorgfältiger Pflege bedürfen. Die Angelegenheit wurde einer Kommission überwiesen, welcher auch Genosse Gaeßler angehört. Dierauf folgte eine geheime Sitzung. In derselben teilte der Bürgermeister mit, daß das Realgymnasium

jedenfalls am 1. Oktober d. J., spätestens aber am 1. April 1911 eröffnet wird.

Die Gemeindegewählbewegung.

Zehlendorf (Bannseebahn). Die Stichwahlen zur Gemeindegewählvertretung finden heute Mittwoch im Südbezirk und morgen Donnerstag im Nordbezirk statt. Kandidat unserer Partei ist heute im Südbezirk Genosse Götze morgen im Nordbezirk Genosse U. M. Arbeiter, Parteigenossen! Wir können siegen, wenn ein jeder seine Schuldigkeit tut. Noch nie ist bei Wahlen so mit Liebe und Verehrung gearbeitet worden wie es diesmal durch die königliche Zehlendorfer Beamtenenschaft mit Unterstützung der Gemeindegewählverwaltung geschieht. Darum host den letzten unserer Wähler heran! Mächt die Gemeindegewählarbeiter darüber auf, daß sie nicht verpflichtet sind, ihre Gegner zu wählen, zeigt ihnen, daß die neue Erhöhung ihres Lohnes in Wirklichkeit keine Lohnaufbesserung ist. Mit der einen Hand haben die bürgerlichen Vertreter den Gemeindegewählarbeitern so viel genommen, was sie ihnen mit der anderen gegeben haben. Beim letzten Wähltag ist die sonst üblich gewesene Gratifikation von 60 M. in Wegfall gekommen. Also hat man diesen Armen über 1 M. pro Woche genommen, um ihnen 60 Pf. dafür wiederzugeben. So zeigt es sich, daß auch diese Arbeiterkategorie das größte Interesse haben muß, daß Arbeitervertreter in die Gewählvertretung gewählt werden. Tue daher jeder seine Pflicht, nur dann ist ein Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten möglich.

Wer von den Genossen irgend Zeit hat, stelle sich um 1/5 Uhr bei Hunger, Dissenburg, Teltower Straße, dem Wahlkomitee, zur Verfügung.

Schwarzensee. Heute Mittwoch, den 30. März, nachmittags von 4—8 Uhr, findet im Rathaus die Neuwahl in der dritten Klasse statt. Gesamtlisch waren am 9. März die beiden sozialdemokratischen Kandidaten mit einer großen Stimmenmehrheit gewählt. Auf Grund des Hausbesitzerprivilegs wurde eine Wahl für ungültig erklärt. Wähler unserer Partei, legt auch heute eure ganze Kraft dafür ein, daß unser Kandidat, der Hausbesitzer Maurer Albert Berni d. e., Helgolandsfr. 4, gewählt wird. — Zur Besetzung des Wahlbureaus verammeln sich die Genossen, soweit abkömmlich, nachmittags 3/4 Uhr im Lokal von Pötscher, Spandauer Straße.

Reih-Bunow. Die für den Gemeindegewählvertreter Genossen R. Dorn stattfindende Nachwahl findet morgen nachmittags von 3 bis 7 Uhr im Lokal des Herrn Knabbe, Chausseestr. 30, statt. Unser Kandidat ist der Puher Franz Heinge, Berberstr. 62.

Arbeiter, Parteigenossen! Die Gegner haben bereits damit gerechnet, daß ihnen das Mandat, da es für uns schwer war, einen Angesehnen als Kandidaten zu bekommen, mühelos zufallen würde. Diese Hoffnung ist zuhanden geworden. Sorgt nunmehr auch Ihr dafür, daß unser Kandidat mit einer imposanten Stimmenzahl als gewählt herbeigeht. Gehe jeder rechtzeitig zur Wahl. Nach 7 Uhr darf niemand mehr das Wahllokal betreten.

Nieder-Schönhausen. Heute, in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, findet im Restaurant Liederit die Stichwahl statt. Die Wähler, die inzwischen verrogen sind, können ebenfalls ihr Wahlrecht ansüben. Unser Schlepptureau befindet sich bei Radiek, Kaiser-Wilhelmstr. 10.

Parteigenossen! Kommt zeitig zur Wahl; versee sich jeder mit Legitimation.

Die Genossen haben sich so zeitig wie möglich dem Komitee zur Verfügung zu stellen.

Wahlergebnisse.

Lichtenrade. Bei der gestern stattgefundenen Gemeindegewählvertreter-Stichwahl siegte der sozialdemokratische Kandidat Wölpe mit 114 Stimmen über den Bürgervereiner Peter, der 68 Stimmen erhielt. In das hiesige Dorparlament zieht nunmehr der erste Sozialdemokrat ein.

Jugendberankaltungen.

Tempelhof-Maricndorf. Der letzte Vortrag des vom Jugend-ausschuss veranstalteten Kurus findet heute abend statt. Herr Dr. C. Vob spricht im Lokal von Kpelt, Tempelhof, Berliner Str. 40, über das Thema: „Gehlen und Seele“.

Vermischtes.

Furchtbare Brandkatastrophe in Ungarn.

Von einem entsetzlichen Brandunglück, wobei Hunderte von Menschen ihr Leben eingebüßt haben, ist in der Nacht vom Dstersonntag zum Dsterrmontag die ungarische Gemeinde Delerito heimgesucht worden. Die eine Meldung vom 28. März aus Nateszalka (Ungarn) besagt, entstand in der Wagenremise eines Gasthofes, die für eine Festlichkeit als Ballsaal benützt wurde, Feuer. Mehrere hundert Teilnehmer, von denen vielen die Kleider brannten, traten einander bei dem Bestreben, ins Freie zu gelangen, nieder. Schließlich fürzte die glühende Decke herunter und begrub mehrere hundert Personen unter sich. Ungefähr 250 Personen wurden getötet, mehrere hundert verletzt.

Dieser kurzen Meldung folgten am gleichen Tage noch einige Telegramme aus Szatmaricmeti und Budapest, in denen die Zahl der Opfer der Katastrophe noch höher angegeben wird. Die Meldung aus Szatmaricmeti besagt: Die mit Menschen nicht gefüllte Scheune, in der der Ball abgehalten wurde, war noch von einer früheren Festlichkeit mit Nichtenzweigen geschmückt. Es waren außerdem Lampions mit brennenden Kerzen angebracht worden. Zu Beginn der Unterhaltung wurde die einzige schmale Tür verriegelt, damit niemand ohne Willkür eintreten könne. Die Festlichkeit war im Gange, als ein Nichtenzweig in Brand geriet. Das Feuer verbreitete sich mit großer Geschwindigkeit. Es entstand eine furchtbare Panik. In dem Bestreben, sich zu retten, stauteten sich die Eingeschlossenen an der Tür und fürzten übereinander. Vielen gelang es schließlich,

Brennend ins Freie zu entkommen,

wo sie zusammenbrachen. Von den Mitgliedern der beiden Musikkapellen konnten nur drei Mann gerettet werden. Das Feuer verbreitete sich unaufhaltsam, bis die Scheune einstürzte. Ueber 180 Menschen beiderlei Geschlechts und aller Altersstufen kamen bei der Katastrophe ums Leben. Ueber 250 wurden schwer verletzt. Die Unglücksstätte gewährt einen Anblick, der das Blut erstarren macht. Verrostete Leichname liegen haufenweise übereinander. Aus den Trümmern hört man noch die Wehrufe Verwandeter.

In der ganzen Umgebung ist kaum eine Ortschaft, die nicht von der Katastrophe betroffen worden ist, da von überall her Leute zu treuen Lanzbergvägen zusammengeströmt waren. Von allen Seiten drängten Kerzte zur Hilfeleistung ein. Zur Bestattung der Toten ist Militär aufgedoten worden.

290 Personen verbrannt.

Nach einer amtlichen Meldung aus Szatmaricmeti ist die bisher festgestellte Zahl der in Delerito verbrannten Personen 290.

Ein Telegramm aus Budapest vom 28. März, 9 Uhr 30 Min. abends lautet: Der Berichterstatter des ungarischen Korrespondenz-Bureaus in Delerito meldet, daß nach den neuesten Schätzungen die Zahl der bei dem Brande ums Leben gekommenen Personen 400, die der Verletzten 100 beträgt.

Anfangs war das Gerücht verbreitet, das Feuer sei von Deutschen, die man an dem Tage nicht teilnehmen ließ, aus Rache angelegt worden, doch hat sich nach den amtlichen Berichten diese ungeheuerliche Meldung anscheinend nicht bestätigt.

Die Delegation Delorito liegt im Szatmarer Komitat, in der Nähe der Theiß, und ist rein magyarisch; die Bevölkerung ist 1897 Einwohner stark. Das verhängnisvolle Lausfest war veranstaltet worden, um Deckung für die Kosten eines Kirchenneubaus zu schaffen.

Ein weiteres Telegramm aus Budapest vom gestrigen Tage lautet: Nach dem amtlichen Bericht des Vizegouverneurs des Szatmarer Komitats an den Minister des Innern beträgt die Zahl der Toten bei der Katastrophe in Delorito 300, die Zahl der Verwundeten 70. Der Zustand sämtlicher Verwundeten ist ernst. Der Minister hat den Vizegouverneur aufgefordert, einen weiteren eingehenden Bericht zu erstatten, ob eine Hilfsaktion des Landes notwendig sei.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird uns aus Gottesberg folgendes berichtet: Am Sonnabend nachmittag fuhr ein Zugzug beim Bau des Schönbrunn-Tunnels auf einige auf dem Gleise stehengebliebene Wagen auf. Diese entgleisten und stürzten über die Böschung hinab. Fünf Arbeiter, Deutsche und Kroaten wurden teils schwer teils leicht verletzt.

Bei der Schießübung getötet. Auf dem amerikanischen Kreuzer „Charleston“ ist, wie aus Manila gemeldet wird, bei einer Schießübung ein Geschütz zerplatzt. Acht Mann sind getötet oder verletzt worden.

Die Eruption des Aetna.

Der Ausbruch des Aetna nimmt, wie aus Catania vom 28. März gemeldet wird, wieder größeren Umfang an. Ein Lavaström bewegt sich in der Richtung auf San Diavolo, ein anderer gegen Monte Fusara. Eine Meldung aus Nicolosi lautet: Die Lava hat jetzt die äußerste Grenze der Eruption von 1886 erreicht. Der ausgedehnteste der drei Lavaströme hat sich bis auf sieben Kilometer San Leo genähert, der zweite, schwächere, rückt westlich von Monte Rocella, drei Kilometer von Nicolosi, vor, und der dritte, schwächste Strom befindet sich drei Kilometer von Borello. Die Bevölkerung ist ruhig.

Ein Drama aus dem Leben auf der Bühne. Aus Katalien (Mazedonien) wird gemeldet: Im hiesigen Theater des Café Kemal gab es gestern Abend ein padendes Drama aus dem Leben. Als

die schöne Sängerin Mariza auf der Bühne ihrer Rolle gelren einen Schauspieler umarmte und küßte, fürzte der eifersüchtige Liebhaber der Sängerin, der Albanese Hamid, aus dem Zuschauerraum auf die Bühne und schoß auf die Geliebte. Mariza flüchtete ins Publikum, Hamid eilte ihr immerfort schießend nach, streckte sie nieder und erschloß. Im Saal entstand eine Panik, zahlreiche Personen erlitten Verletzungen.

Der Astronom Charlois ermordet. Aus Rizza wird gemeldet: Der Astronom Charlois wurde in der letzten Nacht von einem Unbekannten unter der Vorpiegelung, er habe Telegramme an ihn zu befassen, auf die Straße gelockt und durch Revolvergeschosse ermordet.

Rächtlicher Ueberfall. Wie aus Breslau gemeldet wird, wurden in der Nacht zum Montag eine Anzahl Buchhalter des Breslauer Konsumvereins in dem Lokal „Sängerlust“, wo sie nachts von einem Ausfluge einkehrten, von Diebstahlgeheimen überfallen und auf das roheste mißhandelt. Der Buchhalter Schubert wurde getötet. Zehn Arbeiter wurden verhaftet, die übrigen zwei entlassen.

Kriegers Ende. In Vamberg erschloß sich der 80 Jahre alte Kriegsveteran Johann Hoffmann, der zwar im Besitz von mehreren Auszeichnungen für die dem Vaterland geleisteten hervorragenden Dienste war, jedoch nichts zum Leben hatte. Er hinterließ einen Brief des Inhalts: „Betteln darf ich nicht, Pension bekomme ich keine und arbeiten kann ich jetzt mit 80 Jahren gar nicht mehr! Es bleibt mir nichts anderes übrig als eine wohlthätige Angel.“ Ein blutiger Hohn auf das Wort Staat, der seine Helden verkümmern läßt.

Ein mysteriöser Mord. In New York wurde, wie von dort gemeldet wird, ein 18-jähriger Deutscher Albert Wolter unter dem dringenden Verdacht verhaftet, ein junges Mädchen Ruth Wheeler, das seit einigen Tagen verschwunden war, ermordet und versucht zu haben, die Leiche im Kamin seiner Wohnung zu verbrennen. Er hatte das Mädchen durch ein Insekt, in dem eine Maschinen-schreiberin gelockt wurde, an sich gelockt. Wolter ist aus Dresden gebürtig. Man fand in seinem Koffer 1500 Briefe und Postkarten von Frauen, darunter auch solche aus Deutschland. Wolters Geliebte Katie Miller wurde gleichfalls in polizeilichen Gewahrsam genommen, da man in ihr eine Hauptzeugin gegen Wolter, der hartnäckig leugnet, zu finden hofft. Die Obduktion der Leiche der ermordeten Wheeler ergab Erstickung durch Rauch als Todesursache.

Sozialdemokratischer Les- und Vortragsklub „Heinrich Heine“. Heute Abend 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Bolze, Kadenbergstraße 8. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

H. A. Moabit. Rom am 1. April, falls die zweite Hälfte zum Geschäftsraum rechnet, anderwärts am 2. April. — Geht. S. 87. 1. Arbeiter-Bankrott, S. 87. 2. Vorkriegs- 2. Vorkriegs-Frau Stok, Brunnens, Wagnersm. 3. — G. R. R. Die notwendige Zeitverteilung, ob Stunden- oder Wochenlohn vereinbart ist. — 4. 1. 3. u. 5. 2. Ja. 4. Der wirtliche Verdienst des letzten Kalenderjahres ist maßgebend. — G. R. 13. 1. Auch wir können — auf Grund von Beschwerden — die Gesellschaft nicht empfehlen. 2. Wenden Sie sich an E. Simonovski, Engländer 15. — 3. S. 100. Soweit wir ermittelt haben: Rein; es soll sich dort aber ein Anschlag auf Kohlentransport befunden haben. — Schloß, Wiedachstraße. Falls die Pfändung wegen Steuern, die der Chemann zu zahlen verpflichtet ist, erfolgt, muß unter Pfändungsmachung ihrer Eigentumsansprüche Freigabe gefordert und, falls Freigabe nicht erfolgt, gefordert werden. — Rente. Wir raten, sich an das Zentral-Arbeitersekretariat, Engländer 15, zu wenden. — W. 112. Die Kaffe halten wir nicht für empfehlenswert. — 3. S. 13. 1. Wird die exceptio plurium erwiesen, so fällt der Unterhaltsanspruch. 2. Darüber läßt sich im Briefkasten nichts sagen. 3. Bis zu einer gewissen Grenze ja, insbesondere, wenn es sich um Kinder handelt. — Heilmittel. 1. bis 3. Darüber kann Ihnen ein Arzt Auskunft geben. 4. Etwa 25 000 M. — O. A. 18. Fordern Sie den Vermieter unter Stellung einer angemessenen Frist zur Fertigstellung der Räume und Beilegung der Mängel unter Ausübung sofortiger Klammung auf. Weist der Vermieter der Aufforderung nicht Folge, so räumen Sie und verlangen Sie Ersatz des Schadens. Sie müssen im Falle des Prozesses Ihre Behauptungen beweisen.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		Wasserstand	am		am		
	28. 3.	27. 3.	28. 3.	27. 3.		28. 3.	27. 3.	28. 3.	27. 3.	
Remel, Mühl	284	-10	284	-10	Saale, Großh.	132	+4	Saale, Großh.	132	+4
Bregel, Zisterberg	-5	-2	Bregel, Zisterberg	-5	Havel, Spandau	106	+4	Havel, Spandau	106	+4
Weiße, Tzorn	105	0	Weiße, Tzorn	105	Rathenow	146	0	Rathenow	146	0
Oder, Ratibor	137	-2	Oder, Ratibor	137	Spree, Spremberg	70	0	Spree, Spremberg	70	0
„Kroffen	113	-1	„Kroffen	113	„Weßow	130	-3	„Weßow	130	-3
„Frankfurt	129	-1	„Frankfurt	129	„Münden	-31	-6	„Münden	-31	-6
„Scharf, Schrum	46	0	„Scharf, Schrum	46	„Finken	69	0	„Finken	69	0
„Landsberg	89	-8	„Landsberg	89	„Rhein, Neuwied	394	-1	„Rhein, Neuwied	394	-1
„Bordum	14	+2	„Bordum	14	„Koblenz	207	-10	„Koblenz	207	-10
„Lettmerz	3	-2	„Lettmerz	3	„Rhein, Bonn	222	-7	„Rhein, Bonn	222	-7
„Dresden	-114	-5	„Dresden	-114	„Rhein, Bielefeld	87	-1	„Rhein, Bielefeld	87	-1
„Darm	165	-2	„Darm	165	„Rhein, Barmen	165	-1	„Rhein, Barmen	165	-1
„Magdeburg	142	+2	„Magdeburg	142	„Rhein, Trier	90	+1	„Rhein, Trier	90	+1

+) bedeutet Sturz, - Fall, -) Unterbeleg.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 30. März. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Königl. Schauspielhaus. Die Räuber. (Anfang 7 Uhr.)
Neues Königl. Opernhaus. Geschlossen.
Deutsches. Kallisch.
Kammerspiele. Gamin.
Anfang 8 Uhr.
Festung. Das Konzert.
Neues Schauspielhaus. Die Rampa.
Kleines. Zuzugung.
Romische Oper. Nobis Ende.
Berliner. Lohengrin.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Wespen. Die geschiedene Frau.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Erlangen. Iphigene u. Cle.
Residenz. Das Nachtlicht.
Thalia. Die Dorfkomtesse.
Schiller O. (Kammer-Theater.)
Der Pörrer von St. Georgen.
Schiller Charlottenburg. Viel Lärm um nichts.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches.
Der Strom.
Schauspiel. Mit Dodelsch. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Gebbel. Reiten.
Volksoper. Die lustigen Weiber von Windsor. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luise. Das Fest zusammenhängt.
Kaiser. Der Verschwenker.
Luisenpark. Die goldene Freiheit. Verlobungsfest.
Metropol. Hullo!!! — Die große Revue.
Hollers Caprice. Herr Wasserkröpf. Der Lustturner. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Cafino. Berlin bei Nacht.
Gedr. Herrfeld. Die beiden Wundelbände. — Die Original-Klabriabrie.
Stadttheater Moabit. Geschlossen.
Hilf. Der Juchpreller. Spezialitäten.
Wahge. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Steirer Sänger.
Palast. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Duggenhausen. Spezialitäten. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Urania. Lindenstraße 48/49.
Radm. 4 Uhr: Der Kinematograph im Dienste des Unterrichts und der Wissenschaft.
Abends 8 Uhr: Im Firmenglanz des Ober-Engadin.
Esterwarte. Invalidenstr. 57-62.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Freiheit.
Hierzu: Das Verlobungsfest.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachtlicht.
Schwan in 3 Akten v. R. Zamacois.

Volks-Oper.
SW, Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Was Gott zusammenfügt.
Schauspiel in fünf Akten von Ernst Ritterfeld.
Donnerstag: Was Gott zusammenfügt.
Freitag Premiere: Hoffnung auf Segen.

ROSE-THEATER
Große Französer Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Der Verschwenker.
Vollständig mit Gesang und Tanz in drei Akten von Reinhold.
Donnerstag: Der Verschwenker.
Freitag u. folgende Tage: Preziosa.
Gaspiel-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
Miss Dodelsch.
Tägl. bis Ende April: Dief. Dorf.

Metropol-Theater
Hullo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schallz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 31. März 1910:
Die Ehre.
Schauspiel in 4 Akten v. Sudermann.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von St. Georgen.
Schauspiel in 5 Akten von Heinrich Heide.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hans Lange.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Größter Konzertsaal Berlins.
Som 27. März bis zum 3. April:
Paul Lincke-Woche
unter persönlicher Leitung des populären Komponisten **Paul Lincke.**
Anfang an Sonn- und Festtagen 6 1/2 Uhr, nachmittags 8 1/2 Uhr.
Entrée 50 Pf., referendarer Platz 75 Pf.
Billets im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen (40 resp. 60 Pf.) bei Juch, Immanuelstr. 12, Gahmisch, Auguststr. 50, und Mann, Petersburger Platz 4.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags-4 Uhr:
Der Kinematograph im Dienste des Unterrichts und der Wissenschaft.
Abends 8 Uhr:
Im Firmenglanz des Ober-Engadin.

Apollo Theater
Vorletzter Tag
des gr. März-Programms mit **Konrad Dreher**
als **Der Zehnpreller.**
Freitag, 1. April: Die neuen Attraktionen. Dalses Juveniles, 20 englische Vorfälle.

WINTERGARTEN
Vorletzter Tag
mit dem **Dreigestirn**
weiblicher Schönheit, Grazie u. Kunst
Rosario Guerrero
Marie Lafargue
Odette Valery
und den anderen **Star-Attraktionen.**

Herrfeld Theater
Kammandantenstr. 57. T. u. 4. 5083.
Herrfeld-Syklus 3. Serie:
Die beiden Bindelbände.
Die Original-Klabriabrie-Partie
mit Anton und Donat Herrfeld.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Lustspiel in 5 Akten v. W. Shakespeare.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Neue Jugend.
Freitag, abends 8 Uhr:
Goldfische.

Zirkus Schumann
Mittwoch, den 30. März 1910, abends 7 1/2 Uhr u. a.:
Die vorzüglichsten Amerikaner **Aerial Shaws**
Oberganner,
Fuchsbengel, geritten von H. Geh.
Barbarentänze
der elf Pers. Ri-Chaves Truppe.
Dir. Albert Schumanns
neu moderne Dressuren.
Clown Adolf und Coco mit ihren neuesten Schlägern.
Um 9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Zum 167. Male:
Die drei Rivalen.
Gr. Feele aus der Jugendzeit.

Zirkus Sarrasani
alter Botanischer Garten.
Gr. Extra-Vorstellung
Gastspiel des Herrn Oberstallmeisters Mechelev. Kurfürstendamm-Tattersall als Schulleiter
Schluß-Ringkämpfe
unter dem Protektorat d. Hrn. Prof. Reinh. Begas.
2 Entscheidungskämpfe:
van den Berg gegen Cazeaux de Bastieux.
Michaloff gegen Stränge.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr: Das gesellschaftliche Ereignis von Berlin
Auftreten der schönen **Sisters Ridley**
in ihren historischen Tänzen.
Georg Kaiser, Schneider-Duncker und das große März-Programm!

Passage-Panoptikum
Während der Osterferien bis inkl. Dienstag, 5. April:
Volkstage!
Jeder Erwachsene ein Kind frei!
Jedes Kind erhält ein Geschenk!
Senegal in Berlin.
50 wilde Weiber, Männer, Kind.
Alles ohne Extra-Entree.
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldat, 25 Pf.

Folies Caprice
Heute und folgende Tage:
Der Luftturner.
Neuer bunter Teil.
Herr Wasserkröpf.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Mittwoch, den 6. April: Schluß der Saison!
Zirkus Schumann
Mittwoch, den 30. März 1910, abends 7 1/2 Uhr u. a.:
Die vorzüglichsten Amerikaner **Aerial Shaws**
Oberganner,
Fuchsbengel, geritten von H. Geh.
Barbarentänze
der elf Pers. Ri-Chaves Truppe.
Dir. Albert Schumanns
neu moderne Dressuren.
Clown Adolf und Coco mit ihren neuesten Schlägern.
Um 9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Zum 167. Male:
Die drei Rivalen.
Gr. Feele aus der Jugendzeit.

Neue Welt.
Damenheide.
Mittwoch, den 30. März:
Verlorene Ehre.
Schauspiel in 3 Akten v. Bohrmann-Niegen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Ringkampf-Championat
um die Weltmeisterschaft.
Protector: Herr Prof. H. Hundrieser.
Mittwoch, den 30. März ringen:
2 Entscheidungskämpfe:
Zohl-Abd II gegen Verbet.
Babu gegen Federfen.
Ferner ringen:
Zips gegen Herrmann.
Beginn der Ringkämpfe: 9 1/2 Uhr.
Vorher: Die glänzenden Spezialitäten.

Karl Haverland
Anfang Theater. präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Nur noch kurze Zeit: Das schöne März-Programm.
Nach der Vorhellung: Ball.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Theodore & Cie.
Tonbild-Theater
Reinickendorfer Str. 26-27.
Ecke Weddingstraße.
Heute vollständig neues Programm!
Jedes Bild ein Schläger.
Vorstellung von 5-11 Uhr.
Entr. Erwachs. 30 Pf. ohne Kinder 10 „
Nachschl.

Zirkus Busch.
Heute, Mittwoch, den 30. März, abends 7 1/2 Uhr präz.:
Gr. außerordentl. Galaverstellung **Dompteur Henriksen**
mit seinen **10 wilden Tigern!**
Therese Filis, James Leon Filis un. Heinrich Filis, in ihren Produktionen d. hohen Schule. **Die Hassans!**
Hr. E. Schumann, Meistredres. 9 1/2 Uhr ca. Ende 10 1/2 Uhr.
Die russ. Sensations-Pantomime **Marja!**
Vorher das große Galaprogramm.

Walhalla-Variete-Theater
Wienbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
— Anfang 8 Uhr. —
Der o Willy-Walde
u. die übrigen Spezialitäten.
Zunel: Die allerbühnste Kanone
Theaterbesucher freien Eintritt.

W. Noacks Theater
Kammandantenstr. 16, am Rosenhaleer Tor.
Zum 3. Male:
Wach u. Schließgesellschaft.
Schwan in 3 Akten.
Größter Lachersolg Berlins!
Donnerstag: Wach u. Schließgesellschaft.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Berlin
bei **Nacht.**
Poste in 3 Akten von G. Schiller.
Vorfakt.
Sonn. 4 U.: Ein deutsch. Frauenherz.

Frankes Festsäle
Badstraße 19.
Heute sowie jeden Mittwoch:
Paul & Springers
Kabrett- und Possen-Gesellschaft.
Anfang 8 1/2 Uhr. Frei-Tanz.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Moyss, Britton, Schrader usw.)
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Schoner Stralsunderstr. 1
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Ueber die Ernährungsverhältnisse von Gemeindeschulkindern Berlins

Burden in den Jahren 1903 bis 1907 von dem hiesigen Schularzt Dr. Bernhard Untersuchungen angestellt. Die Ergebnisse hat er bereits in Vorträgen bekanntgegeben, und Hauptzahlen daraus sind auch schon durch einen der Jahresberichte über die Tätigkeit unserer Schulärzte veröffentlicht worden.

Die Untersuchungen waren ausgeführt worden zu dem Zweck, diejenigen Kinder zu ermitteln, die etwa einer Ernährungsfürsorge bedürftig sind, weil ihnen vom Elternhaus Frühstück oder Mittagessen ungenügend oder überhaupt nicht gewährt würde.

Weglich der Ursachen dieser Mängel teilt Bernhard Zahlen mit, die geradezu Verblüffung erregen müssen. Er sieht als festgestelltes an, daß bei den 578 Kindern, die ohne Hausfrühstück zur Schule gegangen waren, in 10 Fällen Krankheit der Mutter die Ursache war, in 28 Fällen Armut der Eltern.

Bernhard berichtet, er habe seine Untersuchungen „mit der nötigen Sorgfalt“ vorgenommen. Es wurde z. B. durch eindringliche Befragung geprüft, ob Kinder, die nüchtern zur Schule gegangen zu sein behaupteten, nicht doch ein Hausfrühstück genossen hatten.

Die Frage, ob die Volksschuljugend ausreichend ernährt wird, ist besser als durch solche unzuverlässige Umfragen zu beantworten durch eine Prüfung des Ernährungsergebnisses. Nach Ermittlungen von Reich, auf die auch Bernhard hinweist, stehen in Berlin die Gemeindeschul Kinder während ihrer ganzen Schulzeit an Körperlänge und Körpergewicht im Durchschnitt bedeutend hinter gleichalterigen Schülern und Schülerinnen höherer Lehranstalten zurück.

Bernhard hebt freilich hervor, daß schlechter Ernährungszustand noch nicht ohne weiteres auf mangelhafte Nahrung schließen läßt, daß da vielmehr auch Krankheiten, fehlerhafte Ernährung, elende Wohnungsverhältnisse, unzureichender Schlaf, Überanstrengung durch Erwerbsarbeit mitsprechen.

Reihe anderer Gäste und Interessenten an dem Verbandstag teil. Den gedruckt vorliegenden

Geschäftsbericht

Bespricht der erste Vorsitzende Hensel-Berlin. In recht anschaulicher Weise gab der Redner einen Überblick über die schwierige Agitationsverhältnisse im Fleischerhandwerk. Mit welchen Mitteln die Unternehmer gerade hier arbeiten, mit welchen schädlichen Praktiken die Vorwärtsbewegung von den eigenen Kollegen, die sich „Bundesgenossen“ nennen, hintertrieben wird, und wie der immer tobende Kleinkrieg gegen unlaute Elemente der gelben Richtung zu führen ist, davon gab Kollege Hensel eine passende Schilderung.

Im Anschluß daran gab Krause-Berlin den

Bericht der Hauptkasse

die sich trotz Beitragsverhöhung, trotz Arbeitslosen- und Krankenunterstützung verdreifacht habe, gerade daran erkenne man die Fortschritte, die erzielt worden sind. In ausführlicher Form geht Redner auf die Einzelheiten der Kassenabrechnung ein und bemerkt besonders die nachweislich gute Wirkung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung auf die Stabilität des Verbandes.

Für den Ausschuh berichtet Schepfer-Hamburg, daß die beiden Instanzen immer gemeinsam gearbeitet haben und keine größeren Beschwerden zu prüfen waren. Nachdem dann noch Hensel den Bericht über die Presse gegeben und für Erweiterung der Zeitung bei vierzehntägigem Erscheinen plädiert hatte, wurde der Bericht der Randatsprüfung entgegengenommen.

2. Verhandlungstag, 28. März.

In der heutigen Vormittagsitzung begann die Diskussion über die gestrigen Berichte der Hauptverwaltung. Im Vordergrund der Debatte steht die Verschmelzungsfrage und die Gewerkschaftenunterstützung. Im allgemeinen kann man von Einmütigkeit sprechen, soweit sich die Aussprache über das Verhältnis zu den anderen Organisationen innerhalb des Berufes dreht.

14te Generalversammlung des Verbandes der Steinseher, Plasterer und Berufsgenossen Deutschlands.

Cöln, 28. März 1910.

Es sind 96 Delegierte, Zentralvorstand und Redaktion, ein Vertreter des Ausschusses und 7 Gauleiter anwesend. Vom Ausland sind Kronow und Ohlen-Kopenhagen und Fandler-Wien erschienen. Der Verband der Gemeindearbeiter ist durch den Gauleiter Schäfer-Cöln vertreten.

Der Vorsitzende KnoII erstattet den

Geschäftsbericht

Er weist hin auf die gedruckten Jahresberichte. (Wir brachten die Ziffern über die Lohnbewegungen in einem Vorbericht.) Redner schildert seine Eindrücke von der Generalversammlung der italienischen Bruderorganisation und dem ersten Internationalen Straßenbau-Kongress in Paris,

denen er als Vertreter des Verbandes beizuhöhen. Auf die Beschlüsse der letzteren Institution habe der Verband zwar keinen materiellen Einfluß, aber er ist trotzdem korporatives Mitglied der Internationalen Straßenbau-Vereinigung geworden, da auf deren Kongressen Lebensfragen des Berufes diskutiert werden.

Zur Reiseerfrage sagt der Referent, daß alle diejenigen Filialen, die stark genug sind, den 1. Mai feiern sollen. Wo aber Unterstützungen daraus beansprucht werden, haben die Filialen diese selbst aufzubringen.

Redner regt an, die Kurse der Generalkommission stärker zu beschneiden.

Unserfremliche Vorgänge spielten sich in Berlin ab bei der beabsichtigten Gründung des paritätischen Arbeitsnachweises. Der Vorstand mußte den Arbeitsnachweis fallen lassen, infolge der Einseitigkeit unter den Berliner Mitgliedern, obwohl noch selten einer Arbeiterorganisation so günstige Bedingungen in bezug auf die Organisation und praktische Handhabung des Arbeitsnachweises geboten worden sind.

Redner warnt davor, Leute, die einmal Streikbruch begangen haben, auf Lebenszeit aus den Vertrauensstellen der Organisation fernzuhalten. Bei aller prinzipiellen Beurteilung des Streikbruchs sei diese Praxis unter Umständen falsch. Es würde dadurch mancher gezwungen zu den Gelben gedrängt, der durch Anmeldung zum Verband den guten Willen zeigt, seine Tat wieder gut zu machen.

Zum Punkt Verschmelzungsfrage kommt der Redner zu dem Schluß, daß diese Frage wohl dann spruchreif sei, wenn die Mehrheit der Mitglieder für die Verschmelzung zu haben sind.

Zu diesem Bericht liegt ein Antrag der Filiale Leipzig vor, die Verschmelzung mit dem Steinarbeiterverband in Erwägung zu ziehen und eine Kommission zu den Vorarbeiten dazu einzusetzen.

Ein Antrag Braunschweig will die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband.

Cöln, 27. März 1910.

Zweiter Verhandlungstag

Es beginnt die Debatte über den Vorstandsbericht. Da sich die Meinungen über die Verschmelzungsfrage beinahe einheitlich gestalten, wird folgende, vom Vorsitzenden KnoII eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Der 8. Verbandstag erkennt an, daß mit der zunehmenden Konzentration der Unternehmerorganisation und der dadurch bedingten Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe der Zusammenschluß mit einer Bruderorganisation zur Notwendigkeit werden kann und wird.

Da ein solcher Schritt nicht unternommen werden kann, ohne daß die übergroße Mehrheit der Mitglieder innerlich von der Notwendigkeit desselben vollständig überzeugt ist, es in dieser Hinsicht jedoch durchaus noch an der notwendigen Aufklärung und Klarheit mangelt, so verpflichten sich die Delegierten, die Frage der Verschmelzung bis zum nächsten Verbandstage in den Filialen eingehend zur Diskussion zu bringen.

Der Zentralvorstand wird verpflichtet, jährlich mindestens zwei Mitglieder, ob besoldet oder nicht, zum Kursus der Generalkommission zu senden. Die zu Entsendenden müssen mindestens fünf Jahre ununterbrochen Mitglied sein.

Rassenbericht

des Kassierers können wir umgehen, da wir die Hauptziffern bereits in einem Vorbericht brachten.

Fachorgan

gestellte Anträge wollen, daß das Fachorgan alle 8 Tage erscheint, und daß 14tägig oder monatlich eine fachwissenschaftliche Beilage beigegeben wird.

Redakteur KnoII bekämpft in seinem Bericht das acht tägige Erscheinen; der Beilage stimmt er zu, mit der Einschränkung, daß sie alle Vierteljahre erscheinen soll.

Die Ausstellungen, die in der Diskussion am Fachorgan gemacht werden, beziehen sich auf Versammlungsbereiche und auf die Art der Bekämpfung, die der Dresdener Kollegenchaft in einem bestimmten Fall durch das Fachorgan zuteil geworden.

Ausführungen prinzipieller Natur macht Schulze-Dresden, indem er die Lenkung einiger Artikel: „Wandlungen der Demokratie in den Gewerkschaften“ bekämpft.

Schulze will, daß das Entscheidungsrecht bei der Rasse bleibe und nicht bei den Funktionären, wie es die Artikel stark verfolgten. Macht die Rasse Fehler, so können auch diese auf die Dauer nur erzieherisch wirken.

Glücks-Berlin bekämpft die Mitarbeiterschaft Calwers an der Zeitung.

Im Schlusswort wendet sich KnoII gegen Schulze-Dresden und betont, daß in einer persönlichen Besprechung der Artikel auch die Dresdener den darin vertretenen Ansichten zugestimmt haben. Die Mitarbeit Calwers geschieht in Vertretung Schippels. Auch die Parteipresse nimmt in bestimmten Fragen von Nichtgenossen Artikel an. Es erschienen z. B. früher Artikel von H. Meyer, heute noch von H. Leuh. Manche Artikel im „Vorwärts“ über Kunstfragen stammen auch von Nichtgenossen. Die Parteizugehörigkeit hat mit rein kunstwissenschaftlichen oder fachtechnischen Fragen nichts zu tun. Die in Frage kommenden Artikel Calwers haben seit seinem Austritt aus der Partei an Inhalt und Wert nicht verloren. Die Arbeiter wehren sich mit Recht, wenn die Unternehmer sie wegen ihrer Parteizugehörigkeit schädigen wollen. Dann dürfen wir auch Calwer nicht hochhalten, weil er durch ein äußeres Vorkommnis aus der Partei ausgeschied, obwohl er in seiner Grundanschauung wohl noch dazu gehört. Da außerdem die Calwersche Rundschau von der Generalkommission gratis geliefert wird, sprechen sowohl prinzipielle wie praktische Gründe gegen den Wegfall der Artikel.

Die Generalversammlung überweist die Schaffung der fachwissenschaftlichen Beilage dem Vorstand zur Berücksichtigung, das acht tägige Erscheinen der Zeitung wird abgelehnt.

Der darauf folgende Bericht des Verbandsausschusses und ein Referat über das Gauleiterstystem betreffen interne Verbandsangelegenheiten, die für die Öffentlichkeit kein Interesse bieten. Es wird anerkannt, daß das Gauleiterstystem sich bewährt hat, weshalb es ausgebaut werden soll.

Das Bureau wird beauftragt, dem Herrn Grabhorst-Stade, der vor 25 Jahren das Kleinplaster erfand, wodurch seitdem viele Plasterer Beschäftigung fanden, ein Glückwunschtogramm zu senden.

Die Verhandlungen werden auf Montag vertagt.

Amlicher Marktbericht der südlichen Marktblasen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblasen. Wurstwaren: Fleisch: Zuzuh reichlich, Geschäft lau, Preise für Kalb- und Schweinefleisch nachgebend, sonst unbedeutend. Wild: Zuzuh sehr mäßig, Geschäft ruhig, Preise behauptet. Geflügel: Zuzuh genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise fest. Fische: Zuzuh gering, Geschäft ruhig, Preise unbedeutend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zuzuh reichlich, besonders in holl. Spinat, Geschäft ruhig, Preise gedrückt.

Fünfter Verbandstag der Fleischer und Berufsgenossen.

Hannover, 27. März 1910.

Anwesend sind 24 Delegierte, vom Hauptvorstand die Kollegen Hensel und Krause-Berlin. Von der Generalkommission ist Genosse Bauer-Berlin erschienen, außerdem nehmen noch eine

Verkäufe.

4.50 prachtvolle Betten, 8,00 daumige Bauernbetten, Kasten, Damast, 3,90. Nur Handliche, Kirschstrasse achtunddreissig. 349R*

Durch Raub beschädigte Gardinen, reise, Fenster 1,25, 1,45, 1,85, 2,45, 3,25, 4,50. Tüchlein 1,75, 1,95, 2,45, 3,25, 4,50, 5,50 etc. Erdtülldecken 2,45, 4,65, 5,85, 6,50, 7,50 etc. E. Weissenberg's Gardinenhaus, Große Frankfurterstrasse 125, im Hause der Möbelfabrik, 2. Haus an der Kropfenstrasse.

Vorgarten mit Zell und Wein billig zu verkaufen bei August Jitz, Reichshausstrasse 61. 748* Vorortrestaurant, Möblierer John, Saal, Vorküchen, Kegelbahn, Billardzimmer, Vereinszimmer, Fremdenzimmer, Sommerwohnungen, umständlicher sofort für 8000 Mark veräußert. Miete 1800,00. Kaufmann Witwe Barnack, Bahnhofs-Restaurant, Reuthen. 7131

Gelegenheitskäufe zurückgekaufter Möbel, ganzer Wirtschaften sowie neuer Einrichtungen billig. Auch Teilzahlung. Dormärter erhalten drei Prozent. Reumann, Dramenstrasse 202. 5038R* Bis Donnerstag verkaufe Ruhbaumwirtschaft, Stube, Küche, Vorküchen, Stores, Ständchen, Dresdenstrasse 25, vorn II rechts. Kleiderschrank, Kommode, Bettstelle samt Tisch, Adlerstrasse 35. Sofas: verstellbar: Elegantes Plüschsofa, englische Bettstellen, Spiegel, Schloßleite, Kleiderschrank, Bettsofa, Chaiselongue, Truemeau, Gasföhrer, Königbergerstrasse 11, vorn I rechts, 2415 Umbau mit Kirschholztisch, echt nussbaum, 48.—, laufendes Plüschsofa 54.—, 2. Tisch, Stuhl, Stillegerstrasse 25, an der Hochbahn. 5438R

Mahlebaumplanino, freuzschalig, Bangerplatte, gelungreicher Ton, geschmackvolles Neuholz, sofort billig veräußert. Bachmayerstrasse 58, Duergerstraße 1. 377* Klavier. Mandoline, Gitarre, Zither 4,00, ein Violon gratis. Lange, Lohengraberstrasse 19. 772 Klavierunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erprobter Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 R., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des "Vorwärts". * Klavierkursus. Erwachsenen Klaviermethode. Monatspreis 3,00, Klavierstunden frei. 20 Klavier. Musikakademie Dramenstrasse 147, Wörzplatz. 39/4

Schlafstelle, Herren, vernichte Friedrich, Rigauerstrasse 60, vorn IV, Nähe Ringbahn. 74 Möblierte Schlafstelle, Herrn, billig, Frau Reimann, Brunnenstrasse 164, vorn. 1437B Möblierte Schlafstelle anständigen Herrn allein. Frau Gellimial, Forsterstrasse 2. 756 Möblierte Schlafstelle für zwei Herren oder Damen zu vermieten. Witwe Peterfen, Reichenbergerstr. 72. Möblierte Schlafstelle für Herrn vernichtete Frau Gensky, Löwenstrasse 27, Hof I. 74 Möblierte Schlafstelle an Herrn, Clemenz, alle Jakobstrasse 8. 1446B

Verschiedenes.

Stahls, Komiker, Gesellschaft, Gropiusstrasse 6. 1327B* Varennauswahl Besel, Gropiusstrasse 9a. Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgefertigte, Einzelstunden und im Zirkel erteilt G. Smiten, Söhnberg, Sebanstrasse 57, III. * Pfandbriefe, Heimerdorferstrasse 13, Ecke Dreifaltigkeitstrasse. 1139* Kupferkerze, reelle, Pflanzstrasse 46, Möbelleiter. 719* Hochschüler, Herrngardener, Kuchenschneider, Tisch, Kofferstrasse neunzehn (Postkarte) 29/17* Technikum Berlin, Reanderstrasse 3 (Schinkel-Akademie), Kuchenschneider, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurkunde, Technikerkunde, Baumeister, Konturkunde, Innungsmeister, Vorkursus, Rechnerkunde, Lagerkunde, Uebungskursus. 1798* Platinabfälle, Silberabfälle, Rückstände, Fahngesetze, Eisenabfälle, Restabfälle, Goldabfälle, Kupfer, Röhrenstrasse 20a (gegenüber Wartenbergstrasse) 2906R* Handliche Kartusstrasse 27. Komiker Schwarz, Köpenickerstrasse 147. 14215 Geld auf Wohnungs-Einrichtungen, Piano, Warenposten, Automobile, anerkannt talent. schnell. Lagermeister, Neue Königstrasse 5. (VII, 1587). 277/10* Alte Eitel, Leder, Kunst, Vaninienfabrik, Schillerstrasse 80, Charlottenburg. 7133 Empfehle Genossinnen und Genossen mein Selbsteigentlich. Fritz Kruse, Mariannenstrasse 11. 756 Die in meiner Erregung gegen Herrn Ernst Reitz im Restaurant Schneider, Wienerstrasse 1, ausgesprochenen Beleidigungen erkläre ich für un wahr. Otto Hofmann. 39/12

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Parteigenosse, 39 Jahre, welcher 13 Jahre in größeren Betrieben selbstständig tätig war, sucht Stellung als Kassabote, Bureauhilfer oder ähnliche Stellung. Offerten unter A. B. 73* Expedition dieser Zeitung, Holzweberstrasse 8. 750 Kinder-Enthlecker bietet um Arbeit. Abholung, Zurücksendung, Glöckler, Mulackstrasse 28. Stellenangebote. Grundriever verlangt Goldbleistiftfabrik Max Leonhard, Weigensee, Ledderstrasse 86. 7145 Tüchtige einbearbeitete Bronzevergoldet und Feder sucht Werkmeister, Brunnenstrasse 194. 1442B Tüchtigen Farbigenmacher verlangt Schmidt, Eichenstrasse 66. 14405 Volkerver, tüchtigen, für dauernde Beschäftigung suchen Dreher u. Kurzmann. 14449 Reismochelmann für vormittags verlangt. Vertreibung 12-1. Lochmann, Lurichstrasse 76a. 89/5

Fahrräder.

Ferranfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 35,00. Holz Blumenstrasse 36b. 1638R* Gefährtes Dreirad, außerst stabil, 50,00 an Holz, Blumenstrasse 36b. 4838R* Brennaberräder unter günstigsten Abzahlungsbedingungen, Louis Barth, Dresdenstrasse 10a. 25,00, Halbbrenner, nie wiederkehrende Gelegenheit. Horn, Kropfenstrasse 33. Herrenfahrrad, Torpedofreilaufl, leicht, Brandt, Fruchtstrasse 57/58 (Schleifer Bahnhof). 748 800 Gelegenheitskäufe, darunter Brennaberräder, Adler, Wanderer, Dürrenbäder, Damenräder, Jugendräder 5,00, 10,00, 15,00, 20,00, 30,00, 40,00, 50,00, 60,00, 70,00, 80,00, 90,00, 100,00, 120,00, 150,00, 200,00, 300,00, 400,00, 500,00, 600,00, 700,00, 800,00, 900,00, 1000,00, 1200,00, 1500,00, 2000,00, 3000,00, 4000,00, 5000,00, 6000,00, 7000,00, 8000,00, 9000,00, 10000,00, 12000,00, 15000,00, 20000,00, 30000,00, 40000,00, 50000,00, 60000,00, 70000,00, 80000,00, 90000,00, 100000,00, 120000,00, 150000,00, 200000,00, 300000,00, 400000,00, 500000,00, 600000,00, 700000,00, 800000,00, 900000,00, 1000000,00, 1200000,00, 1500000,00, 2000000,00, 3000000,00, 4000000,00, 5000000,00, 6000000,00, 7000000,00, 8000000,00, 9000000,00, 10000000,00, 12000000,00, 15000000,00, 20000000,00, 30000000,00, 40000000,00, 50000000,00, 60000000,00, 70000000,00, 80000000,00, 90000000,00, 100000000,00, 120000000,00, 150000000,00, 200000000,00, 300000000,00, 400000000,00, 500000000,00, 600000000,00, 700000000,00, 800000000,00, 900000000,00, 1000000000,00, 1200000000,00, 1500000000,00, 2000000000,00, 3000000000,00, 4000000000,00, 5000000000,00, 6000000000,00, 7000000000,00, 8000000000,00, 9000000000,00, 10000000000,00, 12000000000,00, 15000000000,00, 20000000000,00, 30000000000,00, 40000000000,00, 50000000000,00, 60000000000,00, 70000000000,00, 80000000000,00, 90000000000,00, 100000000000,00, 120000000000,00, 150000000000,00, 200000000000,00, 300000000000,00, 400000000000,00, 500000000000,00, 600000000000,00, 700000000000,00, 800000000000,00, 900000000000,00, 1000000000000,00, 1200000000000,00, 1500000000000,00, 2000000000000,00, 3000000000000,00, 4000000000000,00, 5000000000000,00, 6000000000000,00, 7000000000000,00, 8000000000000,00, 9000000000000,00, 10000000000000,00, 12000000000000,00, 15000000000000,00, 20000000000000,00, 30000000000000,00, 40000000000000,00, 50000000000000,00, 60000000000000,00, 70000000000000,00, 80000000000000,00, 90000000000000,00, 100000000000000,00, 120000000000000,00, 150000000000000,00, 200000000000000,00, 300000000000000,00, 400000000000000,00, 500000000000000,00, 600000000000000,00, 700000000000000,00, 800000000000000,00, 900000000000000,00, 1000000000000000,00, 1200000000000000,00, 1500000000000000,00, 2000000000000000,00, 3000000000000000,00, 4000000000000000,00, 5000000000000000,00, 6000000000000000,00, 7000000000000000,00, 8000000000000000,00, 9000000000000000,00, 10000000000000000,00, 12000000000000000,00, 15000000000000000,00, 20000000000000000,00, 30000000000000000,00, 40000000000000000,00, 50000000000000000,00, 60000000000000000,00, 70000000000000000,00, 80000000000000000,00, 90000000000000000,00, 100000000000000000,00, 120000000000000000,00, 150000000000000000,00, 200000000000000000,00, 300000000000000000,00, 400000000000000000,00, 500000000000000000,00, 600000000000000000,00, 700000000000000000,00, 800000000000000000,00, 900000000000000000,00, 1000000000000000000,00, 1200000000000000000,00, 1500000000000000000,00, 2000000000000000000,00, 3000000000000000000,00, 4000000000000000000,00, 5000000000000000000,00, 6000000000000000000,00, 7000000000000000000,00, 8000000000000000000,00, 9000000000000000000,00, 10000000000000000000,00, 12000000000000000000,00, 15000000000000000000,00, 20000000000000000000,00, 30000000000000000000,00, 40000000000000000000,00, 50000000000000000000,00, 60000000000000000000,00, 70000000000000000000,00, 80000000000000000000,00, 90000000000000000000,00, 100000000000000000000,00, 120000000000000000000,00, 150000000000000000000,00, 200000000000000000000,00, 300000000000000000000,00, 400000000000000000000,00, 500000000000000000000,00, 600000000000000000000,00, 700000000000000000000,00, 800000000000000000000,00, 900000000000000000000,00, 1000000000000000000000,00, 1200000000000000000000,00, 1500000000000000000000,00, 2000000000000000000000,00, 3000000000000000000000,00, 4000000000000000000000,00, 5000000000000000000000,00, 6000000000000000000000,00, 7000000000000000000000,00, 8000000000000000000000,00, 9000000000000000000000,00, 10000000000000000000000,00, 12000000000000000000000,00, 15000000000000000000000,00, 20000000000000000000000,00, 30000000000000000000000,00, 40000000000000000000000,00, 50000000000000000000000,00, 60000000000000000000000,00, 70000000000000000000000,00, 80000000000000000000000,00, 90000000000000000000000,00, 100000000000000000000000,00, 120000000000000000000000,00, 150000000000000000000000,00, 200000000000000000000000,00, 300000000000000000000000,00, 400000000000000000000000,00, 500000000000000000000000,00, 600000000000000000000000,00, 700000000000000000000000,00, 800000000000000000000000,00, 900000000000000000000000,00, 1000000000000000000000000,00, 1200000000000000000000000,00, 1500000000000000000000000,00, 2000000000000000000000000,00, 3000000000000000000000000,00, 4000000000000000000000000,00, 5000000000000000000000000,00, 6000000000000000000000000,00, 7000000000000000000000000,00, 8000000000000000000000000,00, 9000000000000000000000000,00, 10000000000000000000000000,00, 12000000000000000000000000,00, 15000000000000000000000000,00, 20000000000000000000000000,00, 30000000000000000000000000,00, 40000000000000000000000000,00, 50000000000000000000000000,00, 60000000000000000000000000,00, 70000000000000000000000000,00, 80000000000000000000000000,00, 90000000000000000000000000,00, 100000000000000000000000000,00, 120000000000000000000000000,00, 150000000000000000000000000,00, 200000000000000000000000000,00, 300000000000000000000000000,00, 400000000000000000000000000,00, 500000000000000000000000000,00, 600000000000000000000000000,00, 700000000000000000000000000,00, 800000000000000000000000000,00, 900000000000000000000000000,00, 1000000000000000000000000000,00, 1200000000000000000000000000,00, 1500000000000000000000000000,00, 2000000000000000000000000000,00, 3000000000000000000000000000,00, 4000000000000000000000000000,00, 5000000000000000000000000000,00, 6000000000000000000000000000,00, 7000000000000000000000000000,00, 8000000000000000000000000000,00, 9000000000000000000000000000,00, 10000000000000000000000000000,00, 12000000000000000000000000000,00, 15000000000000000000000000000,00, 20000000000000000000000000000,00, 30000000000000000000000000000,00, 40000000000000000000000000000,00, 50000000000000000000000000000,00, 60000000000000000000000000000,00, 70000000000000000000000000000,00, 80000000000000000000000000000,00, 90000000000000000000000000000,00, 100000000000000000000000000000,00, 120000000000000000000000000000,00, 150000000000000000000000000000,00, 200000000000000000000000000000,00, 300000000000000000000000000000,00, 400000000000000000000000000000,00, 500000000000000000000000000000,00, 600000000000000000000000000000,00, 700000000000000000000000000000,00, 800000000000000000000000000000,00, 900000000000000000000000000000,00, 1000000000000000000000000000000,00, 1200000000000000000000000000000,00, 1500000000000000000000000000000,00, 2000000000000000000000000000000,00, 3000000000000000000000000000000,00, 4000000000000000000000000000000,00, 5000000000000000000000000000000,00, 6000000000000000000000000000000,00, 7000000000000000000000000000000,00, 8000000000000000000000000000000,00, 9000000000000000000000000000000,00, 10000000000000000000000000000000,00, 12000000000000000000000000000000,00, 15000000000000000000000000000000,00, 20000000000000000000000000000000,00, 30000000000000000000000000000000,00, 40000000000000000000000000000000,00, 50000000000000000000000000000000,00, 60000000000000000000000000000000,00, 70000000000000000000000000000000,00, 80000000000000000000000000000000,00, 90000000000000000000000000000000,00, 100000000000000000000000000000000,00, 120000000000000000000000000000000,00, 150000000000000000000000000000000,00, 200000000000000000000000000000000,00, 300000000000000000000000000000000,00, 400000000000000000000000000000000,00, 500000000000000000000000000000000,00, 600000000000000000000000000000000,00, 700000000000000000000000000000000,00, 800000000000000000000000000000000,00, 900000000000000000000000000000000,00, 1000000000000000000000000000000000,00, 1200000000000000000000000000000000,00, 1500000000000000000000000000000000,00, 2000000000000000000000000000000000,00, 3000000000000000000000000000000000,00, 4000000000000000000000000000000000,00, 5000000000000000000000000000000000,00, 6000000000000000000000000000000000,00, 7000000000000000000000000000000000,00, 8000000000000000000000000000000000,00, 9000000000000000000000000000000000,00, 10000000000000000000000000000000000,00, 12000000000000000000000000000000000,00, 15000000000000000000000000000000000,00, 20000000000000000000000000000000000,00, 30000000000000000000000000000000000,00, 40000000000000000000000000000000000,00, 50000000000000000000000000000000000,00, 60000000000000000000000000000000000,00, 70000000000000000000000000000000000,00, 80000000000000000000000000000000000,00, 90000000000000000000000000000000000,00, 100000000000000000000000000000000000,00, 120000000000000000000000000000000000,00, 150000000000000000000000000000000000,00, 200000000000000000000000000000000000,00, 300000000000000000000000000000000000,00, 400000000000000000000000000000000000,00, 500000000000000000000000000000000000,00, 600000000000000000000000000000000000,00, 700000000000000000000000000000000000,00, 800000000000000000000000000000000000,00, 900000000000000000000000000000000000,00, 1000000000000000000000000000000000000,00, 1200000000000000000000000000000000000,00, 1500000000000000000000000000000000000,00, 2000000000000000000000000000000000000,00, 3000000000000000000000000000000000000,00, 4000000000000000000000000000000000000,00, 5000000000000000000000000000000000000,00, 6000000000000000000000000000000000000,00, 7000000000000000000000000000000000000,00, 8000000000000000000000000000000000000,00, 9000000000000000000000000000000000000,00, 10000000000000000000000000000000000000,00, 12000000000000000000000000000000000000,00, 15000000000000000000000000000000000000,00, 20000000000000000000000000000000000000,00, 30000000000000000000000000000000000000,00, 40000000000000000000000000000000000000,00, 50000000000000000000000000000000000000,00, 60000000000000000000000000000000000000,00, 70000